

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

4. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Protokoll der 20. Sitzung - endgültige Fassung* -

4. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 22. September 2016, 14.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, E 400
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Dr. Hans-Ulrich Krüger, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- MR a. D. Michael Gierlich (Beweisbeschluss Z-59)	4
- MDg a. D. Karl Wilhelm Christmann (Beweisbeschluss Z-61)	47
- Florian Scheurle (Beweisbeschluss Z-63)	53
- LRDin Ruth Burkert (Beweisbeschluss Z-67)	63

* Hinweis: Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Christmann (Anlage 1) sind in das Protokoll aufgenommen.



4. Untersuchungsausschuss

(Beginn: 14.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne nunmehr unsere 20. Sitzung, in welcher wir im Rahmen der Beweiserhebung die für heute geladenen Zeugen in öffentlicher Sitzung vernehmen werden. Nach Artikel 44 des Grundgesetzes geschieht dies, wie gesagt, in öffentlicher Verhandlung.

Ich komme nunmehr auch zu den üblichen Feststellungen zu Beginn einer jeden Sitzung. Die erste ist, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist. Ich begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Dann noch einige Vorbemerkungen: Das Fertigen von eigenen Ton- und Bildaufnahmen während der öffentlichen Beweisaufnahme ist grundsätzlich nicht zulässig. Entsprechende Geräte sind abzuschalten. Zuwiderhandlungen gegen dieses Gebot können nach dem Hausrecht des Deutschen Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern auch ferner strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ebenso möchte ich jetzt also auch den Herrn von der bildaufnehmenden Zunft bitten, seine Arbeit einstweilen einzustellen, und ihm insofern auch auf diesem Wege einen schönen Resttag wünschen.

Ich komme nunmehr zum **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Öffentliche Zeugenvernehmung

MR a. D. Michael Gierlich
(Beweisbeschluss Z-59)

MDg a. D. Karl-Wilhelm Christmann
(Beweisbeschluss Z-61)

Florian Scheurle
(Beweisbeschluss Z-63)

LRDin Ruth Burkert
(Beweisbeschluss Z-67)

Wie Sie der Tagesordnung entnehmen konnten, stehen heute insgesamt vier Zeugenvernehmungen in öffentlicher Sitzung an. Wir vernehmen die Zeugen, die ich ebenfalls recht herzlich begrüße - Herrn Scheurle begrüßen wir später -, in folgender Reihenfolge: Herr Michael Gierlich, Herr Karl-Wilhelm Christmann, Herr Florian Scheurle, Frau Ruth Burkert.

Ich möchte darauf verweisen, dass nach § 7 der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eine entsprechende Beschlussfassung herbeigeführt werden muss, wenn über Verschlussachen der Geheimhaltungsgrade VS-Vertraulich oder höher beraten wird. Auch möchte ich daran erinnern, dass im Fall einer Einstufung ein Wechsel des Sitzungssaales erforderlich ist. Ich bitte daher aus Gründen des reibungslosen Sitzungsablaufs, Vernehmungsteile, die der Einstufung bedürfen, gesammelt am Ende der Vernehmung zur Sprache zu bringen. Wir würden uns dann gegebenenfalls in den Sitzungssaal 2.700 - das ist der Saal des Verteidigungsausschusses - vertagen. Ferner weise ich darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. Im Falle eines Vorhalts möchte ich ferner daran erinnern, dass die beigezogene Unterlage dem Zeugen durch den Fragesteller vorzulegen ist. Ich bitte in jedem Falle aber auch um eine klare Benennung der Fundstelle mitsamt der MAT-Nummer. Im Falle der Einstufung der Sitzung als Vertraulich wird die Wortprotokollierung grundsätzlich weitergeführt. Bestehen hiergegen Einwände? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann ist durchgehende Wortprotokollierung hiermit beschlossen.

Ich begrüße Sie nochmals ganz konkret und stelle fest, dass Frau Burkert in Begleitung des Herrn Thorsten Lange als Rechtsbeistand am heutigen Tage erschienen ist. Herr Lange, daher - wie sonst auch - der Hinweis, dass Sie die Zeugin zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- und Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Frau Burkert während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie jedoch eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung beantragen.



4. Untersuchungsausschuss

Herr Gierlich, Herr Christmann, Frau Burkert, das Beweisthema ist im Untersuchungsauftrag bezeichnet worden. Der Beweisbeschluss ist Ihnen und den Mitgliedern des Ausschusses bekannt. Ich denke, auf eine Verlesung der diesbezüglichen Beweisbeschlüsse kann verzichtet werden. - Ich sehe keinen Widerspruch; das ist sehr schön.

Ich habe auch noch darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen wird. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach der Erstellung des endgültigen Protokolls gelöscht werden. Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen - das werde ich aber zum Abschluss der eigentlichen Zeugenvernehmung auch noch mal in Erinnerung bringen - nach der Fertigstellung zugestellt, und Sie haben, falls gewünscht, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen inhaltliche Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Haben Sie dazu noch Fragen? - Das ist nicht der Fall.

Frau Burkert, meine Herren, nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsausschuss sinngemäß Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse muss ich Sie zunächst belehren.

Sie sind als Zeugen geladen. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Nach § 22 PUAG können Sie allerdings die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne

des § 52 der Strafprozessordnung Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung - wie es so schön heißt - nach gesetzlich geordnetem Verfahren ausgesetzt zu werden, das heißt Verfahren wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder eines Disziplinarverfahrens.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen diesbezüglichen Hinweis, damit wir eine entsprechende Einstufung vornehmen können.

Haben Sie dazu noch Fragen? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Ihnen noch kurz den geplanten Ablauf vorstellen: Zu Beginn Ihrer Zeugeneinvernahme hat jeder von Ihnen die Möglichkeit, zu dem Beweisthema im Zusammenhang Stellung zu nehmen, wenn er es denn wünscht. Danach werde ich einige Fragen stellen. In den anschließenden Fragerunden erhalten meine Kolleginnen und Kollegen hier dann das Wort, und das geschieht rein zeitlich nach der Stärke der Fraktionen. Aber - das darf ich Ihnen auch sagen; von daher sind Zeitverzögerungen nie ganz auszuschließen - das geschieht natürlich so lange, bis keine der Fraktionen mehr eine Frage hat. Wenn das Zeitkontingent erschöpft ist, heißt das nicht, dass damit also das Fragethema erschöpft ist, sondern das heißt nur, dass die entsprechende Fraktion nach einem weiteren Turnus nun ihrerseits mit der Fragerunde fortfahren darf. - Haben Sie dazu noch Fragen? - Das ist nicht der Fall.

Sodann noch einen Hinweis, den ich manchmal vergesse, aber der der wichtigste von allen ist: Schalten Sie bitte Ihr Mikrofon ein, wenn Sie eine Aussage machen, weil ansonsten all das, was ich Ihnen hier nun referiert habe, nicht so richtig technisch umsetzbar ist. Kurzum: Wenn wir nicht wissen, was Sie gesagt haben, können wir weder protokollieren noch sonst etwas tun. - Ich danke Ihnen.



4. Untersuchungsausschuss

Wir beginnen nunmehr mit der Vernehmung des Zeugen Herrn Gierlich. Ich darf die übrigen Zeugen bitten, sich nun in den Zeugenraum zu begeben, wobei ich sagen darf, insbesondere an Sie gerichtet, Frau Burkert: Die Reihenfolge ist so, dass Sie als letzte Zeugin gehört werden. Beraten Sie sich ruhig mit Ihrem Rechtsbeistand Herrn Lange, wie lange das dauern könnte. Das heißt, wir werden uns im Laufe des Abends wiedersehen. Wenn Sie also noch meinen, irgendwo im schönen Berlin bei diesem Wetter eine Tasse Kaffee trinken zu wollen: Rein terminlich steht dem meines Erachtens einstweilen nichts im Wege.

**Vernehmung des Zeugen
Michael Gierlich**

Herr Gierlich, nachdem ich Sie bereits mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht habe, belehrt habe, komme ich nun zur Vernehmung zur Person. Bitte nennen Sie uns Ihren Namen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort - nur den Wohnort, keine Adresse.

Zeuge Michael Gierlich: Mein Name ist Michael Gierlich. Ich bin 69 Jahre alt. Ich bin Jurist und wohne seit kurzem in Meckenheim - nicht mehr in [REDACTED], wie es möglicherweise in den Unterlagen steht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut.

Zeuge Michael Gierlich: Meckenheim bei Bonn, nicht in der Pfalz.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, wunderbar. Das reicht voll und ganz.

Ich komme nun zur Vernehmung zur Sache, Herr Gierlich. Ich habe es eben gesagt: Was möchten Sie? Möchten Sie, dass ich Ihnen Fragen stelle, oder möchten Sie zu dem Beweisthema en bloc nun von sich aus Stellung nehmen?

Zeuge Michael Gierlich: Ich würde vorziehen, dass Sie Fragen stellen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, dann mache ich das. - Dann beginnend und anschließend an die Fragen zur Person: Würden Sie ganz

kurz für den Ausschuss Ihre berufliche Tätigkeit schildern, wie Sie also zum BMF gekommen sind, welche Stationen Sie da im Wesentlichen durchlaufen haben, wie lange Sie im BMF tätig waren, in welchem Referat Sie tätig waren usw.?

Zeuge Michael Gierlich: Das ist ein Zeitraum von insgesamt 33 Jahren, wo ich im Ministerium tätig war. Ich war vorher Jurist und in der Ausbildung im höheren Dienst in der hessischen Landesfinanzverwaltung, habe dort eine Weile gearbeitet. Aber es war für mich von vornherein klar, dass ich in einem Ministerium arbeiten wollte, entweder dem hessischen oder hier, damals in Bonn. Ich habe dann angefangen zu arbeiten im Bundeswirtschaftsministerium - damals unter Graf Lambsdorff - in der Grundsatzabteilung, im Referat für Steuerpolitik, habe dort vor allem Ertragsteuern gemacht. Wir waren damals zwei, drei Juristen, zwei Volkswirte. Es war auch schon ein hohes Arbeitsniveau. Da war ich ungefähr sechs Jahre.

Dann hatte ich für mich das Gefühl, dass das Niveau im BMWi irgendwie absank nach Bange- mann, Haussmann, Möllemann. Und es hat mich auch mehr interessiert - - Im Wirtschaftsministerium hat man mehr versucht, den anderen in die Suppe zu spucken und nicht selber zu gestalten. Es hat mich mehr gereizt, selber zu gestalten. Da habe ich angefragt beim BMF, ob ich bei ihnen arbeiten könnte. Da wurde ich sofort übernommen. Ich habe die ersten Jahre gearbeitet im Bereich „beschränkte Steuerpflicht“ - also alles im Einkommensteuerbereich -, habe sehr viel Erfahrungen gesammelt im Spendenrecht, Gemeinnützigkeit, freie Berufe. Alles Mögliche habe ich durchgemacht. Dann war ich mal unter Waigel zuständig für die Steuerpolitik, habe ein Referat geleitet für die große Steuerreform, die nachher ja nicht kam, weil der Bundesrat nicht zustimmte.

Als dann der Bonn-Berlin-Umzug war, da wurde das ganze Personal neu sortiert nach Sozialgesichtspunkten. Da wurden auch die Referate neu geschnitten. Das war dann so 1998/2000 herum. Dann bekam ich das Referat „Kapitaleinkünfte und beschränkte Steuerpflicht“ erst mal zusammen mit dem damaligen Referatsleiter, der in Pension ging. Vorher habe ich auch noch mal ein



4. Untersuchungsausschuss

paar Jahre lang das Bilanzsteuerrecht-Referat geleitet. Und dann seit 2001/2002 war ich dauerhaft in diesem Referat tätig, habe das geleitet.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Jetzt mal gleich mitten hineingesprungen: Wann und in welchem Kontext haben Sie erstmals in Ihrer beruflichen Tätigkeit von gezielten Cum/Ex-Geschäften erfahren oder von Cum/Ex-Geschäften mit Leerverkäufen - ich präzisiere mich - erfahren?

Zeuge Michael Gierlich: Das hieß - - Damals wurde dieser Cum/Ex-Begriff nicht verwendet, sondern das war dieses Bankens Schreiben vom BdB, was vom Dezember 2002 war, das wir erst 2003 bekommen hatten. Bei uns lief das unter „Aktienverkäufe in zeitlicher Nähe zur Hauptversammlung“. Das war bloß ein anderer Begriff. Teilweise wurde gesagt „Manufactured Dividends“ - da gab es alles Mögliche -, aber „Cum/Ex“ war damals eigentlich kein gängiger Begriff. Es war zum ersten Mal bei diesem Schreiben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und als Sie dieses Schreiben Dezember 2002/Januar 2003 - es waren ja zwei Schreiben -

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - nun vorliegen hatten, können Sie sich noch daran erinnern - ich weiß, es ist schon eine Zeit lang her -, dass Sie auch mal beim BdB nachgefragt haben: „Hey, wie kommt ihr denn, was sind denn eure bisherigen Überlegungen?“, oder Ähnliches? Denn so ein Schreiben wie das vom Dezember 2002 kommt ja nicht einfach mal so dahergeflogen, sondern hat ja eine Vorgeschichte. Haben Sie da noch Erinnerungen dran?

Zeuge Michael Gierlich: Als ich jetzt, muss ich sagen, vor kurzem las, dass wir angeblich dieses Schreiben erst 2005 weitergeleitet hätten und dass wir - wie es in der Presse so ein bisschen herüberkam - zwei Jahre lang vor uns hergeschlafen hätten, da hatte ich mir spontan gesagt: Das kann nicht stimmen. Ich habe bei meiner damaligen Sachbearbeiterin nachgefragt, der Frau

Gürch, und die hat auch gesagt: Da fehlt was; das kann so nicht sein.

Ich habe dann, als ich mal vor zehn Tagen hier war, um mich auf die Vernehmung heute vorzubereiten, mal im BMF die Akten nachgeschaut und wurde nicht so richtig fündig. Aber ich habe gesehen in Ihren Akten, was Sie als Anlage 2 zu diesem Schreiben vom BdB haben: Das war ein Gespräch - -

Andersrum angefangen: Als wir das Schreiben bekamen - wir haben es zwei-, dreimal gelesen, im Grunde kaum verstanden und gesagt: Wenn wir das nicht verstehen, werden es die Länder auch nicht verstehen. Wir müssen da noch mal nachfragen. - Es war nicht ganz so eilig, weil ich in diesem Jahr - - Ich hatte seit zwei Jahren keinen Referenten. Ich war beschäftigt mit der Erstellung eines Gesetzentwurfs zur kleinen Abgeltungsteuer, wo man Zinsen usw. per Abgeltung besteuern wollte. Das verlief ja nachher im Sand, bis dann die große Abgeltungsteuer kam. Parallel musste ich in aller Eile einen Gesetzentwurf zum Investmentsteuergesetz erstellen, weil da haushaltsmäßige, fühlbare Ausfälle drohten, weil es alles EU-rechtswidrig möglicherweise war. Also, es war nicht ganz so dringend. Wir haben das dem BdB gesagt: Wir verstehen das nicht; wir wollen noch mal einsteigen.

Und da waren - im Dezember, habe ich nachher in meinem Terminkalender gesehen - also die Frau Gürch und ich beim BdB.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Im Dezember welchen Jahres?

Zeuge Michael Gierlich: 2003.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann 2003?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja, 2003.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, ja.

Zeuge Michael Gierlich: Wir haben da gesagt: Das versteht man so nicht; wir wollen noch mal einsteigen. - Die haben dann eine Präsentation



4. Untersuchungsausschuss

vorbereitet. Wir waren den ganzen Nachmittag dort, haben uns alles noch mal erklären lassen. Und dann haben wir gesagt - - Ich kann das nur vermuten, dass es so gelaufen war, dass wir sagten: Das ist eine Sache, die muss gemacht werden, aber da brennt im Augenblick nichts an; die sehen wir vor für ein Steuerbereinigungsgesetz.

Wir haben in den Referaten immer so - - Es kommen ja laufend Änderungswünsche oder Änderungsnotwendigkeiten durch die Kontakte mit den Ländern. Dann führt man in jedem Referat eine Liste von Punkten, die man bei nächster Gelegenheit repariert. Das sind also Sachen, die macht die Politik nicht so gerne, und die Beamten freuen sich, weil sie endlich mal wieder die ganzen Sachen, die sich angesammelt haben, bereinigen können.

Da haben wir auch gesagt: Es gehört rein ins Bereinigungsgesetz. - Und dann hat es eben lange gedauert. Dann waren ja Wahlen gewesen in 2005. Vor und nach Wahlen ist erst mal - - gesetzgeberisch läuft nichts. Und dann, sobald wir grünes Licht bekamen für das Bereinigungsgesetz - das war ja das Jahressteuergesetz 2007 -, haben wir es sofort den Ländern geschickt - ich habe es gesehen in den Akten -, zusammen mit fünf, sechs anderen Punkten, die auch aufgelaufen waren, die wir da gesammelt hatten im KapSt-Bereich, um das dann reinzubringen in das nächste Bereinigungsgesetz. Aber das kann ich nur so vermuten, weil ich in den Akten gesehen habe, dass, sobald wir grünes Licht bekamen, ich die Liste geschickt hatte an die Länder, was sich alles angesammelt hat im KapSt-Bereich.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Ja, auf diese Stelle, also auf diese zeitliche Stelle, möchte ich noch einmal zu sprechen kommen, und zwar auf den August 2005, weil Sie auch das Kalenderjahr 2005 eben erwähnten.

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dort hat es also im Oktober eine Einladung oder eine turnusmäßige Sitzung der Einkommensteuer-Referatsleiter des Bundes und der Länder gegeben, an der

Sie auch nach meinen Unterlagen teilgenommen haben -

Zeuge Michael Gierlich: Mhm.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - und in der diese Frage der Manufactured Dividends - oder wie man es auch immer nennen wollte oder genannt hat - eine Rolle spielte. Und außerdem gab es dann da noch eine Anlage zu diesem Einladungsschreiben für Oktober, nämlich: Das war eine PowerPoint-Präsentation.

Zeuge Michael Gierlich: Genau.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die hatte den Titel „Aktiengeschäfte in zeitlicher Nähe zum Ausschüttungstermin“. Haben Sie die gemacht? Hat das BMF die gemacht? Oder kam die vom BdB? Was war da? Haben Sie daran noch eine Erinnerung?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, was ich eben sagte: Das war die PowerPoint-Präsentation, die wir bekommen hatten beim BdB im Dezember.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ah ja, okay. Wunderbar. Dann ist das geklärt.

Und Sie hatten natürlich, wie sich das zu einer solchen Tagung im Oktober gehört, auch vorher eine Länderabfrage gemacht. Vielleicht erinnern Sie sich da noch dran. Da hatte also lediglich Nordrhein-Westfalen umfassende oder starke Bedenken gegen die vorgeschlagene Gesetzesregelung geäußert. Ansonsten haben wir nun gehört hier, dass es auch aus hessischer Sicht Bedenken gab, aber man offenbar nichts Besseres hatte, also nichts Besseres hatte oder keiner auf einen Gedanken gekommen ist, der besser war als das, was da nun im Oktober 2005 andiskutiert wurde. Haben Sie da noch eine Erkenntnis? Wissen Sie da noch was davon?

Zeuge Michael Gierlich: Nein, nicht mehr; nicht mehr. Aber ich meine mich zu erinnern, dass es eigentlich - das war wohl die - - Sie meinten wohl damals die Frau Knebel, die eine - -



4. Untersuchungsausschuss

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, die Frau Knebel. Richtig. Die hatten wir auch hier als Zeuge.

Zeuge Michael Gierlich: Aber die wollte eigentlich ein anderes Thema, was gar nicht Gegenstand bei der Diskussion mit den Ländern - - Hier ging es darum, was man reinbringt in das Bereinigungsgesetz. Da hatten wir eine Formulierung durch Vorlage. Die Materie war für uns alle neu. Keiner hatte jemals vorher zu tun gehabt mit Cum/Ex-Geschäften mit Leerverkäufen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Diese Formulierung hatte ja nun den Nachteil, dass sie ausländische Banken nicht erfasste.

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Hat man das thematisiert, oder hat man auch überhaupt erkannt, dass also eine gezielte Umgehung dieser geplanten Rechtsänderung da nun möglich wäre, oder hat man sich mit dieser Thematik weniger oder gar nicht auseinandergesetzt? Wissen Sie da noch etwas? Nur, wenn Sie es wissen!

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ich meine, es war so: Wir hatten ein System der Kapitalertragsteuererhebung bei Dividenden, was seit Jahrzehnten bestand und was sich im Grunde bewährt hatte, dass man nämlich, wenn die Kapitalgesellschaft ausschüttet - - sie die Steuer einbehält. Und wenn nun in einem ganz, ganz kleinen Bereich etwas nicht mehr rundläuft, dann versucht man erst, innerhalb des Systems zu bleiben, weil sonst können Sie niemanden überzeugen, wenn Sie nicht sagen - - Wenn Sie natürlich wüssten: „Da ist ein Missbrauch, oder da droht ein Missbrauch“, wäre die Sache anders. Aber wenn man nur sagt - so wie es von den Banken rüberkam -: „Da passieren ab und zu mal solche Sachen; haushaltsmäßig fällt das nicht ins Gewicht“, dann versucht man, etwas innerhalb des Systems zu reparieren und nicht das große Rad zu drehen. Dass man das irgendwie kriminell ausnutzen könnte und Modelle daraus machen könnte, darauf kam keiner, weil wir eigentlich auch die Leute, die Bankenwirtschaft, eigentlich auch für seriöse Leute hielten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt haben wir nun gerade vor kurzem einen Bankenprüfer aus Hessen gehört, den Herrn Rau, -

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - der sich auch in diese Thematik sehr intensiv eingearbeitet hat und der, glaube ich, auch einmal bei Ihnen vorstellig geworden ist mit seinen Ideen, wie man also da nun künftig mit diesen Fallgestaltungen umgehen könne oder nicht. Erinnern Sie sich noch daran, dass Sie mal - entweder alleine mit Herrn Rau oder gemeinsam mit Herrn Ramackers - da nun über diese Thematik gesprochen haben?

Zeuge Michael Gierlich: Bei mir ist es ein bisschen schwierig, weil ich teilweise noch etwas weiß aus der Vergangenheit, teilweise jetzt wieder mit Kollegen gesprochen habe, jetzt wieder die Akten eingesehen habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, ja.

Zeuge Michael Gierlich: Also, das scharf zu trennen, ist schwierig. Aber ich weiß, wir hatten dann so eine Arbeitsgruppe gebildet, Bund, Länder, und da war Herr Rau natürlich mit dabei. Natürlich mit dabei, keine Frage! Und ich habe auch noch mal eben erst vor zwei Wochen in den Akten gesehen: Was er monierte, war zum einen die Begründung zu dem Gesetzentwurf. Er sagte: Wir lehnen uns zu sehr aus dem Fenster; das ist Wasser auf die Mühlen des BFH-Richters Gosch. - Und dann später hat er gesagt: Ja, ihr müsst auf das zivilrechtliche Eigentum abstellen. - Aber das hatten wir ja auch geprüft. Das war ja nicht machbar, weil ja sonst die Börsengeschäfte abgewandert wären ins Ausland. Das hätten wir nur bei einer EU-Harmonisierung machen können, und da würden wir jetzt noch warten, bis wir das geschafft hätten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, wunderbar. - Dann möchte ich jetzt mal ein bisschen weiter noch zeitlich gehen, und zwar auch in das Jahr 2009 bzw. in das Jahr 2008. Im Jahre 2008 hat das hessische - das hessische! - Finanzministerium einen Hinweis darauf erhalten, dass



4. Untersuchungsausschuss

das Jahressteuergesetz 2007 in diesem Punkt, über den wir jetzt hier die ganze Zeit sprechen, zielgerichtet umgangen werden könne. Und etwas später, nämlich im März 2009, hat Dr. Möhlenbrock ein Schreiben eines nicht genannten Beraters erhalten, in dem dieser nun konkrete Hinweise auf die missbräuchliche Gestaltung oder Steuergestaltung mit Cum/Ex-Geschäftsmodellen berichtete. erinnern Sie sich noch, wie Sie dieses Schreiben aufgenommen haben, wie Sie dem nachgegangen sind, ob es eine Kontaktaufnahme Ihres Hauses mit diesem Verfasser gab, oder was es damit so auf sich hatte?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, auch das hatte ich eben noch mal vor zwei Wochen nachgeschaut. An das Schreiben von Hessen kann ich mich nicht erinnern. Aber dieses zweite Schreiben habe ich ja gesehen. Da haben wir ja sofort eine Vorlage gemacht an den Minister, dass es brennt, dass es große Missbräuche gibt, dass dringend was geschehen müsste. Und daraufhin wurde dann das große Rad gedreht. Und da haben wir ja schnellstmöglich dann die große Lösung, also die völlige Systemumstellung der Abführung Kapitalertragsteuer bei Ausschüttung von Dividenden - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie meinen also die OGAW-Regelung sozusagen?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Zeuge Michael Gierlich: Das hat eben gedauert ein bisschen; das geht ja nicht so schnell, aber das haben wir dann sofort in die Wege geleitet, weil wir diese anonyme Anzeige bekommen hatten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, dieser Whistleblower, -

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - der in der Presse mit dem Namen „Jürgen Schmidt“ nun bezeichnet worden ist, der bot dann ja natürlich

auch an, hier gegebenenfalls nun zusätzliche Informationen weiterzugeben. Dieses Schreiben, das haben Sie aber nicht weiter verfolgt, sondern - - erinnern Sie sich noch, an wen Sie das weitergeleitet haben?

Zeuge Michael Gierlich: Ich meine, wir hatten sofort danach - - Da hat der Herr Hensel die Vorlage gemacht an den Minister, und ich habe die natürlich als Referatsleiter dann unterschrieben. Um diese Sache hat sich damals in unserer Arbeitsteilung vor allem der Herr Hensel, den Sie noch in ein paar Wochen vernehmen werden, gekümmert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, alles klar. Gut, danke. - Wissen Sie denn noch weiter, was aus dem Schreiben des Herrn „Schmidt“ - ich sage das mal einfach so in Gänsefüßchen jeweils - geworden ist?

Zeuge Michael Gierlich: Nein, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. Ja, und - -

Zeuge Michael Gierlich: Ich habe nur so Gerüchte gehört irgendwie; aber das sind nur Gerüchte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ah ja. - Und dieser Herr „Schmidt“ - um dabei zu bleiben - hat nun auch in einer weiteren Mail behauptet, dass also die Initiatoren dieser Cum/Ex-Geschäfte einen guten Kontakt in das zuständige Fachreferat des BMF hätten oder gehabt hätten. Sagt Ihnen diese Information etwas? Können Sie etwas damit anfangen? Klickern bei Ihnen da irgendwelche Dinge, oder weniger?

Zeuge Michael Gierlich: Also, irgendwie ist in meinem Hinterkopf noch, dass - - Ich weiß nicht, ob das damals diese Anzeige war. Wenn es geht um den Ankauf, wie auch immer, von Informationen, dann habe ich immer sofort das zuständige Referat eingeschaltet, die Abgabenordnung oder auch den zuständigen Unterabteilungsleiter, weil das ja brisante Sachen sind. Ich meine, ich hatte auch dann gefragt - ich weiß nicht mehr, ob es dieser Vorgang war oder so -, aber die haben mir



4. Untersuchungsausschuss

dann gesagt, ich soll immer abgeben an die Leute, und sie kümmern sich drum.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt hatte - - Entschuldigung, ich hatte Sie nicht unterbrochen? - Das wollte ich nämlich nicht.

Zeuge Michael Gierlich: Nein, nein; es ist schon okay.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, danke. - Jetzt haben wir in der letzten Sitzungswoche einen Ihrer ehemaligen Mitarbeiter, Herrn Ramackers, -

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - auch hier im Ausschuss befragt, und nach seiner Aussage sagte Herr Ramackers, dass er in Ihrem Referat vorrangig mit Investmentsteuerrechtsfragen beschäftigt gewesen sei und, wenn ich das richtig im Kopf habe, mit Cum/Ex nicht oder nichts zu tun gehabt habe. Können Sie sich noch an diesen Aufgabenbereich von Herrn Ramackers in Ihrem Referat erinnern?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, sehr gut. Wenn ich da kurz vielleicht mal ausholen darf?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, gerne.

Zeuge Michael Gierlich: Das ist das Thema der Personalgewinnung, die in diesem Bereich schwierig ist. Wenn ich das kurz erläutern darf: Dieser Arbeitsbereich besteht einmal aus § 20 Einkommensteuergesetz. Da geht es darum, was alles unter die Kapitaleinkünfte fällt. Das sind ja nicht nur Dividenden und Zinsen, sondern im Grunde alle Formen von Finanzanlagen, alle Finanzinnovationen, alles. Das heißt, das ist für den normalen Menschen, aber auch für die Kollegen, die aus den Finanzämtern oder aus der Finanzverwaltung zum BMF kommen, ein Gebiet, in dem sie sich nicht auskennen. Man muss also bereit sein, sich in diese Finanzwelt reinzubegeben; man muss die neuen Produkte, die entstehen, verstehen und es steuerlich zu werten wissen. Das ist die eine Sache, mit der also jemand, der von den Finanzämtern kommt, nicht vertraut

ist. Das Zweite sind die §§ 43 f. Das ist im Grunde reines Verfahrensrecht, Verfahrensvorschriften für die Banken. Mit denen hat auch der normale Finanzbeamte nichts zu tun. Das ist ausgesprochen quälend zu lesen, weil da technisch nur mit Kettenverweisungen gearbeitet wird. Und wenn man diese beiden Materien beherrscht, dann kommt das Investmentsteuergesetz dazu, was ja zum Teil auch das Ziel hat, den Anleger in Fonds mit dem Direktanleger, der mehr Geld hat, gleichzustellen.

Und dann muss man schauen: Welche Anlagen, welche Erträge hat der Fonds? Es können Zinsen, Dividenden sein, Optionsgeschäfte, Mieteinnahmen, es können Veräußerungen sein von Häusern, es können Veräußerungen von Aktien - - Da muss man schauen: Wird thesauriert? Wird es ausgeschüttet? Ist es ein Spezialfonds? Ist es ein Publikumsfonds? Was mache ich, wenn der Fondsanleger seine Anteile veräußert? Wird dann nachbesteuert, oder ist ein Teil steuerfrei? - Also hochkomplexe - hochkomplexe! - Materie. Und das muss man alles beherrschen, wenn man in diesem Bereich arbeiten will.

Ich hatte in den Jahren 2001 bis 2003 eben zwei Referenten, die haben das nicht gepackt - erst der eine, dann der zweite. Der eine ging dann freiwillig zurück in sein Referat, und der andere ging wieder zurück in das Land, wo er herkam. Die haben mir gesagt: Wir schaffen es nicht. - Das heißt, ich war runde drei Jahre ohne Referent, hatte nur eine Sachbearbeiterin, für die das Gebiet auch neu war.

Ich hatte das Investmentsteuergesetz dann im Entwurf so weit durchgebracht. Der wurde dann ja Ende 2003 verabschiedet. Und dann war Anfang 2004 das Problem: Jetzt haben wir ein neues Gesetz; es gibt tausend Fragen. Wir brauchen dringend ein Einführungsschreiben; sonst macht die steuerberatende Seite, was sie für richtig hält, und das ist nicht immer das, was zur Gleichmäßigkeit der Besteuerung führt.

Da war ich also dringend auf der Suche nach jemandem, der mir das Einführungsschreiben - - der mich mal entlasten könnte. Und dann war ich eines Abends - ich glaube, es war im Januar -



4. Untersuchungsausschuss

bei einer Veranstaltung, bei den Berliner Steuer-
gesprächen, und da saß ich neben einem Herrn.
Wir kamen ins Gespräch, und er sagte, er wäre
vom FG Düsseldorf und er befasse sich so neben-
her in seiner Freizeit mit dem Investmentsteuer-
recht. Dann habe ich mich auch vorgestellt und
habe gesagt: Ja, ich suche dringend eigentlich je-
manden, der mir das Einführungsschreiben
schreibt. Und da habe ich noch ein bisschen ge-
frotzelt und habe gesagt: Ja, wollen Sie nicht mal
was anderes machen, als immer den Staub von
Ihren alten Gerichtsakten da zu pusten? Wollen
Sie nicht mal dort arbeiten, wo die Vorschriften
gemacht werden, die Sie dann zehn Jahre später
verwerfen oder nicht verwerfen? - Darauf hat er -
da war ich überrascht - gesagt: Ich überlege es
mir; ich sage in ein paar Wochen Bescheid.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ein Satz -
nicht fürs Protokoll -: Als ehemaliger Richter ver-
wehre ich mich dagegen, dass es auf Gerichtsak-
ten überhaupt jemals Staub gegeben hat.

(Heiterkeit)

Ich danke Ihnen, Herr Gierlich.

Zeuge Michael Gierlich: Ich hatte ihn ja nur ein
bisschen reizen wollen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist in
Ordnung. Nein, nein, ich habe es ja auch nicht
ernst gemeint. Und da ich ja Frau Bültner kenne,
wird sie diese unsachliche Bemerkung von mir
auch nicht der Protokollierung zuführen. - Nein,
Spaß beiseite!

Gut, jetzt habe ich nur eine Frage: In der Vita von
Herrn Ramackers, mit der wir uns ja auch be-
schäftigt haben, hat er so in etwa auch, denke
ich, was das Einführungsschreiben zum Invest-
mentsteuergesetz angeht, das als Beginn Ihrer ge-
meinsamen Tätigkeit -

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - oder Zu-
sammenarbeit dargestellt. Wenn ich jetzt aber
noch so ein bisschen weitergehe, dann bin ich
oder sind wir auch in unseren Fragen auf das

Jahr 2008/2009 gekommen, ein Jahr, in dem Herr
Ramackers beurlaubt war, aber weiterhin für Sie
tätig war und auch während der Dauer seiner Be-
urlaubung von den Spitzenverbänden der Kredit-
wirtschaft, also dem damaligen ZKA, bezahlt
wurde. Können Sie zu dieser Konstruktion etwas
sagen?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, als ich das las in Ih-
ren Bundestagsnachrichten, habe ich mich ge-
wundert. Ich habe Herrn Ramackers vor ein paar
Tagen angerufen und gesagt: Was hast du denn
da gesagt? - Ich habe gesagt: Ich habe das völlig
anders gesehen.

Also, es war so: Herr Ramackers fing dann 2004
an für ein halbes Jahr, und dann kam ein Projekt
nach dem anderen. Dann kam die REIT-Gesetzge-
bung, Real Estate Investment Trust, was wir ei-
gentlich nicht wollten, wo aber die Leitung sagte:
Wir brauchen so ein Gesetz, weil es die anderen
Länder auch haben. - Also Ramackers! Und dann
kam eine Novellierung, eine Sache nach der an-
deren, die wurden immer wieder ein halbes Jahr
oder so verlängert - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Entschul-
digung, ich unterbreche: Der dienstrechtliche
Status war dann Abordnung?

Zeuge Michael Gierlich: War Abordnung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, gut.

Zeuge Michael Gierlich: Er war immer noch Mit-
glied des Finanzgerichts Düsseldorf. Und dann
Ende August 2008 - ich weiß es nicht mehr ge-
nau - war es wohl so, dass wohl das Finanzge-
richt Düsseldorf sagte: So geht es nicht weiter. -
Möglicherweise: Der blockiert mir die Planstelle
schon seit viereinhalb Jahren, das geht so nicht.

Und er hatte wohl auch keine - - Es hat ihm wohl
keinen Spaß mehr gemacht, so als Richter zu ar-
beiten. Er wollte in Pension gehen, also ging er
dann, war die Abordnung beendet, und er war
dann wieder Mitglied des Finanzgerichts Düssel-
dorfs, hat sich aber dort Urlaub, unbezahlten
Sonderurlaub geben lassen bis zu seiner Pensio-
nierung. Er war also bei uns ausgeschieden.



4. Untersuchungsausschuss

Aber, wie gesagt, er hat sich in diesen viereinhalb Jahren, wo er bei uns war, einen großen Ruf geschaffen. Er war - was auch die Länder sofort gemerkt hatten - eine absolute Spitzenkraft. Er hat eigentlich diesen Bereich souverän betreut. Und von seinem Naturell her war es so: Er war immer gutmütig und hilfsbereit. Und er hat sich immer gefreut - er war fachlich unheimlich beschlagen -, wenn man ihn fragte, weil er dann - er war vielleicht auch ein bisschen eitel - sein Wissen, seine Potenz unter Beweis stellen konnte. Das hat ihm dann immer geschmeichelt.

Das heißt, ich wusste auch in dem Jahr, wo er dann nicht mehr bei uns war - - Das war überhaupt keine Frage, dass wir sagten: Kannst du das für uns machen? Wir bezahlen dich. - Das war völlig abwegig, völlig abwegig. Vielleicht sage ich - - Jeder Mann oder jede Frau, die sich dem Ende ihres Berufslebens nähert, die ist eigentlich gut beraten, sich ein Hobby zu suchen, ein Steckenpferd zu suchen. Und das war bei Ramackers - er war ja ein Jahr älter als ich - sein Steckenpferd. Der eine hat einen Schrebergarten. Mein ehemaliger Chef, der spielt in einer Jazzband. Bei Herrn Ramackers war es eben das Investmentsteuerrecht. Das hat ihn total ausgefüllt, und das war für ihn ein Anreiz. Man musste ihn überhaupt nicht bitten, dass er für uns arbeitete. Das war für ihn kein Arbeiten; das war Spaß. Und dann haben wir natürlich ihn ab und zu mal intern auch eingeschaltet.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und - -

Zeuge Michael Gierlich: Um vielleicht das noch zu sagen: Das war auch so: Die Länder haben es genauso gesehen. Wir hatten zweimal eine Arbeitsgruppe - Bund-Länder-Arbeitsgruppe Investment - in der Nähe von Bonn. Er war ja in Düsseldorf. Da haben die Länder auch gesagt: Der Ramackers soll kommen. - Er hat sich gefreut und hat da mitgemacht.

Wir hatten wirklich unheimlich wenige Leute, die sich in diesem Bereich auskannten - ich weiß nicht, es ist vielleicht mittlerweile besser; die guten Leute waren immer alle auf der anderen Seite -, ganz wenig Leute auch bei den Ländern - vier, fünf Leute -, die sich wirklich da reingekniet

hatten. Und der Ramackers, der war einfach spitze. Der hat uns geholfen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und dass er statusrechtlich da jetzt aufgrund eines Dienstvertrages - oder, wie auch immer, eines anderen privatrechtlichen Vertrages - nun vom ZKA bezahlt wurde, das war Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Michael Gierlich: Das war mir nicht bekannt. Aber er hat mir hinterher gesagt: Das war so ein Gutachtenvertrag. Er sollte für diese Spitzenverbände so ein investmentsteuerliches Gutachten schreiben. Er sagte aber, so hat er mir erzählt, dazu kam es nicht; er hat nur einzelne investmentsteuerliche Fragen da - -

In meinem Berufsleben habe ich ja viele Gutachten bekommen von noch aktiven Professoren, die von einem Verband 15 000 Euro erhielten und dann ein entsprechendes Gutachten - was sich entsprechend auch las - einreichten. Das ist ja bei uns so üblich, dass pensionierte BFH-Richter, dass pensionierte Professoren oder auch noch aktive Professoren für die Verbände irgendwelche Gutachten schreiben. Das hat er halt auch gemacht. Das kann ich auch verstehen, weil er dieses eine Jahr ohne Gehalt war. Aber ich habe ihm nachher gesagt: Also, ich hätte so was nicht gemacht, das sei nicht so - - Das sieht eben komisch aus. Aber das Schreiben wissenschaftlicher Gutachten für Verbände, das ist eigentlich gang und gäbe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, nein, das ist ja - - Okay.

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das heißt also, das war jetzt kein - um das nur für mich klarzuziehen - wie auch immer mit Ihrem Hause abgesprochenes Beschäftigungsmodell?

Zeuge Michael Gierlich: Nein! Um Gottes willen! Ich habe das erst hinterher erfahren, dass er da Berater - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Und diese Gutachten oder diese Stellungnahmen,



4. Untersuchungsausschuss

die Herr Ramackers dann gefertigt hat, oder diese Fragen, die Sie an ihn gestellt haben, die er dann beantwortet hat während dieses Urlaubsjahres: Was waren das für Fragen? Waren das Investmentsteuerfragen? Waren das Fragen, von denen Sie sagten: „Donnerwetter!“? Hatten Sie da den Eindruck, eine nicht objektive Meinung zu bekommen, weil Sie das auch mal bezüglich der sonstigen Gutachten dritter Professoren, wie Sie eben sagten, so anführten? Oder haben Sie noch eine Erinnerung daran?

Zeuge Michael Gierlich: Also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich ihn da eingeschaltet hätte. Als Herr Ramackers ging, da kam ja als Nachfolger der Herr Poppenberg. Es kann sein, dass er ab und zu mal - - Also, immer nur investimentsteuerliche Fragen, sonst nichts.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Sie sprachen es selber an, Herr Gierlich, eben schon, dass also Ihr Haus - so habe ich es jedenfalls verstanden - in regelmäßigen Abständen Gutachten, gutachterliche Stellungnahmen, Expertisen von Verbänden, von Professoren, von Praktikern bekommt, die dann eben auch die von ihnen vertretene Ansicht da nun protegieren oder eben nach vorne promovieren möchten. Damit möchte ich mal kurz zu der Frage kommen: Cum/Ex, Cum/Ex-Geschäfte und Position der Berater, der Rechts- und Steuerberater. Erinnern Sie sich da noch an bestimmte Kanzleien? Erinnern Sie sich noch da an größere Stellungnahmen, die dann alle das Ziel hatten, da nun Cum/Ex mit Leerverkäufen als Positivum zu unterfüttern, oder ist da wenig?

Zeuge Michael Gierlich: Da ist wenig. Also, in diesen Jahren von - - als Nawrath und Steinbrück kamen und wir den Auftrag bekamen, die Abgeltungsteuer, die große Abgeltungsteuer zu entwerfen, da war - - Und ich war für die Abgeltungsteuer. Bei mir liefen alle Fäden zusammen. Ich war also mit der Abgeltungsteuer derart beschäftigt, den Rest habe ich nur so am Rande verfolgt eigentlich und den Kollegen überlassen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Also, ich sage das mal so: Netzwerke von sich gegenseitig befruchtenden wissenschaftlich tätigen

Professoren waren Ihnen so nicht geläufig oder erkennbar?

Zeuge Michael Gierlich: Nein, ich meine, ich habe ab und zu einen Aufsatz gelesen und mich geärgert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Ja, gut, Herr Gierlich, dann habe ich einstweilen keine weiteren Fragen und übergebe an den Kollegen Pitterle von den Linken.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Gierlich, ich möchte die erste Frage stellen hinsichtlich Ihrer Zeit beim Bundesministerium für Finanzen. Sind Sie da Nebentätigkeiten nachgegangen, die in einem Zusammenhang mit Cum/Ex- oder Cum/Cum-Geschäften hätten stehen können?

Zeuge Michael Gierlich: Nein. Ich hatte ganz früh mal was geschrieben zu Gemeinnützigkeit und Spenden und so, aber dann als Referatsleiter war ich derart ausgelastet, da war überhaupt kein Gedanke daran, zu schreiben.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Zweite Frage: Ist Ihnen bekannt, ob Kanzleien oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Strategien für Cum/Ex-Geschäfte entwickelt haben und diese auch auf dem Markt angeboten haben?

Zeuge Michael Gierlich: Nein. Wir hatten davon erst erfahren durch diese anonyme E-Mail. Auch den Spitzenverbänden war keinerlei Andeutung zu entnehmen, dass da irgendwas laufen würde.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Und was ist Ihnen über die Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer im Zusammenhang mit Cum/Ex-Geschäften bekannt?

Zeuge Michael Gierlich: Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß es nicht mehr. Ich sage nur: Alle die steuerrechtlichen Fragen - - Ich habe mich seit fünf Jahren nicht beschäftigt damit. Ich habe das auch nicht noch mal jetzt in den Akten nachgelesen. Ich kann dazu eigentlich nichts mehr sagen.



4. Untersuchungsausschuss

Richard Pitterle (DIE LINKE): Dann kommen wir noch mal zu dem Komplex: Schreiben des Bundesverbands deutscher Banken 2002 bzw. Januar 2003. Sie haben ja vorher gesagt, dass da ein Brief angekommen ist. Ist der direkt an Ihre Abteilung zugeleitet worden, oder haben Sie ihn innerhalb des Bundesfinanzministeriums zugewiesen bekommen? Oder - -

Zeuge Michael Gierlich: Das müsste sich eigentlich aus den Akten ergeben. Normalerweise gehen die Schreiben immer - - kommen von oben nach unten. Aber in diesem Fall war es noch so gewesen, dass es erst im falschen Referat gelandet war - bei Herrn Keßler - und wir es erst später dann bekommen hatten. Aber ich kann mich nicht erinnern. Es müsste aber aus der Kennzeichnung des Eingangs ersichtlich sein, wer das abgehakt hat.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Sie haben ja vorher gesagt, dass Sie mit dem Inhalt nicht viel anfangen konnten, wenn ich es richtig verstanden habe. Wie wurde denn dann intern damit umgegangen? Also, Sie kriegen ein Schreiben, wo der Bankenverband sagt: Da muss man zwingend handeln, weil hier Doppelbescheinigungen ausgestellt werden. - Haben ja auch einen konkreten Gesetzentwurf sogar dann nachreicht. Wie ist man denn intern damit umgegangen? Hat man gesagt, das sollte man jetzt - - Haben Sie gesagt: „Ich verstehe nichts davon; da sollte ich jemanden mit einschalten, dass er sich überlegt, was da tatsächlich los ist“, oder wie kann man sich das denn vorstellen?

Zeuge Michael Gierlich: Wie ich ja vorhin schon sagte: Wenn wir Schwierigkeiten haben, ein Schreiben beim ersten Mal Lesen zu verstehen, dann wird es, wenn das die Länder bekommen, ihnen genauso gehen. Deswegen hatten wir ja gesagt: Da müssen wir noch einmal nachfassen; das wollen wir alles mal genauer wissen.

Aber, wie ich auch vorhin schon sagte, in dieser Zeit waren wir eben gezwungen, Prioritäten zu setzen in der Bearbeitung der Vorgänge. Und die Priorität im Referat, die war halt so: Erst kommen die Anforderungen der Leitung. - Und das waren für mich in dieser Zeit zwei Gesetzentwürfe, die

ich erstellen musste - und ich war im Grunde allein, sodass wir alles, was mir nicht ganz so dringend erschien, nicht sofort bearbeiteten. Aber wir haben dann noch einmal nachgefasst und haben dem BdB gesagt: Da müssen wir noch einmal einsteigen; das wollen wir genauer wissen. - Das war eben dieses Gespräch im Dezember 2003, wo jetzt diese Folien in den Akten sind.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Wurde denn in der Zeit darüber diskutiert, dass man die Leerverkäufe - - von der Bundesregierung beabsichtigt, irgendwie zu verbieten?

Zeuge Michael Gierlich: Das meine ich - - Das ist zu lange her, aber sicherlich wurde das auch einmal erwogen. Aber das wäre ja ein gravierender Eingriff in den Börsenhandel. Aber so dunkel meine ich, dass man im Grunde in alle Richtungen gedacht hatte. Wir hatten auch mal überlegt, dass man sagt: Die Steuerbescheinigungen sollen ausgestellt werden von der Aktiengesellschaft. - Das geht natürlich nur bei Namensaktien. Also, wir haben in alle Richtungen gedacht und abgecheckt.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ich meine, an dem Zeitpunkt, bevor der Brief vom Bankenverband kam, kurz davor. Weil ich halte Ihnen vor - das halte ich Ihnen jetzt ohne konkreten Vorhalt vor als Behauptung -: Wir haben Unterlagen, aus denen sich ergibt, dass im Bankenverband diskutiert worden ist: Man muss diesen Brief jetzt abschicken, damit es nicht zu spät ist, damit nicht Leerverkäufe verboten werden. - Deswegen frage ich nach, ob da im Hintergrund irgendetwas bei Ihnen diskutiert worden ist, was den Bankenverband bewogen hat, den Brief einzureichen.

Zeuge Michael Gierlich: Ich würde sagen: Mit Sicherheit nicht. Mit Sicherheit nicht!

Richard Pitterle (DIE LINKE): Mit Sicherheit nicht. - Sie haben dann vorher irgendwie gesagt, dass, wenn man da irgendwie tätig wird - - dann droht die Gefahr, dass die Börsengeschäfte nach draußen abgewandert wären. Von wem kam denn diese Meinung, dass, wenn man sich damit beschäftigt, die Gefahr droht, dass die Börsengeschäfte nach draußen abwandern?



4. Untersuchungsausschuss

Zeuge Michael Gierlich: Das weiß ich nicht mehr. Aber es ist ja eigentlich naheliegend bei Eingriffen in die Börsenhandelsabläufe. Aber ich weiß nicht, wer das gesagt hat.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Aber das ist gesagt worden?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja. Das ist eigentlich auf den ersten Blick auch plausibel, wenn man den Handel über den Dividendenstichpunkt hinaus gesetzlich untersagt.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Und jetzt hatten wir - - Sie haben gesagt: Da ist schon irgendetwas passiert. - Aber ist da tatsächlich - - Sie haben ja gesagt, Sie waren im Dezember beim Bankenverband, haben sich das erklären lassen, wie das alles gemeint ist. Was ist dann zwischen Dezember 2003 und August 2005, wo dieser Brief an die Länder geschickt worden ist - - Ist da irgendetwas dazwischen passiert? Hat sich jemand mit der Problematik beschäftigt?

Zeuge Michael Gierlich: Ich kann mich nicht mehr an Details erinnern, aber es war weiterhin ein offener Vorgang. Und wie ich vorhin sagte: Wir haben gesagt: Das ist eine Sache für das nächste Bereinigungsgesetz. - Aber das hat eben ziemlich lange gedauert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke. - Wir müssen zur CDU/CSU überleiten, Herr Kollege Pitterle. Das heißt, Sie müssen Ihre nächsten Fragen noch ein bisschen zurückstellen.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Gierlich, ich habe zunächst noch mal so ein paar Fragen zu Ihrer allgemeinen Tätigkeit im Referat IV C 1. Sie haben uns ja schon zu Beginn berichtet, wie Ihr Tätigkeitsfeld aussah. Das ist ja schon auch für jemanden wie mich, der im Steuerrecht nicht so bewandert ist, ein ziemlich großes Gebiet. Und dann haben Sie uns gesagt, Sie hatten keinen Referenten. Sie haben dann auch noch erwähnt, dass Sie mal in den Jahren 2001 bis 2003 einen Referenten hatten, zwei Referenten, die es nicht gepackt haben. Da wollte ich einfach mal wissen: Ist das üblich in Ihrem Haus gewesen, dass man

als Referatsleiter keine Referenten hatte? War das bei Ihren Kollegen auch so, oder war das bei Ihnen wegen dieses doch sehr umfangreichen und vielleicht auch sehr speziellen Tätigkeitsbereichs etwas Besonderes?

Zeuge Michael Gierlich: Ich meine, es war eben auch eine besondere Zeit, wie ich ja vorhin schon sagte. In diesen Jahren wurde das ganze Personal der Steuerabteilung neu sortiert nach Sozialpunkten. Wer genügend Sozialpunkte hatte, durfte in Bonn bleiben. Wer keine hatte, musste nach Berlin. Und die Referate wurden neu geschnitten; es wurde alles durcheinandergewirbelt. Das war schon eine schwierige Zeit.

Aber dass ab und zu mal ein Engpass auftritt, der natürlich bei kleinen Referaten schwer aufgefangen werden kann, das ist mir häufiger passiert. So etwas passiert immer wieder. Aber es war natürlich extrem. Normalerweise dauert so etwas eben höchstens ein Jahr. Ich habe nicht gesagt, dass ich keinen Referenten hatte; ich hatte zwei Referenten. Für die war das Arbeitsgebiet nicht das richtige, und sie warfen dann halt das Handtuch, sodass es ein Zeitraum von drei Jahren war.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay. - Zu Beginn hatten Sie gesagt, Sie hatten zu der Zeit des Eingangs des Bankenschreibens keine Referenten. Das haben Sie dann etwas relativiert. Vielleicht ist es aus der Nachschau dann auch so, dass, wenn man da jemanden hat, der das nicht gepackt hat, wie Sie gesagt haben, Sie dann eher das Gefühl hatten, Sie hätten gar keinen.

Ich komme gleich noch einmal auf diese Personalsituation zurück, aber ich habe jetzt mal eine Frage, womit ich etwas vorgreife - Herr Kollege Pitterle hat es eben auch noch einmal gefragt -: dieses Bankenschreiben und der Versand an die Länder. Da haben Sie zu Anfang auch gesagt auf die Fragen des Herrn Vorsitzenden, als Sie grünes Licht bekommen haben - das habe ich mir hier aufgeschrieben -, haben Sie das dann weitergeleitet oder ist das Schreiben weitergeleitet worden. Von wem ist denn grünes Licht erteilt worden? Weil Sie haben uns auch geschildert, wie schwierig das war, dass Sie das nicht gleich verstanden haben - das beruhigt mich, weil ich auch



4. Untersuchungsausschuss

nicht immer alles gleich verstehe -, aber dass Sie sich dann nach einem Jahr schlaugemacht haben, dort nachgefragt. Aber wo kam denn das grüne Licht dann nachher her?

Zeuge Michael Gierlich: Nein, das kam aus der Leitung - der Druck, der von den Referaten ausgeht, wo sich allzu viele Punkte gesammelt haben. Das ist so, wie wenn Sie einen Wagen zur Wartung schicken. So muss das Einkommensteuergesetz auch gewartet werden. Da reißt sich keiner drum, aber es muss gemacht werden. Und wenn der Druck - - Korrektur von unangenehmen BFH-Urteilen oder von Missbräuchen, die sich so angesammelt haben. Wenn sich ein ganzes Sammelsurium von 50 Punkten angesammelt hat, dann ist der Druck so groß, dass die Abteilungsleitung sagt: Wir müssen jetzt wieder etwas machen. - Und dann braucht man eben von der Leitung grünes Licht.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Und so war das da auch?

Zeuge Michael Gierlich: Ja. Ich meine, ja. Da kamen Steinbrück und Nawrath. Das war alles ja dann nach den Wahlen, wenn ich mich recht erinnere.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay. - Jetzt komme ich noch mal zu dem Sachverhalt, den wir auch schon etwas erörtert haben, nämlich: Wir waren ja letztes Mal, in der letzten Woche - - vor 14 Tagen einigermaßen erstaunt - ich war es zumindest - über die Aussage von Herrn Ramackers. Sie haben ja auch schon angedeutet, dass Sie auch einige Dinge da nicht ganz verstanden haben.

Sie haben uns eben von Ihrer Personalsituation berichtet. Daraus kann man natürlich verstehen, dass Sie dann händeringend auch sozusagen auf eigene Faust, wenn ich das richtig verstanden habe, gesucht haben, ob es irgendjemanden gibt, der Ihnen da ein bisschen behilflich sein kann. Und Sie haben auch von dem Zusammentreffen mit Herrn Ramackers berichtet auf dieser Veranstaltung. Sie haben aber abgebrochen da, als Sie gesagt haben: Er wollte sich das überlegen und wollte sich dann bei mir melden. - Und dann

wissen wir ja, dass es tatsächlich dann geklappt hat.

Mich würde mal interessieren: Wie hat das denn stattgefunden, dieses Sich-Melden? Hat das bei Ihnen stattgefunden oder bei einem Ihrer Vorgesetzten? Wie muss ich mir so etwas vorstellen? Wenn Sie jemanden ansprechen, gehen Sie dann auch zu Kollegen, Vorgesetzten und sagen: „Mensch, ich habe da jemanden, der das möglicherweise machen könnte; der meldet sich“, oder wie läuft so etwas ab? Intern jetzt, im Haus! Das würde mich mal interessieren.

Zeuge Michael Gierlich: Intern, meine ich, war das so: Er hatte ja nur meine Telefonnummer. Er hat bei mir angerufen, dass es möglich wäre, dass das Finanzgericht ihn da freistellt. Und dann ging ich mit Sicherheit zu meinem UAL und zu meinem Abteilungsleiter und habe Kontakt aufgenommen zur Zentralabteilung - die sind ja für Personalauswahl zuständig - und habe das mit denen besprochen und habe gesagt: Hier haben wir endlich mal eine Gelegenheit, einen kompetenten Mann zu bekommen; tut bitte das, was möglich ist, und schaut zu, ob ihr das irgendwie hinkommt. - Und das ist dann Sache der Abteilung Z, wie sie das dann statusrechtlich regeln.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay. - Sie haben das also weitergegeben, ich sage es mal untechnisch, in die Personalabteilung, -

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja, natürlich.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): - und die haben das da geregelt.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja. Abteilungsleiter und Abteilung Z.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ist denn irgendwie genau mal festgeschrieben worden, welches die Aufgaben von Herrn Ramackers waren bei Ihnen? Sie haben uns ja erzählt, dass er als Hobby Investsteuergesetz hatte oder Investsteuerrecht. Hat man sich da Gedanken darüber gemacht? Wird so etwas dann festgeschrieben? Oder war es einfach so, dass das so unter den Nägeln brannte, dass man sagte: „Hauptsache, da ist



4. Untersuchungsausschuss

jemand mit Fachkenntnis, der Ihnen behilflich ist“?

Zeuge Michael Gierlich: Ich bin sicher - ich musste die Personalanforderung ja selbst begründen gegenüber der Abteilung Z -, dass ich das da hineingeschrieben habe. Und ich bin sicher, dass es um das Investmentsteuergesetz ging; denn da brannte es. Und das war ja immer nur für ein halbes Jahr. Ich musste ja immer wieder neu begründen, weshalb er bitte noch einmal verlängert werden sollte. Also, es war immer wackelig; man hat sich so durchgehängt - Abordnung halbes Jahr für halbes Jahr.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Aber er war in der Zeit Ihr einziger Referent?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja, später kam noch ein Herr Redert, der machte aber - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ein Herr was?

Zeuge Michael Gierlich: Redert! Der kam eigentlich Ende 2004. Der machte aber dann Lebensversicherungen. Da war auch ein größeres BMF-Schreiben, das dringend revidiert werden musste, und dann diese ZIV, diese Zinsinformationsverordnung, wo man innerhalb der EU sich geeinigt hatte, die Kontrollmitteilung über Kapitalerträge. Das war auch eine größere Arbeit; damit war er vollauf beschäftigt.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay. - Gehen wir mal auf das Ende der Zeit von Herrn Ramackers hin. Wir wissen ja, dass am 31.08.2008 die Tätigkeit oder die Abordnung beendet wurde. Oder: Die endete da. Können Sie noch einmal sagen - Sie haben es vorhin angedeutet, aber lassen Sie uns das vielleicht noch mal etwas erläutern -, aus welchen Gründen die Abordnung dann endete seitens - - von Herrn Ramackers? Sie haben es ja so geschildert, als wenn Sie gesagt hätten, Sie hätten den wirklich gut gebrauchen können. Sie konnten ihn wirklich gut gebrauchen?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, absolut.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Sie hätten ihn auch noch länger brauchen können?

Zeuge Michael Gierlich: Ich hätte ihn gern behalten, natürlich. Ja, ja. Aber ich meine mich zu erinnern, dass da sein Dienstherr gesagt hat: Irgendwann muss Schluss sein; es geht so nicht weiter, dass er eine richtige Stelle am FG hat, aber jahrelang nicht da ist.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Nachvollziehbar, ja, klar. - Wissen Sie denn auch, ob er zurückgegangen ist ans Finanzgericht? Wir haben ja vorhin schon einmal darüber gesprochen.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, wie er mir gesagt hatte, wollte er ein Jahr später in Pension gehen, vorgezogene Pension, und hatte eben dann vom Finanzgericht sich Sonderurlaub geben lassen, unbezahlten Sonderurlaub. Das heißt, er hat nicht mehr als Richter gearbeitet. Sonderurlaub, aber als Angehöriger des Finanzgerichts Düsseldorf. Bei uns war er - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Da ist ja die Rechnung nicht so ganz aufgegangen beim Finanzgericht. Wissen Sie da Näheres darüber? Wenn man sagt: „So, wir wollen ihn jetzt gern zurückhaben“, dann endet die Abordnung, und dann sagt er: „So, ich nehme jetzt ein Jahr unbezahlten Sonderurlaub“ - - Wissen Sie da irgendetwas, was da los war?

Zeuge Michael Gierlich: Ich weiß es nicht, aber ich vermute, dass, schon als er zu uns kam, wohl ihm die richterliche Tätigkeit nicht mehr so richtig zusagte. Das ist aber nur eine Vermutung von mir. Und ich weiß auch: Er hatte damals einen persönlichen Schicksalsschlag. - Das erklärt auch ein bisschen, weshalb er etwas ganz anderes machen wollte.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Herr Ramackers war ja dann anschließend, nach diesem einen Jahr, noch einmal bei Ihnen -

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): - im Ministerium, und zwar, wenn ich das richtig im



4. Untersuchungsausschuss

Kopf habe, war das von September 2010 bis Dezember, also eine relativ kurze Zeit.

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Können Sie uns darüber noch einmal etwas berichten, über die Zeit?

Zeuge Michael Gierlich: Das war für dreieinhalb Monate.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): War das auch bei Ihnen?

Zeuge Michael Gierlich: Bei mir, ja, ja. Wir hatten ihn wieder angefordert. Ich meine, Hintergrund waren gewesen diese OGAW-Sachen, also diese aufsichtsrechtlichen Investmentrichtlinien, die ja EU-rechtlich in immer kürzerer Reihenabfolge kamen. Die mussten - das macht ja die Abteilung VII; der Herr Wewel hat das gemacht - umgesetzt werden. Die Abteilung VII hätte immer gern gehabt, dass sie ihr Gesetz alleine machen, aber wir haben gesagt: Wenn ihr im Investment-, im Aufsichtsrecht die Begriffe ändert und die nicht mehr übereinstimmen mit den steuerlichen Begriffen, dann geht möglicherweise die ganze Besteuerung ins Leere. Also, ihr könnt euch nicht einfach abkoppeln vom Steuerrecht - was sie wollten -, sondern das muss parallel laufen. - Wobei natürlich man immer vermeidet, dass für den aufsichtsrechtlichen Teil der Bundesrat zustimmen muss, was ja bei der Steuer der Fall ist.

Irgendwie war da zeitlicher Druck. Das musste auch im nächsten Jahr in Kraft treten, sonst hätte die Abteilung VII Schwierigkeiten bekommen mit der EU-Richtlinie. Und der steuerliche Teil war wieder schwierig, weil teilweise der Fondsbegriff so geändert wurde, dass man das steuerlich gar nicht mehr abgrenzen konnte zu anderen Gebilden. Also, da war dringender Handlungsbedarf. Und der Einzige, der eigentlich in Betracht kam, dies innerhalb von kurzer Zeit zu lösen, war der Ramackers. Ich habe ihn angerufen: Wie ist es, kannst du noch einmal kommen? Ich habe mit Z gesprochen, mit meinem Abteilungsleiter gesprochen. Er war wirklich Feuerwehr.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Vielleicht haben Sie Verständnis dafür, dass wir - - oder ich sage es jetzt mal für mich -, dass ich es als ein bisschen merkwürdig empfinde. Wenn jemand über vier Jahre abgeordnet wird, dann sagt das Gericht: Also, den brauchen wir jetzt wieder. - Dann sagt er: „Nein, ich arbeite da jetzt doch nicht“, aus Gründen, die wir nicht genau kennen, dieses eine Jahr. Und dann verstehe ich schon - das haben Sie eben ja sehr ausführlich erläutert -, dass nach wie vor der fachliche Bedarf bei Ihnen da war, dass Sie gesagt haben: „Wir brauchen noch einmal jemanden“, und dann kommt der noch mal für drei Monate. Wissen Sie, wie sein Status in diesen drei Monaten war? Haben Sie Kenntnis darüber?

Zeuge Michael Gierlich: Das ging ja nicht mehr im Wege der Abordnung. Ich meine, das war dann so ein - das hat er mir mal erzählt - kompliziertes Gebilde. Da war die Arbeitszeit und so alles festgelegt. Es war eine Art Arbeitsvertrag, wobei es ja, wenn man eine Pension bekommt - er bekam ja schon Pension -, gewisse Hinzuverdienstgrenzen gibt, sodass dann die Arbeitszeit, die auf dem Papier stand, so gestaltet war, dass seine Pension zusammen mit der Vergütung, die er vom BMF bekam, nicht das potenziell fiktive aktive Gehalt überstieg. Das sind arbeitsrechtliche Sachen - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Gut, Sie sind ja auch kein - -

Zeuge Michael Gierlich: Na ja, das war schon sehr ausgeklügelt. Das wurde natürlich - - Die Arbeitszeit steht erst einmal natürlich auf dem Papier. Aber es war schon so, dass er nicht mehr verdienen konnte, als wenn er noch aktiver Richter gewesen wäre, unterm Strich.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Das ist klar. - Wo hat er denn eigentlich gearbeitet? Stand er Ihnen zur Verfügung? Hatte er sein Büro neben Ihnen? Oder wo war er denn eigentlich, wenn Sie ihn brauchten?

Zeuge Michael Gierlich: Oh, das weiß ich nicht mehr. In den ersten Jahren hat er dann - -



4. Untersuchungsausschuss

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Nein, nein, ich meine jetzt diese drei Monate. In den ersten Jahren gehe ich davon aus, dass er wirklich - korrigieren Sie mich, wenn das falsch ist! - bei Ihnen im Haus auf dem Flur gesessen hat irgendwo.

Zeuge Michael Gierlich: Nein, ich meine, das war so, dass er auf Dienstreisebasis bei uns war einen gewissen Teil der Zeit und den Rest von zu Hause gearbeitet hat.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Auch in den vier Jahren, wo die Abordnung war?

Zeuge Michael Gierlich: In den vier Jahren hatte er eigentlich immer sein Büro in Bonn. Ich hatte ja früher auch mein Büro in Bonn gehabt. Ich hatte auch ein paar Jahre lang zwei Büros gehabt. Da fuhr er noch von Düsseldorf nach Bonn; da hat er sein Büro gehabt, -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Michael Gierlich: - und dann kam er eben auch häufig auf Dienstreisebasis nach Berlin.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): War das für Sie so, wenn Sie jetzt zurückdenken an diese drei Monate - ich weiß, dass es natürlich schwierig ist, das jetzt im Kopf zu unterscheiden, oder ich kann es mir vorstellen -, dass das ähnlich war, oder war das eine andere Situation in diesen drei Monaten von September bis Dezember 2010?

Zeuge Michael Gierlich: Das war so ähnlich. Das war so ähnlich, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wissen Sie, ob Herr Ramackers nach seiner aktiven Zeit als Richter oder bei Ihnen im Ministerium für Banken und Bankenverbände oder Bankenverbände gearbeitet hat? Ist Ihnen darüber irgendetwas bekannt?

Zeuge Michael Gierlich: Darüber ist mir nichts bekannt. Ich weiß nur - was er auch zu seiner aktiven Zeit gemacht hatte -, dass er im Grunde bei jeder Gelegenheit zu allen möglichen steuerlichen Veranstaltungen fährt, weil sein Interesse

daran so groß ist. Er nimmt an Kolloquien teil, an Seminaren teil. Jetzt ist er dieses Wochenende wieder eingeladen beim Institut Finanzen und Steuern. Also, er ist voll in der Materie und fährt überallhin im deutschsprachigen Raum, wo etwas steuerlich los ist. Und ich meine, dass er auch ein bisschen was übernommen hat, was zu kommentieren; aber so genau bin ich nicht darüber informiert.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wir haben, wie gesagt, in der letzten Sitzung einige Dinge gehört, die ich doch einigermaßen ungewöhnlich fand, auch dass zum Beispiel in der Zeit zwischen 2008 und 2009 Herr Ramackers gesagt hat, dass er nicht im BMF, sondern für das BMF gearbeitet hat - in dieser Zeit, wie wir das noch einmal herausgefragt haben, wo er eigentlich zurück zum Gericht sollte, dann aber dort doch nicht gearbeitet hat. Wie ist denn diese Aussage aus Ihrer Sicht zu verstehen?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ich - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Nicht im BMF, aber für das BMF!

Zeuge Michael Gierlich: Vielleicht darf ich noch eine Sache sagen zu dem Punkt, dass Sie es merkwürdig finden, dass das Finanzgericht ihn zurückfordert, er aber doch nicht arbeitet. Möglicherweise, so wie ich die Lage häufig kenne, geht es nicht um seine Person, dass man ihn als Person zurückhaben wollte, sondern dass seine Planstelle blockiert ist.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja, das sagten Sie.

Zeuge Michael Gierlich: Das vermute ich mal, aber ich weiß es nicht.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja, das sagten Sie.

Zeuge Michael Gierlich: Was war jetzt die Frage?

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Aber trotzdem, diese Zeit, dieses eine Jahr, wo diese Vakanz war, dass er da gesagt hat - das hat er hier



4. Untersuchungsausschuss

wörtlich gesagt -, dass er nicht *im*, sondern *für* das BMF gearbeitet hat, ist das für Sie irgendwie erklärlich? In der Zeit war er doch, wenn ich das richtig verstehe, richtig raus.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, sicherlich. Ich habe das ja vorhin schon versucht zu erklären, dass es seine Leidenschaft war. Er hat vier Jahre für uns gearbeitet. Es war sein Hobby, und er hat sich gefreut, wenn man angerufen hat und sagte: Kannst du uns mal was erklären? - Ich hatte, glaube ich, selber mit ihm nicht so viel, aber ich glaube, sicher die Referenten - - Wenn sie ein gutes Beratungsgespräch haben wollen, ruft man an bei Ramackers.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Auch in der Zeit, in diesem einen Jahr, wo er eigentlich nicht - -

Zeuge Michael Gierlich: Ja, sicherlich. Ja, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ach so, da haben Sie auch mal angerufen und haben gesagt: „Kannst du uns mal weiterhelfen?“, oder Ihre Kollegen oder - -

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja. Ich habe auch schon mal gesagt, dass in diesem einen Jahr, als unsere Bund-Länder-Arbeitsgruppe in der Gegend von Bonn tagte - - da haben die ihm auch gesagt, er soll herkommen, wenn er Lust hat, weil er immer eine Bereicherung war, weil er unheimlich beschlagen war. Da hat keiner irgendwie was auszusetzen gehabt.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wussten Sie denn, dass er vom Bankenverband bezahlt worden ist?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das hatten wir schon.

Zeuge Michael Gierlich: Im Nachhinein, ja. Das haben wir schon gefragt, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay. Ich nehme es zurück. Alles klar. - Sie haben uns ja geschildert, dass Herr Ramackers da wirklich

der absolute Spezialist war. Haben Sie ihm trotzdem dem Arbeitsaufträge erteilt?

Zeuge Michael Gierlich: Natürlich.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ganz konkrete, meine ich jetzt. Ganz konkret haben Sie - -

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja, sicherlich. Also, was das Referat verlässt, da haben wir immer das Vieraugenprinzip gehabt: Jemand, der etwas selbst schreibt, verfasst, darf nicht unterschreiben. - Das ist eigentlich selbstverständlich. Und wenn ich da war, habe ich alles unterschrieben, natürlich immer nach Diskussion mit den Kollegen. Das ist ja selbstverständlich.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ich höre erst mal auf an dem Punkt. Weil ich zu einem anderen Thema noch Fragen hätte, mache ich das in der nächsten Runde.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. Dann danke ich Ihnen und darf zu Herrn Schick, Bündnis 90/Die Grünen, überleiten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Mich würde interessieren, ob Sie mit Herrn Ramackers befreundet sind.

Zeuge Michael Gierlich: Ich würde sagen: nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sind per du?

Zeuge Michael Gierlich: Das sind wir im Referat alle. Es ist mittlerweile allgemein so üblich im Ministerium. Als ich jung war, war das nicht so üblich, aber mittlerweile ist es allgemeiner Standard.

Und zu Ramacker würde ich sagen: Uns hat die gemeinsame Arbeit zusammengeführt. Als die Arbeit beendet war, habe ich mit dem Steuerrecht völlig aufgehört; er hat voll weitergemacht. Wir haben uns seit Jahren nicht mehr gesehen. Ich habe jetzt noch mal wieder mit ihm telefoniert, aber wir haben uns im Grunde aus den Augen verloren.



4. Untersuchungsausschuss

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Jahr 2010, wie viele Referenten waren da in Ihrem Referat und welche?

Zeuge Michael Gierlich: Auf jeden Fall war da Herr Hensel. Poppenberg weiß ich nicht, ob er noch da war - der wurde dann Lohnsteuer-Referatsleiter -, und auf jeden Fall der Herr Redert. Ich meine, die drei.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der letzten Sitzung ist schon thematisiert worden, dass in dem Schreiben, das der Informant „Jürgen Schmidt“ schickt an die Kollegen im Finanzamt Darmstadt, es ein Zitat gibt - ich lese es kurz vor -:

Die Vorabinformationen sollten keinesfalls im Detail dem BMF - Referat Gierlich zugänglich gemacht werden, da die Initiatoren über einen direkten, sehr guten Kontakt zu einem Mitarbeiter des Referats verfügen.

Können Sie uns etwas dazu sagen, wer in Ihrem Referat da gemeint sein könnte?

Zeuge Michael Gierlich: Mir ist das ganze Schreiben nicht bekannt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Schreiben in dieser Form kann Ihnen auch nicht bekannt sein. Wir können es aber gern vorlegen. Das ist im hessischen Ordner, Ordner 1 von 3, Seite 100, und ich zitiere auf Seite 101.

(Zuruf: Können Sie das Ganze sagen? Sonst sind die überfordert!)

- Ach so? - Also, MAT-A-HE-2-1, HMdF S 1645 A-008-II 61, Ordner 1 von 3.

Zeuge Michael Gierlich: „Aus welchem Jahr war das?“, darf ich noch einmal fragen?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht hier um den 5. Januar 2011. Also, der Briefwechsel, um den es geht, ist um den Jahreswechsel 2010/2011. Und der Punkt ist einfach,

dass der Informant nicht will, dass relevante Informationen zu Cum/Ex Ihr Referat erreichen, weil er befürchtet, dass die direkt an die Initiatoren weitergehen.

Zeuge Michael Gierlich: Da bin ich, ehrlich gesagt, überrascht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich war auch überrascht, als ich es gelesen habe.

Zeuge Michael Gierlich: Ich kenne das Schreiben nicht. Ich kann mir auch nicht vorstellen, wer damit gemeint sein sollte, der zu den Initiatoren von Cum/Ex Kontakte hat. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie regelmäßig auf Treffen, also Parlamentarischen Abenden, Empfängen des Bankenverbandes oder der verschiedenen Bankenverbände gewesen in Ihrer Dienstzeit?

Zeuge Michael Gierlich: Also, die Leitung hat es immer gern gesehen, wenn wir hingingen. Aber ich war zeitlich, arbeitsmäßig derart unter Druck die ganzen Jahre hinaus, dass ich ausgesprochen selten hinging - ausgesprochen selten! - und meistens nur dann, wenn auch - - Wenn der Minister Steinbrück sprach, dann ging ich auch hin. Aber im Grunde habe ich - -

Das, was eigentlich das Positive oder das Wichtige war an Herrn Ramackers: dass er zu den ganzen Kongressen hinging und dann eben in den Kaffeepausen so Sachen erfährt, was wir nie erfahren. Das ist eigentlich wichtig, und es war eigentlich von unserem Haus auch gewünscht. Aber man muss irgendwie viel Zeit haben. Und wenn Sie unter Druck sind, dann geht das nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von den Mitarbeitern im Referat, von denen wir es vorher hatten - also Herr Hensel, Herr Poppenberg -, um den Zeitraum 2010 herum, wer von denen, würden Sie sagen, hatte die engsten Drähte zum Bankenverband oder zu den Bankenverbänden, ist da am häufigsten präsent gewesen, hatte da Gesprächskontakte?



4. Untersuchungsausschuss

Zeuge Michael Gierlich: Also, die Gespräche mit - - Konkret ging es ja um den BVR, den Dr. Tischbein, Frau Dr. Dickopf vom Sparkassen- und Giroverband, der Herr Skorpel vom BdB und Herr Ihering vom Verband öffentlicher Banken und ab und zu mal eben auch der Mayer vom BVI. Das war im Grunde unser Gesprächskreis. Und die Gespräche waren immer im Plenum.

Das heißt, Dr. Tischbein war ja im Grunde der informelle Verhandlungsleiter dieser Gruppierung. Dann haben wir einen Termin ausgemacht, und da waren immer alle Referenten und Sachbearbeiter von mir, die da waren, dabei, und dann diese fünf Herren. Also, Privatgespräche gab es höchstens mal telefonisch, wenn Dr. Tischbein bei mir anrief und sagte: Wir brauchen mal wieder einen Termin; wir haben etwas zu besprechen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, aber das sind ja sozusagen die dienstlichen Sachen, die auch in den Akten sich wiederfinden von Besprechungen.

Zeuge Michael Gierlich: Aber Kontakte? Es ist mir nicht bekannt, dass irgendjemand da - - Wir haben uns da auch über jedes Gespräch, wenn jemand bei Skorpel oder so, bei einem anrief, immer gegenseitig informiert.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne noch einmal für diese verschiedenen Phasen wissen, ob es irgendeine Regelung gab, welche Informationen Herr Ramackers erhalten hat oder nicht erhalten hat. Also, in der Zeit 2004 bis 2008 war er ordnungsgemäß abgeordnet. Ich nehme an, dass er alle Informationen, die im Referat eingingen, auch dann irgendwie erhalten konnte, weil er da im Informationsfluss drin war. Mich würde jetzt interessieren für die Phase seiner Beurlaubung 2008 bis 09 sowie dann in dieser Phase der Teilzeitbeschäftigung 2010 und die Phase nach dieser Teilzeitbeschäftigung, ob es irgendwelche Regelungen gab, welche Informationen Herr Ramackers erhalten könnte, an welchen Besprechungen er teilnehmen kann/darf oder an welchen er auch nicht teilnehmen darf, oder ob es irgendwelche Mails

oder Informationen gab, wo man gesagt hat: Die darf Herr Ramackers nicht erhalten.

Zeuge Michael Gierlich: Also, offizielle Regelungen gab es nicht, weil jeder Mitarbeiter weiß ja Bescheid, was sensibel ist und was nicht. Wenn man provokativ formulieren darf: Das Erstellen oder das Erarbeiten von BMF-Schreiben, auch das Erarbeiten von Gesetzentwürfen, das ist ja keine geheimdienstliche Tätigkeit, sondern das ist eine Sache, davon ist jeder Bürger betroffen. Jeder hat ein Recht, Vorschläge zu machen und an der Meinungsbildung teilzunehmen. Da gibt es eigentlich - - Ich persönlich habe immer gesagt: Ich bin jedem Menschen dankbar, der kompetent ist und der mitdenkt, vor allem im Investmentsteuerrecht, weil das - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, ich hätte in dieser Zeit als Abgeordneter auch sehr gerne mitgedacht, aber ich hätte diese Informationen nie erhalten können. Da hätte die Hausspitze sofort gesagt: Der Abgeordnete darf die Information nicht erhalten. - Aber der interessierte Staatsbürger Ramackers hat offensichtlich alle Informationen erhalten können. Und das ist etwas, was in einer öffentlichen Verwaltung nie sein darf. Und deswegen sind wir an dieser Frage dran.

Zeuge Michael Gierlich: Ich habe ja nicht gesagt, dass er alles erhalten hat, sondern - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gab keine Vorsichtsmaßnahmen ihm gegenüber, dass er bestimmte Sachen nicht erhalten konnte? Oder erinnern Sie sich da präzise an irgendwelche Regelungen?

Zeuge Michael Gierlich: Ich kann mich auch nicht erinnern, dass ich ihm irgendetwas geschickt hätte, aber wenn, dann war er der Ansprechpartner für das Investmentsteuerrecht. Da war er der absolut anerkannte Fachmann. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass wir ihn an anderen Sachen beteiligt haben. Das kann ich mir nicht vorstellen, weil da kein Bedarf bestand; da waren wir gut aufgestellt.



4. Untersuchungsausschuss

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage - - Oder ist die Zeit um?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich möchte die neue Runde einleiten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann machen wir es in der nächsten Runde.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Kollege Schwarz von der SPD, bitte.

Andreas Schwarz (SPD): Recht herzlichen Dank. - Ich hätte mal erst eine Frage, und zwar: Kennen Sie Herrn Berger persönlich?

Zeuge Michael Gierlich: Ich kenne nur einen Sachbearbeiter Herr Berger, -

Andreas Schwarz (SPD): Haben Sie mit ihm auch - -

Zeuge Michael Gierlich: - einen Sachbearbeiter Berger aus Bonn, der jetzt mittlerweile 80 Jahre alt ist.

Andreas Schwarz (SPD): Ich meine den Herrn Cum/Ex-Berger.

Zeuge Michael Gierlich: Nein, den kenne ich überhaupt nicht.

Andreas Schwarz (SPD): Weil der war ja auch mal im Finanz- -

Zeuge Michael Gierlich: Nein, kenne ich nicht.

Andreas Schwarz (SPD): Er ist auch dienstlich Ihnen nie über den Weg gelaufen?

Zeuge Michael Gierlich: Ich habe jetzt nur irgendwie gehört, dass er irgendwie per Haftbefehl gesucht wird oder so was. Aber ich kenne ihn nicht persönlich.

Andreas Schwarz (SPD): Gut. - Noch zu einem anderen Themenbereich: Clearstream. Wir haben uns hier in dem Untersuchungsausschuss auch

schon intensiv mit der Rolle dieses Zentralverwahrers auseinandergesetzt und mussten feststellen: Clearstream hat eine sehr zentrale Rolle, ist ein zentraler Akteur in den Cum/Ex-Geschäften, aber so richtig ist von außen nicht nachvollziehbar, was in der Blackbox, wie wir es hier so nennen, passiert ist. Hatten Sie vonseiten des BMF eine Zusammenarbeit mit Clearstream? Wenn ja, wie konnte man sich die vorstellen?

Zeuge Michael Gierlich: Ich muss Ihnen sagen: Zu den ganzen Vorgängen, die direkt die steuerrechtlichen Sachen betreffen - - Das ist zu lange her. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern. Aber ich weiß: Wenn in dem Gespräch mit den Spitzenverbänden irgendwelche Fragen auftauchen, die sie nicht sofort beantworten konnten, haben sie gesagt: Das nächste Mal bringen wir Herrn Baumrucker mit oder sonst jemanden. - Und dann haben sie den als Experten mitgebracht, und dann wurde das beredet. Aber zu Einzelheiten kann ich wirklich nichts mehr sagen.

Andreas Schwarz (SPD): Und eine Einschätzung abgeben, ob Clearstream etwas mehr zur Identifikation von Cum/Ex-Geschäften hätte beitragen können bei gutem Willen - so eine Einschätzung, können Sie die uns geben?

Zeuge Michael Gierlich: Kann ich nicht; kann ich nicht.

Andreas Schwarz (SPD): Okay. - Dann: Im Januar 2011 erhielt das BMF Informationen der britischen Steuerbehörden zur Barclays-Tochter SCM. Die haben ja schon seit 2007 Cum/Ex-Geschäfte betrieben. Demnach ließ sich SCM vor Beginn der Geschäfte von Herrn Rockstroh mündlich, gegebenenfalls auch schriftlich versichern, dass Clearstream keine Steuern auf die Transaktion abführen würde. Musste Herr Rockstroh unter den gegebenen Umständen erkennen, dass SCM auf die gezielte Produktion von unrichtigen Steuerbescheinigungen abzielt?

Zeuge Michael Gierlich: Ich sagte, zu diesen speziellen steuerlichen Vorgängen kann ich nichts mehr sagen. Es ist einfach zu lange her. Ich habe



4. Untersuchungsausschuss

seit vielen Jahren mich dafür nicht mehr interessiert.

Andreas Schwarz (SPD): Okay. - Anderer Themenkomplex: Ihr Referat hatte ja auch die Fachaufsicht über das Bundeszentralamt für Steuern. Mit welchen Fragen waren Sie im Rahmen dieser Zuständigkeit allgemein befasst in dem zeitlichen Rahmen?

Zeuge Michael Gierlich: Wir hatten, meine ich, die Fachaufsicht für Investmentsteuer, mit den ausländischen Investmentfonds, wo wir ja im Investmentsteuergesetz erstmals so eine Art Überprüfungspflicht eingeführt hatten. Und am Anfang hatten wir noch zu der Zinsinformationsverordnung Kontakt und dann noch zu dem KapSt-Bereich. Die wurden nachher irgendwie zusammengeführt. Also, mein Bestreben war immer gewesen, so im Jahr zweimal nach Bonn zu fahren und alles durchzusprechen, was da anstand. Ich weiß auch noch, dass die personelle Besetzung in dem Teil, der für die Prüfung von Auslandsfonds zuständig war - - dass das nach meiner Auffassung völlig unzureichend war. Und ich war daher dankbar gewesen, dass der Bundesrechnungshof das aufgegriffen hatte und sagte: Ihr müsst mehr prüfen; hier wird ja so gut wie gar nicht geprüft. - Das war ein Missstand.

Das lag auch daran, dass nach dem Personalentwicklungskonzept des BZSt jemand nur befördert werden konnte, wenn er möglichst schnell verschiedene Stationen durchlief für Berufsanfänger. Und eine dieser Stationen war eben auch das Investmentsteuerrecht. Und das war nach meiner Meinung überhaupt nicht geeignet, weil das viel zu kompliziert war. Die jungen Kollegen konnten eigentlich gar nicht mit der Aufgabe zurechtkommen, weil sie dafür gar nicht ausgebildet waren. Jedes Mal, wenn ich hinkam, sah ich andere Gesichter. Da war der Durchsatz zu groß. Das war ein Missstand. Aber dann kam ja der Bundesrechnungshof, und dann wurde das dann dort besser.

Andreas Schwarz (SPD): So 2009 - das haben wir jetzt hier aus dem Untersuchungsausschuss mitgenommen -, da begann ja so langsam die Hochphase der Cum/Ex-Geschäfte. Es war dann nicht

nur in der Szene, sondern auch darüber hinaus bekannt, dass man da vielleicht Geld verdienen kann oder dass dem Staat Geld verloren geht. Hat man sich da zwischen BMF und dem Bundeszentralamt für Steuern dann regelmäßiger ausgetauscht: „Moment, da passiert jetzt gerade was; da geht eine Maschinerie in Gang“, oder blieb es bei den Treffen wie gehabt?

Zeuge Michael Gierlich: Ich meine mich dunkel zu erinnern, dass das von Herrn Redert betreut wurde und dass er es auch immer angesprochen hatte; aber ich weiß das wirklich nicht mehr genau. Ich weiß das nicht mehr genau. Aber, wie gesagt, als diese anonyme Mail kam in 2009, haben wir sofort die Leitung eingeschaltet und sofort Alarm geschlagen, und dann ging das ja alles relativ schnell.

Andreas Schwarz (SPD): Okay. - Dann noch einmal zu Herrn Ramackers. Sie haben hier geäußert, dass Ihnen nicht bekannt war, dass er bei verschiedenen Bankenverbänden auf der Gehaltsliste stand. Ist das richtig?

Zeuge Michael Gierlich: Nein, wie er mir gesagt hatte - - Es waren ja diese vier Verbände, die ich vorhin schon nannte, der Sparkassenverband, BdB usw. Und das war eigentlich eine Vergütung für das Erstellen von Gutachten, also, ich würde sagen, für steuerwissenschaftliche Gutachten. Das war kein Arbeitsvertrag, so wie ich das - -

Andreas Schwarz (SPD): Aber das war Ihnen bekannt?

Zeuge Michael Gierlich: Im Nachhinein! Vorher hat er es mir nicht gesagt.

Andreas Schwarz (SPD): Was heißt „im Nachhinein“?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, als es gelaufen war, hat er es mir gesagt. Ich habe ihm noch - - Ich habe dann mit ihm - -

Andreas Schwarz (SPD): Das Jahr?

Zeuge Michael Gierlich: Das weiß ich nicht mehr.



4. Untersuchungsausschuss

Andreas Schwarz (SPD): Aber er war noch bei Ihnen tätig?

Zeuge Michael Gierlich: Nein, er war ja schon weg.

Andreas Schwarz (SPD): Na gut, was heißt jetzt bei Ihnen „weg“? Weil so richtig weg war er ja nie bis 2011, weil er so fachlich gut war.

Zeuge Michael Gierlich: Na, er war ja - - 2008 war ja seine Abordnung beendet. Dann war er bei uns nicht mehr Mitglied des BMF.

Andreas Schwarz (SPD): Ja, schon, aber Sie wussten, dass er für den - - Wahrscheinlich zu dem Zeitpunkt ungefähr wussten Sie, dass er - -

Zeuge Michael Gierlich: Nein, er hat das am Ende gesagt. Hinterher! Ich weiß nicht mehr, wann, aber hinterher. Ich habe noch mit ihm geschimpft und gesagt: Nicht dass du zur anderen Seite überläufst! - Da sagt er, nein, nein, er vertritt immer nur seine eigene Ansicht; er lässt sich nicht kaufen.

(Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er musste ja nicht weit laufen!)

Andreas Schwarz (SPD): War dieses „hinterher“, nachdem er als fachlich interessierter Staatsbürger mit Ihnen bei Verhandlungen mit dabei war, oder war dieses „hinterher“ vor dem - -

Zeuge Michael Gierlich: Er war nicht als fachlich interessierter Staatsbürger dabei, sondern als von uns und von den Ländern anerkannter Fachmann und eigentlich einer der ganz wenigen, die auf der staatlichen Seite standen. Er war ja Beamter, er war ja Richter. Er hat immer auf der staatlichen Seite gestanden. Auf der anderen Seite waren ja viele Leute, aber die haben nicht für uns gearbeitet.

Andreas Schwarz (SPD): Vielleicht einmal von Ihnen eine Einschätzung, wenn man mal so ein paar zeitliche Abläufe nimmt: Aus dem Jahr 2002

und 2003 kommt ein Warnschreiben des Bankenverbandes. Die hatten haftungsrechtliche Probleme, die ihnen auf den Fingernägeln drückten, und die wollten wahrscheinlich auch die Geschäfte irgendwie am Leben erhalten, warnen aber: Da läuft ein bisschen etwas unrund. Wir sind Erfüllungsgehilfe des Staates, machen hier die Steuerbescheinigungen, wissen aber: „Da gehen mehr oder weniger mehr in die Hose von diesen Steuerbescheinigungen“, das heißt, sie sind nicht rechtens.

2004 wird Herr Ramackers an das BMF im Prinzip abgestellt. Er macht dann die Begründung für das Jahressteuergesetz 2006. Und da haben Sie uns gerade erklärt: Arbeitsüberlastung - was man verstehen kann -; deswegen hat man ihn genommen. Er ist eine Kapazität in dem Bereich.

Wenn man sich aber die Begründung anschaut, die er geschrieben hat - zumal Sie ja die fachliche teilweise dann selber gemacht haben -: Die Begründung, die er übernommen hat, um Sie zu entlasten, war, das Bankenverbandsschreiben für kopieren und in die Begründung einzufügen. Also, diese Entlastung verstehe ich jetzt nicht ganz. Oder war es Ihnen nicht bekannt, dass er nur hier ein Bankens Schreiben in die Begründung eines Gesetzes übernommen hat?

Zeuge Michael Gierlich: Sicherlich war das - - Das war ja nicht nur mir bekannt; das war auch allen Ländern bekannt. Wenn Sie eine Materie haben und Sie haben keine besseren Einfälle, dann macht es ja nicht viel Sinn, sich was aus den Fingern zu saugen, wenn Sie schon einen Text haben, den man eigentlich als zutreffend empfindet. Ich meine, bei so Gesetzentwürfen, bevor es eine Bundesdrucksache ist, da schauen ja tausend Leute drüber. Es sind ja 16 Ministerien. Und wenn da keiner Bedenken erhebt - -

Und weil Sie eben sagten: „Es kam ein Warnschreiben“: Wir, also wir und auch die Länder, haben das nicht als Warnschreiben aufgefasst, sondern als eine Sache, die nicht ganz rundläuft, die halt passieren kann, wobei keiner dachte, dass man da nun irgendwie so daraus ein kriminelles Geschäft machen könnte. Das waren also Sachen, die, wenn die Lieferung zu spät kam,



4. Untersuchungsausschuss

halt so passieren, so Bagatellen. Wegen Bagatellen wirft man nicht ein ganzes System übertun.

Andreas Schwarz (SPD): Jetzt im Nachblick muss man - - Man hat ja auch festgestellt, schon kurz danach: Der Gesetzentwurf hat ja dazu geführt, dass dann die Geschäfte übers Ausland liefen. - Wenn man jetzt mal diese ganze Geschichte in sich zusammenfasst und dann noch hört, dass jemand, der maßgeblich hier mit beteiligt war, zumindest an der Erstellung der Begründung für das Gesetz, dann auch noch Zahlungen für Dienstleistungen von Verbänden bekommt, macht das bestimmt kein rundes Bild aus oder ein rundes Bild nach außen - - dass das nicht gut ist. Können Sie diese Auffassung - -

Zeuge Michael Gierlich: Das habe ich auch so gesehen. Ich habe gesagt: Lasst uns so was machen. - Das habe ich auch so gesehen.

Andreas Schwarz (SPD): Aber warum ist es dann nicht in der Konsequenz - - Also, die Konsequenz hätte doch dann sein müssen, spätestens ab dem Zeitpunkt, dass man sagt: Also, auch wenn du noch so eine große Kapazität bist, bei dem Gefahrenpotenzial, alleine wie das außen ankommt, gibt es keine Einladungen mehr. - Und wenn man sich das Jahr 2011 anschaut - ich habe den Herrn Ramackers da mal mit dem Jahr so im Schnelldurchlauf konfrontiert -: Der war für Sie am Tisch gesessen, hat für BdB am Tisch gesessen, hat gemeinsam Veranstaltungen zwischen BMF und BdB organisiert. Das kann doch nicht funktionieren.

Zeuge Michael Gierlich: Also, dass er irgendwas organisiert hat an Gesprächen zwischen uns und dem BdB, das wäre mir völlig neu. Davon weiß ich nichts. Wie ich eben schon sagte: Die Gespräche, Gesprächsvereinbarungen liefen alle über mich. Und wenn, dann waren immer mehrere dabei. Also, dass der Ramackers irgendwas da organisiert hat, das wäre mir neu.

Andreas Schwarz (SPD): Und dann eine andere Frage. Wenn man jemandem einen Brief schreibt: Ist es dann üblich gewesen bei Ihnen, dass man, bevor der Brief rausgeht, den Adressaten erst mal

fragt, was er drinstehen haben möchte? - Das ist ja auch passiert laut Herrn Ramackers. Das war auch üblich, weil die Banken, mit denen musste man guten Kontakt halten, weil die ja auch relativ früh informiert werden mussten in Verfahren. Aber es ist schon ein bisschen, sagen wir mal, aus meiner Sicht erst mal unüblich, aber ich will es jetzt erst mal nicht werten. War das bei Ihnen gängige Praxis, wenn man Briefe geschrieben hat, dass man die dem Adressaten erst mal vorher gibt?

Zeuge Michael Gierlich: Also, bei der Erstellung von BMF-Schreiben, die ja teilweise sehr kompliziert sind und deren Erarbeitung sich über einen langen Zeitraum erstreckt und wo man Sachen regelt, die Unternehmen oder Banken oder wen auch immer dann direkt betreffen - - bevor man so was endgültig als Endfassung herausgibt, beteiligt man die Verbände, um dann nicht - - um die Gelegenheit zu geben, zu sagen: Das läuft so nicht. Das geht so nicht. Die Praxis ist anders.

Also, das ist im Grunde ein Hin und Her zwischen uns, den Ländern und den Verbänden, bis so ein Schreiben mal seine endgültige Fassung bekommen hat. Das ist eigentlich gar nicht anders machbar -

Andreas Schwarz (SPD): Okay.

Zeuge Michael Gierlich: - bei BMF-Schreiben und vielleicht auch - - Ich kann es nicht so genau sagen. Aber eigentlich normalerweise bei allen Sachen, die Gewicht haben und die schwierig sind, ist es ein langwieriger Prozess - Meinungs-austausch, Diskussion zwischen allen, die was beizutragen haben -, bis die Sache so an Gestalt gewinnt. Das ist eigentlich die übliche Verfahrensweise.

Es sind ja eigentlich - - BMF-Schreiben sind ja keine Schreiben an die Verbände. Natürlich sind die betroffen, aber das sind Sachen - - Die kommen in das Bundessteuerblatt. Das betrifft erst mal nur die Finanzverwaltung. Aber da ist es eigentlich so üblich, dass es viele Rohfassungen gibt, bis man endlich mal dort absehen kann, wie die Sache aussehen wird. Es gab auch viele BMF-Schreiben, die niemals erschienen sind, weil



4. Untersuchungsausschuss

man eben gesehen hatte: Das kriegen wir nicht in den Griff. Das kann man - - Das ist zu komplex. Das kriegen wir nicht hin.

Andreas Schwarz (SPD): Was mich noch interessieren würde, ist diese Möglichkeit des Homeoffice. Gab es das häufiger? Also, ich kenne als Abgeordneter die, sagen wir mal, Veranstaltung, die hier produziert wird um die Sicherheit von Daten, und weiß, wie schwierig es ist, teilweise im Wahlkreis einen zusätzlichen Rechner zu installieren, und was man da teilweise für einen Spießrutenlauf hat. Wie wurde das bei Ihnen gehandhabt, wenn Herr Ramackers von zu Hause aus E-Mails aus dem BMF bekommen hat, weitergeleitet hat, bearbeitet hat?

Zeuge Michael Gierlich: Dieses Homeoffice - das wissen Sie ja wahrscheinlich - hat ja unheimlich zugenommen, auch im BMF. Mittlerweile ist es so, dass es teilweise Referate gibt, wo eigentlich nur noch der Referatsleiter anwesend ist, und der Rest ist zu erreichen per Homeoffice. Aber Herr Ramackers war ja - - Die ersten Jahre hat er ja sein Büro gehabt in Bonn. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass wir irgendwelche sensiblen Sachen da geschickt hätten, aber die normale Arbeit, die anfiel, natürlich.

Andreas Schwarz (SPD): Aber eine Sicherheitschleuse haben Sie nicht intern gehabt zu der Zeit ihm gegenüber, dass man sagt, ab einem gewissen Level müssen Sie drübergucken, dass das zu ihm gehen kann, oder, was weiß ich, jemand anders, sondern da hat einer - - Ramackers ist der Macher, ist der Könner. Wenn was kam und er war nicht da, hat man weitergeleitet - einfach mal so -, weil er ja eine hohe Reputation hat.

Zeuge Michael Gierlich: Nein, also - - Wie gesagt, er war der Spezialist für das Investmentsteuerrecht. Die anderen Sachen, die abgedeckt waren durch Referenten, da haben wir höchstens mal drüber geredet, wenn er da war. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass ich oder jemand anders aus dem Referat ihm Sachen zuschicken würde, wo er gar nicht für eingesetzt wird, gar nicht für zuständig ist.

Andreas Schwarz (SPD): Also, sein privater E-Mail-Account war scheinbar schon recht aktiv, also anhand der Aktenlage. Aber gut.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ihr privater oder dienstlicher momentan nicht. Ich übergebe nämlich an den Kollegen Pitterle von den Linken.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Gierlich, tut mir leid, dass jetzt alles so ziemlich durcheinandergeht, aber ich möchte da anknüpfen, wo ich aufgehört habe. Und wir befinden uns im Dezember des Jahres 2003. Da sind Sie beim Bankenverband und bekommen diesen Sachverhalt per Diashow oder sonst was präsentiert.

Und da möchte ich Sie erst mal fragen: Wie war es denn für Sie als Jurist - Sie haben ja gesagt, Sie sind Jurist - nachvollziehbar, dass da dargestellt worden ist, wie auch schon in dem Brief des Bankenverbandes von 2002, dass es da zwei wirtschaftliche Eigentümer gibt? Also, ich gehe davon aus, dass Sie da das BGB kennen, und da gibt es eigentlich immer nur diese Trennung zwischen dem Grundgeschäft und sozusagen dem Besitzwechsel. Und wir wissen ja aus diesen Schreiben, dass das alles darauf basiert. Es gibt zwei wirtschaftliche Eigentümer, und das war ja irgendwo die Begründung für doppelte Bescheinigungen, nicht? Und wie haben Sie das denn aufgenommen?

Zeuge Michael Gierlich: Ach, ich kann - - Ich weiß nur noch, dass - - Ich kann mich nicht mehr so genau dran erinnern. Ich weiß nur noch, dass - - Der Begriff des wirtschaftlichen Eigentums ist ja in der AO geregelt - § 37 oder so; ich weiß es nicht - und hat eine große Bedeutung im Bilanzsteuerrecht. Denn davon hängt ja ab, wer zu welchem Zeitpunkt was zu bilanzieren hat.

Und ich bin sicher, dass wir deshalb natürlich das Bilanzsteuerreferat beteiligt haben. Und wenn die das auch so sehen, wie das der Bankenverband gesehen hat, dann ist eigentlich für mich die Sache gelaufen; denn gegen die Leute, die für die Definition des wirtschaftlichen Eigentums zuständig sind - - da kann man nicht viel machen.



4. Untersuchungsausschuss

Und ich habe - ich weiß es ja heute selber - verschiedene Gespräche geführt mit dem Bilanzsteuerreferat, ob man nicht ebendiese Fälle irgendwie anders fassen könnte oder so. Aber die haben immer gesagt, da lassen sie gar nicht mit sich drüber reden; das ist so. Im Nachhinein kann man sagen: Dieses BFH-Urteil wurde überinterpretiert. Aber das waren - - Da habe ich mich eigentlich zurückgehalten. Wenn es Bilanzsteuerrechtler so sagen, dann war das halt so. Aber ich kann dazu nichts mehr Genaueres sagen; das ist zu lange her.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Aha. - Und dann jetzt die nächste Frage: Wurde denn bei dieser Vorstellung darüber gesprochen, dass diese vorgeschlagene Lösung vom Bankenverband das Problem nicht löst, weil es auch über die Auslandsbanken weitergehen kann? Das stand ja ausdrücklich auch in dem Brief des Bankenverbands drin. Hat man dann im Dezember auch noch mal darüber gesprochen?

Zeuge Michael Gierlich: Das weiß ich wirklich nicht mehr.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Das wissen Sie nicht mehr. Gut. - Und dann haben Sie ja vorher gesagt: 2005 - - Also, ich habe Sie ja vorher gefragt: Was war zwischen 2003 und 2005? - Da haben Sie, glaube ich, nichts mehr gewusst, was da gewesen ist. Aber dann kam, wie ich mir notiert habe, von der Leitung die Initiative, dass man im August - - Also, gerade als die ganzen Berufspolitiker im Wahlkampf waren, da hat man sich entschieden, da kam von der Leitung die Initiative. Und da möchte ich von Ihnen wissen: Wer ist das personell? Wer hat gesagt: „Jetzt müssen wir es an die Landesfinanzverwaltung verschicken“?

Zeuge Michael Gierlich: Also, mir ist nichts bekannt von einer Initiative der Leitung, sondern wir hatten die Vorlage gemacht, meine ich, Herr Hensel und ich, an die Lei- - dass wir diese anonyme Mail bekommen hatten und dass dringend was geschehen müsste. Mir ist nicht bekannt, dass die Leitung uns irgendwas - -

Richard Pitterle (DIE LINKE): Also, ich weiß nicht, ob ich irgendwie der Einzige bin, der das gehört hat, dass - -

Zeuge Michael Gierlich: Wir hatten sofort, als wir diese anonyme Mail bekommen haben, eine Vorlage gemacht an den Minister, um zu sagen: Da läuft was schief; da muss was geschehen. - Ich meine, das war - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Also, Herr Kollege Pitterle, damit wir vielleicht eine ähnliche Buchung haben: Ich habe die Aussage des Herrn Gierlich so verstanden, dass in seinem Haus immer wieder für die Jahressteuergesetze oder Bereinigungsgesetze Punkte gesammelt werden und, wenn eine bestimmte Zahl von Punkten erreicht oder Problemsituation identifiziert worden ist, dass dann die Leitungsebene gesagt hat: Macht da jetzt auch ein Bereinigungs-, ein Steuergesetz draus! - So habe ich das verstanden. Nur damit wir die gleiche Buchung haben.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ja, okay. Aber wir sind im Jahr 2005. Und es geht mir darum: Wer hat - - 2005, im August 2005, haben die Landesfinanzverwaltungen ein Anschreiben gekriegt, dem ein Schreiben des Bankenverbandes von 2003 und der Gesetzentwurf vom Januar 2003 beigelegt war, und sie sollten dazu ja Stellung nehmen. Und das war die Frage: Ist das von Ihnen ausgegangen?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, sicherlich, von uns. Ja, ja.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Okay. - So, und dann gab es ja eine Stellungnahme von Frau Knebel an das BMF am 18.10. Das ist MAT-A-BMF-3, Ordner 8 von 8, Seite 39. Und da hat diese geschrieben:

Das Anliegen der Verbände, eine gesetzliche Fiktion zu schaffen, ist abzulehnen, weil keine rechtlichen Gründe für die vorgeschlagenen Änderungen ersichtlich sind. Mit den komplizierten Regelungen soll offenbar lediglich die bisherige Bankenpraxis, die m. E. ohne zivilrechtliche Rechtsgrundlage ist, legalisiert werden.

Zitat Ende. - Und jetzt frage ich Sie: Als das bei Ihnen ankam: War das für Sie Anlass, darüber



4. Untersuchungsausschuss

nachzudenken, dass möglicherweise der Vorschlag dieses Bankenverbands nicht der geeignetste ist, wenn eines der Landesfinanzministerien sagt, es soll eine Bankenpraxis legalisiert werden, und das ist überhaupt nicht hilfreich?

Und wenn sie dann schreibt - -

Außerdem erscheint es ratsam,
das ... (BZSt)

- Bundeszentralamt für Steuern -

bzw. Bankenprüfer mit dieser
Thematik zu befassen.

Was war denn in dieser Situation Ihre Reaktion? Haben Sie irgendeine Arbeitsgruppe zusammengerufen, die sich dann damit beschäftigt hat, warum so ein Einwand kommt?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, auf dem Schreiben steht ja drauf: „TOP 5 der ESt VI/05“. Das heißt, es war ein vorbereitendes Schreiben für die Sitzung ESt VI/05. Wenn wir etwas auf die Tagesordnung setzen, dann steht es jedem Land frei, bevor man diskutiert, sich noch einmal schriftlich zu äußern. Das war die schriftliche Äußerung eines Landes; die wurde auch allen anderen Ländern zugeleitet. Das ist eben dann Gesprächsgrundlage für die Sitzung der ESt-Referatsleiter. Da wurde es auch erörtert, und es fand dann offensichtlich keine Zustimmung.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ja, aber Sie waren ja der Zuständige für das Thema.

Zeuge Michael Gierlich: Die anderen Länder sind auch zuständig. Also, wenn - - Wir haben es sicherlich gelesen. Ich weiß nicht mehr, was wir im Einzelnen dabei gedacht haben; aber das ist eines der vielen vorbereitenden Schreiben für eine Sitzung, und das wird dann diskutiert.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ja, aber haben Sie denn - - Also, wenn ich Sie so richtig verstanden habe, haben Sie jetzt gesagt, Sie haben die Thematik überhaupt nicht verstanden, dann haben Sie sich beim Bankenverband informiert, und dann ist erst mal nichts passiert. Und dann haben

Sie gesagt: Jetzt nehmen wir dies in die Bereinigung.

Und da möchte ich halt mal nachfragen: Ist es denn üblich, dass Formulierungshilfen für Gesetze von Banken oder anderen Verbänden kommen und dass man die nicht kritisch hinterfragt, insbesondere wenn, wie hier aus Nordrhein-Westfalen, Einwände erhoben werden?

Zeuge Michael Gierlich: Also, ich habe nicht gesagt, dass wir nicht verstanden haben, sondern es war - - Man musste das erste Bankenschreiben mindestens zweimal lesen, und es war schwierig zu verstehen. Und wir haben uns gesagt: Für eine Aufbereitung, für eine Diskussion mit den Ländern muss man das ein bisschen ausführlicher darstellen - was dann auch hier gelungen ist.

Aber dass man für diese Materie, die ja eigentlich für alle neu war und sehr exotisch war, sich erst mal anschaut, was die Bankenverbände formuliert haben, vorschlagen, und das dann mit den Ländern diskutiert, das ist eigentlich nichts Außergewöhnliches.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ja, und Sie haben - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Nein, sie ist schon seit zwei Minuten um, Herr Pitterle. - Ich darf jetzt überleiten zum Kollegen Christan Hirte, oder? Frau Sütterlin-Waack, okay.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Vielen Dank erst mal. - Ich muss noch einmal darauf zurückkommen, Herr Gierlich, auf meine Frage, die ich vorhin schon mal ansatzweise gestellt habe, und zwar auf die Tätigkeit von Herrn Ramackers in der Zeit von September bis Dezember 2010. Da hat er sein Salär erhalten vom ZKA.

Zeuge Michael Gierlich: Nein.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Doch.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nach meiner Interpretation der Zeugenaussage hat er in



4. Untersuchungsausschuss

diesen vier Monaten den Differenzbetrag zwischen seinen Ruhestandsbezügen und dem ursprünglichen Gehalt erhalten, weil alles andere ansonsten schädlich gewesen wäre.

Zeuge Michael Gierlich: Genau.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Dann habe ich - -

(Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Phase der
Teilzeitbeschäftigung!)

- Ja, ja. Dann habe ich das falsch verstanden. -
Aber noch mal ganz konkret: Davon hatten Sie
Kenntnis? Hatten Sie davon Kenntnis?

Zeuge Michael Gierlich: Von diesem Teilzeitvertrag?

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Was der Herr Vorsitzende eben ausgeführt hat.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, von diesem Teilzeitvertrag. Das hatte ich ja so dargestellt.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Das war Ihnen bekannt?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja, das war jetzt -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ich wollte es nur noch einmal - -

Zeuge Michael Gierlich: - bei Z nicht ganz einfach, das so hinzubekommen.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja. Das müssen wir vielleicht nachher noch mal nachfragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich glaube, Herr Gierlich wollte sagen - aber ich möchte Ihnen nichts in den Mund legen -, dass also für Herrn Ramackers entscheidend war, ein bestimmtes Gehalt, ganz entgegen üblicher Gepflogenheit, nicht zu überschreiten, weil das alles ansonsten zu einem Abzug geführt hätte.

Zeuge Michael Gierlich: So hatte ich es verstanden, ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Was ja auch der Rechtslage entspricht. - Danke.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja, gut, das ist jetzt aber erklärt. Ich war hier eben etwas mit den Zeiten durcheinander, Entschuldigung.

Jetzt noch mal ein anderer Punkt, und zwar - Herr Kollege Pitterle hatte eben auch schon mal nachgefragt - dieses Schreiben vom August 2005, mit dem das Schreiben von 2002 des Bankenverbands an die Länder geschickt wurde. Da hätte ich noch mal eine Frage. Das hat - das haben Sie, glaube ich, vorhin auch erwähnt - Frau Gürch verfasst, und die war Sachbearbeiterin bei Ihnen. Ist das richtig?

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wer war denn als Referent sachlich zuständig in der Zeit für das Thema? Sie haben ja vorhin gesagt, bei Ihnen hieß das nicht „Cum/Ex“, sondern „Abwicklung von Aktiengeschäften in zeitlicher Nähe zum Ausschüttungstermin“.

Zeuge Michael Gierlich: Ich weiß, wann - - Der Redert war da, aber der war nicht - - für andere Sachen zuständig. Eigentlich war der direkte - - Zuständigkeit für KapSt-Sachen, meine ich mich zu erinnern, hatte ich keinen Referenten. Ich weiß es aber nicht mehr.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay. - Hat Frau Gürch denn das Schreiben eigenständig entworfen und auch versandt dann, wenn da kein Referent war, wenn Sie das so jetzt richtig erinnern?

Zeuge Michael Gierlich: Also, ein Schreiben versenden und unterschreiben tut ja immer nur der Referatsleiter.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Das haben Sie unterschrieben?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja, selbstverständlich.



4. Untersuchungsausschuss

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Da ist Ihr Kürzel auch. - Das Schreiben kennen Sie? Das müssen wir Ihnen nicht zeigen?

Zeuge Michael Gierlich: Müsste ich eigentlich kennen, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Also, das ist auch Ihr Kürzel da drauf?

Zeuge Michael Gierlich: „Gi“, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja, es ist so: Ich kann das nicht lesen, aber ich glaube, es ist Ihr Kürzel. So ein Haken ist das.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Und wer trägt denn sachlich die Verantwortung für dieses Schreiben?

Zeuge Michael Gierlich: Das war ja nur - - Das war ja das Schreiben, wo wir dieses Bankens Schreiben übersandten.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, sachlich sicherlich ich. Wenn ich schlusszeichne, habe ich die Verantwortung.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Das war ja zu einer Zeit, als Herr Ramackers da auch bei Ihnen gearbeitet hat, als er abgeordnet war, 2005. Hat Herr Ramackers an dem Schreiben mitgearbeitet?

Zeuge Michael Gierlich: Mit Sicherheit nicht. Aber ich glaube, ich hatte ihm mal das Problem gezeigt, meine ich.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ich habe es eben nicht verstanden. Was war das?

Zeuge Michael Gierlich: Da hat man ihm das Problem mal gezeigt, dass wir da noch eine offene Sache hatten. Aber in der Sache war er damit nicht befasst. Er machte Investmentsteuerrecht, -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Michael Gierlich: - zumal ja vorher die Vorbereitung da, diese Präsentation beim Bankenverband, da waren ja nur die Frau Gürch und ich - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay. - Da sind Sie also die beiden, die auch aus dem Schreiben hervorgehen.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Dann gab es ja noch diese PowerPoint-Präsentation. Von der haben Sie vorhin auch schon gesprochen.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja, im Dezember war das.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Das war ja dem Schreiben beigelegt, wenn ich das richtig im Kopf habe.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja, da habe ich ja erst - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja, genau: Dezember.

Zeuge Michael Gierlich: Als ich vor zehn Tagen das sah, habe ich sofort an der Schrift „Anlage 2“ erkannt: Das war die Frau Gürch.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Aber die PowerPoint- -

Zeuge Michael Gierlich: Das war die Anlage von der PowerPoint-Präsentation.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Die war von Dezember 2003 dann?

Zeuge Michael Gierlich: 03, ja. Dann hat es aber eine Weile gedauert, bis sie das dann überarbeitet hatten und uns zugeschickt. Ich weiß aber nicht mehr, wann die uns das zugeschickt hatten.



4. Untersuchungsausschuss

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ist das denn üblich, dass man - - Sie haben ja vorhin gesagt, dass der Bankenverband Ihnen diese PowerPoint-Präsentation übersandt hat. Das haben Sie ja eben auch noch mal gesagt. - Ist das üblich, dass man so was macht, dass eben der Bankenverband da auch sozusagen - wenn ich das richtig sehe - Erklärungen des Sachverhalts abgibt?

Zeuge Michael Gierlich: Also, die meisten Sachverhalte verstehen wir, auch ohne dass der Bankenverband uns das erklärt.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay, davon gehe ich mal aus. Aber in diesem Fall offensichtlich nicht.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, wir hatten - - Wenn wir Verständnisschwierigkeiten haben beim ersten Lesen - - Wir sind eigentlich diejenigen, die - - Andersrum: Die Einkommensteuerreferate der Länderfinanzministerien sind ja viel spärlicher besetzt als wir. Wir haben ja ganze Steuerabteilungen. Die haben ja normalerweise für das Einkommensteuerrecht ein Referat, und bei den kleinen Ländern sind das ganz kleine Referate. Das heißt, die sind im Grunde bei weitem nicht so in der Materie, dieser exotischen Materie, wie wir.

Wenn wir schon sagen: „Das ist schwer verständlich“, dann waren wir eben sicher, dass - zumal bei den kleinen Ländern - das keiner so leicht versteht. Man muss immer mit denken: Die sind alle viel, viel schwächer besetzt als das BMF. Da muss man schon Rücksicht nehmen, ob sie das - - Wir haben ja da Erfahrung im Umgang mit den Ländern.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja, gut. Trotzdem mutet auch das etwas merkwürdig an, wenn ich das mal so anmerken darf. - Wissen Sie noch, von wem Ihr Referat diese PowerPoint-Präsentation erhalten hat? Von irgendeiner Person? Können Sie uns einen Namen nennen?

Zeuge Michael Gierlich: Das weiß ich nicht, aber ihr Ansprechpartner war damals immer der Herr

Skorpel und die Frau Weber, meine ich. Das waren so die, mit denen wir eigentlich - - Erst mal war es Frau Weber und später nur noch Skorpel.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Und warum haben Sie das nicht deutlich gemacht, dass diese Präsentation nicht aus Ihrem Hause kommt, sondern vom Bankenverband?

Zeuge Michael Gierlich: Das weiß ich nicht mehr; das weiß ich nicht mehr.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Gut. - Herr Kollege Pitterle hat Sie eben, glaube ich, auch schon gefragt, dass ja zu der Zeit die Rechtsauffassung vertreten wurde, dass bei den Leerverkaufsfällen der Leerkäufer im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wirtschaftlicher Eigentümer wird. Das war ja in dieser Präsentation auch Inhalt. Also, insofern ist das ja auch schon eine Meinungsbildung, die da transportiert wird. War das auch Ihre Meinung zu dem Zeitpunkt? Können Sie sich da ganz konkret noch dran erinnern zu dem Zeitpunkt?

Zeuge Michael Gierlich: Ganz konkret nicht; kann ich mich nicht dran erinnern.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wir haben bei Herrn Ramackers letzte Woche - - vor vierzehn Tagen, gehört, dass da ja ein Meinungswechsel stattgefunden hat bei ihm. Hat der sich bei Ihnen auch so vollzogen?

Zeuge Michael Gierlich: Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß nur - - Herr Ramackers hat ein unheimliches Gedächtnis - das hat mich immer wieder frappiert -, und ich habe es nicht. Wir sind da - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Können Sie sich denn noch erinnern - wenn wir wieder auf die Präsentation zurückgehen; Sie haben sich das ja sozusagen zu eigen gemacht mit der Übersendung der PowerPoint-Präsentation -, warum Sie ganz konkret - Sie haben die Verantwortung dafür getragen, das haben Sie uns eben gesagt, für dieses Schreiben - der Rechtsauffassung der Banken zu diesem Zeitpunkt folgten? Können Sie sich da irgendwie noch dran erinnern, weil das ja



4. Untersuchungsausschuss

schon - Sie sind ja eben schon mal darauf angesprochen worden - für einen Juristen so ein bisschen eigentümlich ist, diese Meinung? Können Sie sich das erklären? Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht?

Zeuge Michael Gierlich: Ich habe mir mit Sicherheit Gedanken gemacht, aber die sind mir nicht mehr präsent. Das weiß ich nicht mehr.

Christian Hirte (CDU/CSU): Herr Gierlich, ich erlaube mir, noch mal auf den Themenkomplex zurückzukommen, den auch schon meine Kollegin Dr. Sütterlin-Waack angesprochen hat, und zwar Ihren Kenntnisstand zur Art der Vergütung von Herrn Ramackers.

Sie haben ja vorhin ausgeführt, dass Ihnen bekannt war, in welchem Bezahlungsmodus Herr Ramackers aus dem Finanzgericht zu Ihnen abgeordnet war. Und Sie hatten dann auch gesagt, dass er Ihnen nachher dann erzählt hat, dass er für, ich glaube, den ZKA gearbeitet hat. Und Sie sagten dann vorhin relativ wörtlich: „Das kannst du doch nicht machen, das ist nicht in Ordnung, du wirst doch nicht die Seiten wechseln“, oder so ähnlich. Das heißt, Sie wussten dann nach seiner Beschäftigung, die ja 2008 endete - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: 09.

Christian Hirte (CDU/CSU): 2009 endete - nein, Zweitausend- -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: August 08 begann, ein Jahr später endete.

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Christian Hirte (CDU/CSU): Im BMF endete.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, die Urlaubszeit.

Christian Hirte (CDU/CSU): Nein, nein, im BMF endete die - -

Zeuge Michael Gierlich: Ich war noch bis Ende August 2008 da.

Christian Hirte (CDU/CSU): Im BMF endete die Zeit 2008.

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Christian Hirte (CDU/CSU): Und offenkundig hat Ihnen ja irgendwann danach Herr Ramackers mal berichtet, dass er jetzt auf einer anderen Payroll ist. Und Sie haben gesagt: Das ist ja auch irgendwie verständlich, weil er dann ohne Bezüge beurlaubt war.

Zeuge Michael Gierlich: Ich weiß nicht mehr, wann er es mir gesagt hat, aber es war auf jeden Fall danach. Das eine Jahr über hatten wir eigentlich - - Wenn, dann haben wir uns mal telefonisch gesprochen, aber ich hatte eigentlich, da ich ja das Investmentsteuerrecht nicht mehr so voll betreute, keine großen Kontakte zu ihm gehabt.

Christian Hirte (CDU/CSU): Ja. Dann - -

Zeuge Michael Gierlich: Ich habe ihm nur gesagt: Wie kannst du so was machen? - Also, so wie Sie das jetzt auch sehen: Auf den ersten Blick, optisch, sieht das nicht gut aus. Es sieht nicht gut aus, obwohl es total legal ist, dass jemand ein wissenschaftliches Gutachten erstellt. Das macht jeder Professor. Aber ich sehe die Sache eigentlich - - Als Beamter sehe ich solche Sachen eben immer sehr kritisch, immer kritisch. Ich habe immer Distanz gehalten.

Christian Hirte (CDU/CSU): Okay. - Das wissend, hatten wir ja dann die Situation, dass Ende 2010 Herr Ramackers noch einmal für das BMF wieder tätig wurde.

Zeuge Michael Gierlich: Mhm.

Christian Hirte (CDU/CSU): Und zu diesem Zeitpunkt war Ihnen dann schon bekannt, dass Herr Ramackers in der Zwischenzeit auf fremder Payroll war.

Zeuge Michael Gierlich: Er war ja nicht auf Payroll. Es war ja kein Gehalt oder Arbeitsverhältnis. Er hat Gutachten erstellt gegen Bezahlung, was jeder Professor macht, und das kann man keinem



4. Untersuchungsausschuss

vorwerfen. Und wir kauften, wir holten uns seinen Sachverstand, und zwar - -

Christian Hirte (CDU/CSU): Gut. Worauf ich einfach nur hinauswill: Sie wussten dann aber, dass er in der Zwischenzeit vom ZKA - -

Zeuge Michael Gierlich: Er hatte Gutachten erstellt, wobei er dann sagte - er sagte mir alles nachher -: Das war gar nicht so, wie es eigentlich verabredet war. - Er hatte kein umfassendes Gutachten erstellt, sondern nur zu einzelnen Fragen. Also, es war gar nicht viel, was er gemacht hatte.

Christian Hirte (CDU/CSU): Aber das war Ihnen bekannt, dass er etwas gemacht hatte.

Zeuge Michael Gierlich: Er hatte Gutachten erstellt. Nach meiner Meinung: Juristisch war das absolut legal. Das kann man keinem vorwerfen. Aber ich sehe solche Sachen immer sehr kritisch.

Christian Hirte (CDU/CSU): Mir reicht ein einfaches Ja. Sie wussten, dass er, bevor er 2010 zurück war, für den ZKA tätig war und dort auch Geld bekommen hat?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, er hat Gutachten erstellt, ja.

Christian Hirte (CDU/CSU): Danke.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ich habe noch mal eine Frage zu einem anderen Komplex. Können Sie sich an das BMF-Schreiben vom 5. Mai 2009 erinnern? Da ging es um die Berufsträgerbescheinigung.

Zeuge Michael Gierlich: Ich habe das nur jetzt noch mal nachgelesen, als ich vor zwei Wochen im BMF war, aber das kam mir alles dann ziemlich neu vor, weil ich das alles vergessen hatte. Aber ich weiß noch, dass es diese Berufsträgerbescheinigung - - Das haben wir so nachempfunden dem Schweizer Modell, weil die wohl damals so ähnliche Schwierigkeiten hatten. Das war dann ein Versuch, was aufzufangen, weil, meine ich, uns die Schweizer auch gesagt hatten: So, es ist halt einen Versuch wert.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): In der Zeit war ja Herr Ramackers, also am 5. Mai - - Das haben wir aber nun - ich komme manchmal mit den Daten auch durcheinander - mehrfach hier besprochen, dass er in der Zeit nicht im BMF gearbeitet hat, im Mai 2009. Das war die Zeit, wo er beurlaubt war.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Jetzt gibt es einen Artikel aus dem *Spiegel*, der heißt „Ex und hopp“. Ich weiß nicht: Jetzt habe ich hier keine MAT-Nummer.

(Zuruf: Sagen Sie mir die Anlage!)

- Das ist die 58, die ist klein geschrieben; 58. Vielleicht fällt es Ihnen auch so ein. - Dort wurde ausgeführt, dass ein Finanzrichter aus Düsseldorf für den Inhalt des BMF-Schreibens vom 5. Mai 2009 verantwortlich sei. Das wurde erarbeitet im Frühjahr 2009.

Können Sie sich erinnern, dass in der Zeit Herr Ramackers an diesem Schreiben mitgearbeitet hat, wie gesagt, in der Zeit, als er eigentlich beurlaubt war? - Jetzt kriegen Sie das, glaube ich, den Artikel.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Michael Gierlich: Das kommt mir spanisch vor. Denn in der Zeit war eigentlich der Herr Hensel zuständig. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Herr Hensel das Herrn Ramackers überlassen hätte. Aber ich weiß es nicht.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wenn Sie sagen, es kommt Ihnen spanisch vor, dann verstehe ich das so, dass Sie eher Nein sagen, dass Sie sagen: -

Zeuge Michael Gierlich: Eher nein, ich kann mir das nicht vorstellen.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): - Er hat daran nicht mitgearbeitet.



4. Untersuchungsausschuss

Zeuge Michael Gierlich: Da war der Herr Hensel da als Referent; der hat das auch bearbeitet.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Haben Sie denn Kenntnisse darüber, ob Herr Ramackers auf einer anderen Seite, also aufseiten von Beratern oder von Verbänden, da gearbeitet hat? Wie kommt der *Spiegel* sonst auf so eine Aussage? Ich meine, gut - - Wissen Sie, ob er aufseiten von Verbänden oder von Beratern gearbeitet hat in dem Zeitpunkt?

Zeuge Michael Gierlich: Also, mich würde es überraschen, wenn er das getan hätte, so wie ich ihn kannte. Ich habe ja jahrelang mit ihm zusammengearbeitet. Ich kann mir das nicht vorstellen. Er hätte es mir wahrscheinlich auch gesagt. Aber ich kann mir das nicht vorstellen, dass er so was macht.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Herr Ramackers hat uns gesagt, dass er in der Zeit von den Bankenverbänden und auch „im selben Umfang, wie vorher mein Gehalt war“, Geld bekommen hat. Und das ist das, was wir immer die ganze Zeit schon versuchen zu fragen. Und er hat dann auch gesagt auf meine Frage „War das Herrn Gierlich bekannt?“, „Ja.“ - Das ist die Zeit, von der er redet.

Zeuge Michael Gierlich: Es geht ja um diese - - Ich meine, es waren 20 000 Euro, die er von diesen vier Bankenverbänden für die Investmentsteuergutachten bekommen sollte. Um die geht es doch?

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ich habe die Summe noch nie gehört. Ich kann mich wenigstens nicht erinnern.

(Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zumindest hat Herr Ramackers die Summe nicht genannt!)

- Nein, das hat er nicht. Er hat nur gesagt - -

Zeuge Michael Gierlich: Ich meine - - Ich weiß es nicht, wie viel es war, aber ich - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ich höre erst einmal auf.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Vielleicht, damit wir eine präzise Abgrenzung haben - Sie können sie als falsch oder richtig darstellen, was ich jetzt zusammenfassend sage, Herr Gierlich -: Ich habe Sie so verstanden, dass Sie nach der Beendigung der Urlaubstätigkeit von Herrn Ramackers, also nach August 2009, gehört haben, dass er während dieser Urlaubszeit 2008/2009 im Dienst des ZKA gestanden hat, und diese Nachricht war nach seiner Beurlaubung, aber vor seiner erneuten Teilzeitbeschäftigung. So habe ich das, was der Kollege Hirte und die Kollegin Sütterlin-Waack erfragt haben, zusammengefasst. Nur damit wir dieselbe Buchung haben. Darum geht es mir. - Ist das richtig, was ich jetzt gesagt habe? Oder sagen Sie da: „Nein, da bin ich missverstanden worden“?

Zeuge Michael Gierlich: Also, ich habe das nie als Beschäftigungsverhältnis so aufgefasst, weil ich weiß, wie das mit so Gutachten läuft. Sie können jeden Professor bitten, ein Gutachten zu erstellen, -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. Dann noch mal - -

Zeuge Michael Gierlich: - auch ohne dass er in Konflikt kommt mit seinem Arbeitgeber.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, danke. - Dann noch mal konkretisierend: Dann war aus Ihrer Sicht die Beschäftigung von Herrn Ramackers in diesem Urlaubsjahr eine auf die Erstellung einzelner Gutachten zugunsten des ZKA bezogene Beschäftigung, -

Zeuge Michael Gierlich: Ja, sicherlich.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - die dann auch, weil Sie das sagten, Ihnen irgendwo mit dieser Summe von 20 000 Euro in Erinnerung geblieben ist.

Zeuge Michael Gierlich: Ja, -



4. Untersuchungsausschuss

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, okay. Dann weiß ich es.

Zeuge Michael Gierlich: - wobei ich nur sage - - Ich meine, er hat mir nicht gesagt: „ZKA“ - der Name ist nie gefallen -, sondern eigentlich wohl Tischbein und so, also die vier Verbände, die wir kannten, praktisch die Spitzenverbände, mit denen wir immer zu tun hatten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja. Das sind doch gemeinhin die, die unter dem Namen „Zentraler Kreditausschuss“ zum damaligen Zeitpunkt fungierten. Oder täuscht mich da meine Erinnerung?

Zeuge Michael Gierlich: Na ja, zum ZKA, meine ich, gehörte auch der Verband der Auslandsbanken, -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ach so, okay.

Zeuge Michael Gierlich: - soviel ich weiß. Der ist ein bisschen größer, meine ich. Den Begriff vermeiden wir immer.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Dann ist auch das geklärt. Mag sein, dass Sie da recht haben. Ich danke Ihnen.

Frau Sütterlin-Waack? Herr Kollege? - Keiner. Gut, dann darf ich überleiten zu Herrn Schick von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Gierlich, wenn man sich die Akten anschaut, dann stellt man fest, dass Ende der 90er-Jahre es verschiedene Vermerke schon zu dem gibt, was wir als „Cum/Ex“ heute bezeichnen, und dass es da verschiedene Lösungsvorschläge gibt.

Wenn man sich dann die Akten der Jahre 2005/2006, als es um die konkrete Gesetzgebung des Jahressteuergesetzes 2007 ging, anschaut, hat man nicht den Eindruck, dass auf diesen Aktenbestand rekurriert wird, sondern dass man praktisch nur sich mit dem Vorschlag des Bankenverbandes beschäftigt.

Können Sie sich erinnern, ob Sie damals praktisch geguckt haben: „Was gibt es eigentlich in den Akten schon an früherer Auseinandersetzung mit dem Thema?“, oder dass irgendjemand aus Ihrem Team das gemacht hätte, und meinen Eindruck widerlegen?

Zeuge Michael Gierlich: Ich habe ja vorhin schon gesagt: 2000/2001 war im Grunde eine Zäsur. Der Referatsleiter ging in Pension, der Referent war nicht da, der Sachbearbeiter war in Pension. Alles Wissen war weg. Und das Referat musste völlig neu aufgebaut werden, völlig neu aufgebaut. Erst bei - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Akten waren ja noch da. Die hätte man ja lesen können.

Zeuge Michael Gierlich: Ja. Also, wir kamen nicht auf die Idee, dass das schon eine Vorgesichte hätte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Michael Gierlich: Das haben wir nicht gewusst.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In diesen Akten gibt es dann schon Beispiele, in denen Cum/Ex erklärt wird, wo der Leerverkäufer im Ausland sitzt, also genau die Konstellation, die nachher die großen Schwierigkeiten macht. Und interessanterweise findet sich ja auch im Bankenverbandsbrief dieser Hinweis, dass es die Auslandssachverhalte nicht betrifft.

Und dann würde ich Ihnen gern zu diesem Punkt Auslandsaspekte ein Dokument vorlegen lassen. Das ist MAT-A-BMF-2-1-1, Ordner 52 von 106, die Seiten 5 ff.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Das ist eine Mail von Arnold Ramackers vom 4. Mai 2007, die an Sie Cc geht und an Herrn Poppenberg gerichtet ist. Und da geht es darum,



4. Untersuchungsausschuss

dass in einem Berichterstattergespräch im Parlament ein Papier eingereicht worden ist. Und ich lese es mal kurz vor von der Zeile 6:

Der Vorschlag in dem MdB
Fahrenschon

Das ist Georg Fahrenschon, der heutige Sparkassen-Präsident.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
Das wusste er damals noch
nicht!)

- Das wusste man damals noch nicht. Er war ein geschätzter Kollege im Finanzausschuss. - Also, Zwischenbemerkung zu Ende. Ich zitiere noch mal:

Der Vorschlag in dem MdB Fahrenschon von dritter Seite überreichten Papier (Anlage 1) zur Sicherstellung des Kapitalertragsteuereinhalts bei Geschäften in zeitlicher Nähe zum Gewinnverteilungsbeschluss stellt keine Verbesserung dar. Auf keinen Fall lassen sich mit ihm bezifferbare Mehreinnahmen zur Gegenfinanzierung erzielen.

Zitat Ende. - Das hat Herr Ramackers geschrieben.

Und auf Seite 9 in demselben Dokument sieht man eben die Argumentation:

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Der deutsche Gesetzgeber kann allerdings die depotführende Stelle des Leerverkäufers nur dann zum Steuereinbehalt verpflichten, wenn es sich dabei um ein inländisches Kreditinstitut handelt.

„Inländisches“ ist hier unterstrichen und mit Ausrufezeichen vermerkt.

Nutzt der Leerverkäufer ein ausländisches Kreditinstitut unterbleibt der Steuerabzug. In diesem

Fall besteht die Gefahr, dass der inländische Käufer von seinem inländischen Kreditinstitut eine Steuerbescheinigung im Sinne des § 45a Abs. 2 EStG erhält und die bescheinigte Steuer anrechnet, ohne dass von der Kompensationszahlung, die dieser Zahlung zu Grunde liegt, Steuer einbehalten worden wäre.

Und später auf Seite 10 heißt es:

Dem Staatshaushalt könnten durch die Einschaltung ausländischer depotführender Stellen erhebliche Steuerausfälle entstehen. Insbesondere scheint es möglich, die Gutgläubigkeit der inländischen depotführenden Stelle des Käufers gezielt auszunutzen, um die Ausstellung von (fehlerhaften) Steuerbescheinigungen zu erreichen.

Steuerausfälle in nennenswertem Ausmaß drohen dabei ... dann, wenn der Leerverkäufer und der Käufer die technische Insuffizienz gezielt ausnutzen.

Zitat Ende. - Das heißt, im Mai 2007 wird zusätzlich zu den bereits in den Akten vorhandenen Hinweisen auf die Auslandskonstellation, zusätzlich zu dem Hinweis im Bankenverbandsschreiben eine sehr ausführliche Argumentation vorgelegt - während des Gesetzgebungsverfahrens zu der Auslandsproblematik -, mit dem Hinweis auf drohende erhebliche Steuerausfälle. Und der Mitarbeiter Ramackers schiebt auch in dieser Stufe diesen Hinweis zur Seite, und genau an dieser Stelle kommen nachher die Milliardenverluste für die deutsche Gesellschaft.

Erinnern Sie sich an dieses Schreiben? Haben Sie sich selber mit der Thematik im Zusammenhang mit der Initiative des Abgeordneten beschäftigt? Und wie können Sie erklären, dass solche vermehrten Hinweise auf die Auslandssachverhalte, obwohl in den Aktenbeständen das auch mehrfach schon benannt worden ist, überhaupt nicht sinnvoll bearbeitet worden sind?



4. Untersuchungsausschuss

Zeuge Michael Gierlich: Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich kann mich an diesen Vorgang nicht erinnern.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich eine weitere Frage. Es ist ja so, dass Anfang 2009 man dann gemerkt hat, dass die Sache 2007 schiefgegangen ist. Ich habe das an anderer Stelle zitiert; das muss ich jetzt hier nicht noch mal tun. Auf jeden Fall gab es dann Anfang Mai 2009 eine Besprechung, wo klar geworden ist: Wir müssen dringend reagieren; wir haben da ein großes Problem. - Und mich würde interessieren, ob in diesem Zusammenhang die Frage gestellt worden ist: Welche Verfahrensfehler haben eigentlich 2007 zu einer schlechten Gesetzgebung geführt? Also, hat man sich überlegt: „Wir haben auf den Hinweis des Bankenverbandes gehört, sollten wir vielleicht diesmal nicht tun; wir haben auf Herrn Ramackers gehört, sollte man vielleicht nicht tun; wir hatten zu wenig Leute, wir müssen gucken, dass wir da Leute holen“? Gab es eine solche prozessorientierte Bewertung, was da schiefgegangen ist?

Zeuge Michael Gierlich: Ich kann mich wirklich daran nicht mehr im Detail erinnern.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann scheint es zumindest nicht sehr intensiv betrieben worden zu sein.

Ich will das noch mal spezifischer machen: Ist die Rolle von Herrn Ramackers im Gesetzgebungsprozess 2007, die zu Milliardenschäden für den Fiskus führte - was man dann 2009 auch schon wusste -, ist diese problematische Rolle irgendwann einmal thematisiert worden?

Zeuge Michael Gierlich: Also, ich weiß auch nicht, wieso dieses Schreiben hier von Herrn Ramackers kam. Er war normalerweise mit diesen Sachen nicht befasst. Ob das vertretungsweise war oder - - Ich weiß es nicht. Ich kann mich wirklich an dieses Schreiben - - Das verwundert mich. IV B 8? Wir waren eigentlich IV C 1, Herr Schick. Ich weiß es nicht. Ich weiß es wirklich nicht mehr. Ich kriege es nicht mehr auf die Reihe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wir müssten dann auch abrechnen und -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ist gut.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - an die SPD überleiten. Herr Schwarz.

Andreas Schwarz (SPD): Recht herzlichen Dank. - Ich möchte noch mal anknüpfen an die Frage der Kollegin Sütterlin-Waack bezüglich des *Spiegel*-Artikels, der behauptet, dass ein Finanzrichter aus Düsseldorf an dem 2009er-Schreiben des BMF mitgewirkt habe. Es wird ja irgendwo zwischen den Zeilen - - Das müsste also dann Herr Ramackers sein. Wir hatten in derselben Sitzung, als Herr Ramackers da war, anschließend Herrn Poppenberg da, und Herr Poppenberg hat uns erklärt, er hat das Schreiben gemacht, hat es auch begründet: Ramackers war eine Institution in der Sache, aber er wollte zeigen, dass er es auch kann, und deswegen hat er es alleine gemacht. - Frage an Sie: Wer war es denn jetzt?

Zeuge Michael Gierlich: Ich gehe davon aus, dass, wenn das Herr Poppenberg gesagt hat, das so zutrifft. Und dass er sich beweisen wollte, das ist mir eigentlich auch klar; denn ich hatte ja den Herrn Hensel und Herrn Poppenberg als Referenten bekommen, und beide haben sich ja bestens bewährt, und für beide war es ja die Chance zu zeigen, dass sie sich schnell in neue Sachgebiete einarbeiten können, und beide wurden dann ja auch Referatsleiter, sodass ich eigentlich der Meinung zuneige, dass das Herr Poppenberg gemacht hat, wobei natürlich: Man ist immer im Gespräch, schon allein beim Mittagessen. Man unterhält sich ja immer, es ist immer ein laufender Austausch. Also, man kann das gar nicht so direkt - -

Andreas Schwarz (SPD): Na gut, eine Meinung entsteht im Austausch.

Zeuge Michael Gierlich: Immer! Mit Ländern, mit allen immer. Es ist ständige Diskussion.

Andreas Schwarz (SPD): Aber Sie gehen davon aus, Herr Poppenberg?



4. Untersuchungsausschuss

Zeuge Michael Gierlich: Herr Poppenberg wird das gemacht haben.

Andreas Schwarz (SPD): Er hat es auch hier so erklärt. - Okay, recht herzlichen Dank. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Dann darf ich überleiten zu Kollegen Pitterle von den Linken.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Herr Gierlich, Sie haben ja vorher gesagt, Sie haben, nachdem Sie in den Medien gelesen haben, was Herr Ramackers hier ausgesagt hat, mit ihm telefoniert.

Zeuge Michael Gierlich: Ja.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Das ist doch richtig?

Zeuge Michael Gierlich: Das stimmt, ja, ja.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Und haben Sie dann in dem Telefonat auch über die Inhalte der heutigen Aussage mit ihm gesprochen?

Zeuge Michael Gierlich: Nein. Nein, ich habe nur gesagt: Das liest sich ausgesprochen schlecht, wenn jemand sagt, er arbeitet zur gleichen Zeit für das eine und für das andere Lager.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Das liest sich - -

Zeuge Michael Gierlich: Ich habe gefragt, wie er das gemeint hat. Da hat er gesagt, das hätte er eigentlich nicht so gemeint; da sei er ein bisschen so missverstanden worden. Aber was ich heute sage, das habe ich nicht abgesprochen, überhaupt nicht.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Also, Sie haben ja gesagt, Sie haben gedacht, dass er da irgendwelche Gutachten erstellt. Ich halte Ihnen vor aus dem vorläufigen Protokoll der letzten Vernehmung. Da sagt - - Auf eine Frage vom Kollegen Schick, der ihn da gefragt hat nach den Leistungen, wie sie honoriert worden sind, da sagt Herr Ramackers:

Also, das war alles nur mündlich. Die haben gesagt: „Sie sollen so viel kriegen, mit ein bisschen was für Geschäftsreisen, wie viel Sie vorher verdient hatten“ - und das war jeweils geviertelt -, und haben dann, beginnend beim BVI,

- also Bundesverband der Investoren oder was es auch immer ist -

die dann bezahlt bzw. vom BdB habe ich, glaube ich, die letzte Hälfte von denen auch ... nicht mal abgerechnet.

Also, wenn ich mir das so anschau, dann ist es ein bisschen mehr, was Herr Ramackers hier uns gesagt hat, als Sie immer mit Ihren Gutachten da irgendwie kommen.

Zeuge Michael Gierlich: Ich kann nur das wiedergeben, was er mir gesagt hat.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Und diese 20 000 Euro, die er Ihnen gesagt hat, waren die pro Monat oder für das Jahr oder - -

Zeuge Michael Gierlich: Für das Jahr, also insgesamt für die paar Gutachten. So hat er es mir dargestellt. Er sollte eigentlich ein größeres Gutachten erstellen, aber dazu kam es nicht. Da hat er mir hinterher gesagt, das seien dann nur ein paar kleinere Sachen gewesen. Dafür hat er so eine Summe bekommen. So hat er es mir dargestellt.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Wann? In diesem Telefonat oder früher schon?

Zeuge Michael Gierlich: Ich meine, auch früher schon. Als das alles gelaufen war, hat er mir gesagt: Ja, ich habe für die ein paar Gutachten erstellt. Es sollte eigentlich mehr sein, aber es war nicht viel draus entstanden.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Da schließt sich die Frage an: Hat er Ihnen irgendwann mal einen Einblick in die Arbeiten gewährt, die er für diese Bankenverbände ausgeführt hat?



4. Untersuchungsausschuss

Zeuge Michael Gierlich: Nein, das hat mich nicht interessiert.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Und kam es in Ihrem Referat öfter vor, dass jemand, der beurlaubt war, Arbeitsverhältnisse mit Verbänden eingieht?

Zeuge Michael Gierlich: Nein, nein.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Nein?

Zeuge Michael Gierlich: Er war ja ein Sonderfall. Er war ja überhaupt - - Es war ja, glaube ich, zum ersten Mal, dass man einen Finanzrichter, der ja auch im Status über einem Referentenstatus war, beschäftigt als - in Führungszeichen - Referenten. Das gab es ja vorher nicht. Und auch so Abordnung oder so, Freistellung, Sonderurlaub sind ja nicht üblich im BMF.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Jetzt möchte ich Ihnen vorhalten, MAT-Bankenverband-1-1, Ordner 1 von 1, Teil 4, Seite 107 und 137. Aus den Akten des Untersuchungsausschusses geht hervor, dass Herr Ramackers am 1. August 2011 einen vertraulichen Entwurf eines BMF-Antwortschreibens an den Bundesverband deutscher Banken weiterleitete. Am 8. August 2011 leitete er mit Bitte um vertrauliche Behandlung ein Schreiben des BMF an die Länder weiter. Beides geschah von seiner privaten E-Mail-Adresse. War Ihnen bekannt, dass Herr Ramackers solche Schreiben an Vertreter des Bankenverbandes sandte? Und wenn es Ihnen bekannt war oder nicht bekannt war: Wie beurteilen Sie dieses Vorgehen?

Zeuge Michael Gierlich: Also, ich bin überrascht, dass er so was gemacht hat.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Also Sie bekommen gleich die Unterlagen. Da können Sie mal drüberschauen, -

Zeuge Michael Gierlich: Er hat die von mir auf keinen Fall gekriegt.

Richard Pitterle (DIE LINKE): - dass ich Ihnen auch nichts Falsches erzähle.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Michael Gierlich: Nein, das war von mir nicht genehmigt und ist mir völlig unbekannt. Ich finde es nicht gerade gut.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Also, außer dass Sie überrascht sind, denken Sie: „Man sollte so was nicht machen“, oder?

Zeuge Michael Gierlich: So was sollte man nicht machen, nein.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Dann noch ein weiterer Vorhalt: Das ist MAT-Bankenverband-1-1, Ordner 1 von 1, Teil 4, Seite 183. Ich hoffe, ich habe es nicht zu schnell vorgelesen, aber meine Zeit läuft davon.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber es ist Ihnen auch nicht damit geholfen, wenn der Zeuge deswegen die Frage nicht beantworten kann, Herr Pitterle. Dann müssen wir noch mal in die nächste Runde gehen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ist die Zeit schon um? - Nein.

Am 17. August 2011 sandte Herr Ramackers einen Textentwurf bezüglich der Änderung des Einkommensteuergesetzes, nachdem er ihn an Vertreter des BMF gesandt hatte, wiederum Vertretern von Bankenverbänden. War Ihnen diese Vorgehensweise bekannt, und kam es regelmäßig vor, dass Bankenverbände Entwürfe von Gesetzesvorhaben aus Ihrem Referat erhalten haben?

Zeuge Michael Gierlich: Wenn so was vorkam, dann nur mit meiner Zustimmung. Also, ich habe niemals zugelassen, dass jemand direkt, ohne dass ich Bescheid weiß, mit den Bankenverbänden - - Das hätte ich nicht geduldet.



4. Untersuchungsausschuss

Richard Pitterle (DIE LINKE): Also, das, was Sie jetzt in der Hand haben, haben Sie bisher nicht gewusst?

Zeuge Michael Gierlich: Habe ich nicht gewusst.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Auch nicht nachträglich irgendwann mal erfahren?

Zeuge Michael Gierlich: Habe ich auch nicht, nein. Nein. Also, die Kontakte hatten generell immer mindestens vier Augen, niemals so direkt.

Richard Pitterle (DIE LINKE): So, dann komme ich - - Wie viele Minuten?

(Zuruf: 45 Sekunden!)

Ja, ich hätte noch einen Vorhalt: MAT-A-BMF-5, Ordner 4 von 8, Seite 73 - da handelt es sich um eine E-Mail - und MAT-A-HE-2-1 HMdF S 2401 A-012, Ordner 1 von 24, Seite 155. Es geht darum: Uns liegt in den Unterlagen eine E-Mail von Herrn Rau vom Finanzamt Frankfurt vor, die dieser Ihnen am 3. Februar 2006 geschickt hat. Der Betreff lautete: „Gesetzinitiative Leerverkäufe“, und Herr Rau sandte eine Stellungnahme seinerseits zur damals vorgesehenen Einfügung des § 20 Absatz 1 Nummer 1 Satz 4 Einkommensteuergesetz mit. In der Stellungnahme machte er einen Formulierungsvorschlag für einen eigenen Absatz, mit dem aus seiner Sicht der Wirkungsbereich des Satzes 4 so weit wie möglich gefasst werden sollte. Wie sind Sie mit diesem Vorschlag intern verfahren?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Stopp, Herr Pitterle! - Wir müssen warten, bis Herr Gierlich - die Frage lasse ich natürlich noch zu und die Antwort auch - den entsprechenden Vorhalt schriftlich da nun vorliegen hat, weil es sonst unmöglich ist, ihn zu beantworten.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in den
Unterlagen)

Zeuge Michael Gierlich: Ich habe das damals mit Sicherheit bekommen, diese Mail. Wie wir das

bearbeitet hatten, das weiß ich nicht mehr. Ich weiß nur so ganz dunkel, als wir so E-Mails von Herrn Rau bekamen, dass ich dann - - Es ist ja nicht ganz gewöhnlich, dass ein Mitarbeiter einer Landesfinanzverwaltung sich direkt an das Bundesfinanzministerium wendet. Ich weiß nicht mehr, bei welcher Gelegenheit ich dann angerufen hatte in Hessen und sagte: Hier, der Herr Rau schreibt uns da. Können Sie das mal bitte erklären, was das für einen Hintergrund hat? - Und dann meine ich auch, dass mir mal gesagt wurde: Ja, der Herr Rau, der hat eben eigene Ansichten; das sind nicht immer die des Ministeriums. - Aber das ist nur ganz dunkel bei mir so im Hinterkopf hängengeblieben, was natürlich heißt: Wir gehen auf seine Ideen ein, diskutieren die, aber wenn es zur Abstimmung kommt, zur Entscheidung kommt, dann entscheiden die 16 Länderfinanzminister und nicht ein Angehöriger eines Finanzministeriums. Wenn es um eine Abstimmung geht, sieht die Sache anders aus.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Und jetzt leite ich über zur CDU/CSU.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe noch eine Frage oder vielleicht mehrere, aber zu einem anderen Komplex, und zwar zu einem, den wir ganz kurz angesprochen haben, und zwar zu der anonymen Anzeige des Herrn „Jürgen Schmidt“; so heißt er hier. Da ist ja die Anzeige von Herrn Poppenberg aus Ihrem Referat am 17. November 2010 an das Hessische Ministerium der Finanzen weitergeleitet worden. Und da ist meine erste Frage: Sie wissen ja, worum es geht, -

Zeuge Michael Gierlich: Mhm.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): - dass da Informationen verkauft werden sollten und Ihr Haus nicht tätig geworden ist. Meine Frage: Warum ist es denn eigentlich ausgerechnet nach Hessen weitergeleitet worden? Gibt es dafür eine Erklärung?

Zeuge Michael Gierlich: Das weiß ich nicht mehr. Das weiß ich nicht mehr.



4. Untersuchungsausschuss

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wenn Sie darüber nachdenken, über den Sachverhalt: Hätte man aus Ihrer Sicht aus Ihrem Haus auch irgendwie tätig werden müssen diesbezüglich, oder war das so - wenn Sie darüber nachdenken - richtig, dass man gesagt hat: „Das schicken wir jetzt an die Länder weiter bzw. an das Land Hessen“?

Zeuge Michael Gierlich: Ich meine mich zu erinnern, dass ich auch mal so einen Vorgang hatte. Ich habe dann gesprochen mit dem Unterabteilungsleiter, der für die AO zuständig ist, und der hat mir gesagt, sofort die Sachen zu ihm geben. Ankauf von Daten und so ist nicht Sache von IV C 1; das machen andere. Das machen andere.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ach so, dass es nur nicht richtig in Ihrem Referat verortet war?

Zeuge Michael Gierlich: Na ja, wir sind zwar fachlich, steuerlich für die Materie zuständig, aber Ankauf von Daten - solche Sachen -, das ist brisant, das ist Abgabenordnung, das ist Verhältnis Bund/Länder; da kannte ich mich nicht aus. Da hat man mir gesagt: Dafür sind Sie gar nicht zuständig, das geben Sie bitte ab, den Vorgang. - Und es kann sein, dass das hier auch so war, dass man da ... (akustisch unverständlich) gefragt hatte, und er sagte dann: Nein, wir haben damit Erfahrung, lass davon die Finger, gib den Vorgang ab. - Aber ich weiß es nicht, ob das da auch so war.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay. Aber auf jeden Fall entnehme ich Ihren Worten, dass Sie sagen: Das war schon richtig, dass Sie das nicht in Ihrem Referat weiter - -

Zeuge Michael Gierlich: Ja, das durften wir gar nicht, solche Sachen.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay, gut. - Jetzt ist es ja so, dass offensichtlich das Land Hessen mit dem Informanten Kontakt aufgenommen hat. Aber das ist offensichtlich nicht ganz zur Zufriedenheit des Informanten geschehen, weil der noch mal wieder nachgehakt hat, und zwar nach gut einem Jahr und vier Monaten,

im März 2011. Da hat er nämlich wieder an Herrn Poppenberg geschrieben und hat gesagt: Ich höre gar nichts mehr von den Hessen. - Die haben aber vorher einmal mit ihm Verhandlungen aufgenommen. Und dann hat er das so gemacht, wie man das bei E-Mails ja macht. Er hat dann in die Anlage eine Mail beigefügt, und da geht es um den Inhalt, den wir eben schon mal besprochen haben, der schon mal angerissen worden ist hier, nämlich:

Die Vorabinformationen sollen keinesfalls im Detail dem BMF - Referat Gierlich zugänglich gemacht werden, da die Initiatoren über einen direkten, sehr guten Kontakt zu einem Mitarbeiter des Referats verfügen.

Das ist MAT-A-HE-2-1 HMdF S 1645 A-008-II-61, Ordner 1 von 3, Seiten 100 bis 103. Da ist diese E-Mail.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Und jetzt ist es eben so - ein bisschen kompliziert -, dass er ebendiesen Zusatz in dieser Erinnerungsmail nicht mehr mitgeschickt hat. Das heißt, zwischen 15. November 2010 und 9. März 2011 ist irgendwas passiert in Ihrem Referat, und da habe ich eine gewisse Erklärung dafür, was das ist. Sie auch? - Ganz konkret: Zwischen 15. März - - Zuerst, zwischen - - 15. November 2010, da hat er noch geschrieben: „Pass auf, da stimmt irgendwas nicht in dem Referat“ - ich sage das jetzt etwas vereinfacht -, und am 9. März hatte er den Verdacht nicht mehr, 9. März 2011.

Zeuge Michael Gierlich: Ich weiß es nicht, was da passiert war. Ich weiß es wirklich nicht.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Herr Ramackers hat Ihr Referat verlassen am 31. - - also im Dezember 2010.

Zeuge Michael Gierlich: Ich weiß, der war dreieinhalb Monate da.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Kann er damit was zu tun haben? Kann er damit gemeint



4. Untersuchungsausschuss

sein? - Ganz konkrete Frage. „Initiatoren über einen direkten,“ - ich zitiere das noch mal - „sehr guten Kontakt zu einem Mitarbeiter des Referats“. Haben Sie eine - -

Zeuge Michael Gierlich: Ich habe da - - Ich kann da auch keinen Verdacht äußern. Ich weiß es jetzt nicht. Ich kann es mir nicht erklären.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Kennen Sie denn überhaupt diese E-Mail, wenn Sie sie jetzt vor sich haben?

Zeuge Michael Gierlich: Es ist schwierig, so innerhalb von paar Sekunden so mehrere Seiten - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja, ja.

Zeuge Michael Gierlich: Also wissen Sie, ich habe - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Aber wenn man selber so persönlich da doch angegangen wird, wenn man sagt: „Also, pass mal auf, im Referat Gierlich stimmt da was nicht“, kann man sich ja vielleicht doch daran erinnern, ob man das schon mal gelesen hat oder nicht.

Zeuge Michael Gierlich: Also, als ich vor zwei Wochen im BMF war und Sachen gelesen habe, die ich selbst geschrieben habe - ich habe sie kaum wiedererkannt. Mein Gedächtnis ist wirklich schlecht. Es ist nicht vorgeschützt, es ist wirklich schlecht.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gibt es noch weitere Fragen aus dem CDU/CSU-Bereich?

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Im Moment nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Da nicht. - Dann darf ich zu Herrn Schick überleiten, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Mich würde interessieren,

was nach dieser Ministervorlage 2009 an Herrn Steinbrück, wo ja schon eine relativ dramatische Situation ist - - Intern redet man da über - da brauchen wir jetzt das Dokument nicht - jährlich 12 Milliarden mögliche Steuerausfälle und so. Hat Sie da irgendeine Reaktion erreicht, wo Sie sagen: „Okay, der Minister hat irgendwie verstanden, dramatische Sache, da muss man was tun“? Können Sie dazu noch was sagen?

Zeuge Michael Gierlich: Ich kann mich nicht mehr so richtig erinnern, aber ich meine, wir hatten sofort eine Bund-Länder-AG einberufen - meine ich.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Michael Gierlich: Und ich habe da auch - das weiß ich - nachher, zum Schluss, immer wieder Herrn Tischbein gefragt, wie wir in der Sache vorankommen. Er hat mir immer gesagt: Wir brauchen für die Softwareentwicklung ein Jahr.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Michael Gierlich: Das ist bei mir hängen geblieben, dass wir sagten: Unter einem Jahr schaffen wir es nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das passt ja zu der Zielsetzung, dass Sie noch 2010 - nach einem Zeitplan, den wir hier in den Akten haben - die Gesetzgebung dazu machen wollten. Letzten Endes ist es ja aber deutlich später dann erst geschlossen worden, diese Betrugsmöglichkeit verhindert worden. Was ist Ihrer Erinnerung nach denn der entscheidende Grund, warum man, nachdem man ja dann aufmerksam geworden war, in 2009 einen konkreten Zeitplan schon hatte für 2010, hier gesetzgeberisch tätig zu werden, dann doch erst in 2011 das geschafft hat, mit Wirkung dann für 2012?

Zeuge Michael Gierlich: Die Gründe kann ich nicht mehr beibringen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Während diese Cum/Ex-Geschäfte



4. Untersuchungsausschuss

laufen, gibt es ja noch andere Geschäfte um den Dividendenstichtag herum, und in unseren Akten finden wir immer wieder Hinweise, dass auch diese Thematik durchaus Ihr Referat erreicht hat, die sogenannten Cum/Cum-Geschäfte, in der heutigen Diktion; damals finden sich unterschiedliche Begrifflichkeiten. Können Sie sich erinnern, inwiefern das thematisiert worden ist, ob es da auch mal einen Handlungsauftrag gab, etwas zu tun?

Zeuge Michael Gierlich: Ich kann mich so ganz dunkel erinnern. Der Herr Poppenberg, der kam ja von der Körperschaftsteuer, und die hatten da auch in diesem Bereich einiges versucht zu reparieren, wie er mir sagte. Und ich hatte ihn gefragt: Läuft das, ist das gelungen? - Und er sagte: Na, so alles kriegt man nicht. - Ich kann mich da nur so ganz dunkel noch erinnern, dass er mir sagte: So richtig ist das nicht in den Griff zu bekommen, das ist schwer. - Und diese Cum/Cum-Sachen, meine ich, da sagte er mir, die liefen mehr bei der Kö, Körperschaftsteuer. Die hatten mit dem § 8 b was rumgefummelt und so. Das ist eine ganz andere Materie, soweit ich mich erinnere. Ich meine, wir hatten da ab und zu mal darüber gesprochen mit Herrn Poppenberg, weil der sich da auskannte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich erinnern, wann das war etwa?

Zeuge Michael Gierlich: Nein, nein. Herr Poppenberg war ja nicht allzu lange bei mir. Da kann man den Zeitraum ja eingrenzen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Keine weiteren Fragen im Moment.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, dann Herr Schwarz für die SPD.

Andreas Schwarz (SPD): Keine Fragen im Moment.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Pitterle.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ja, ich möchte da noch mal anknüpfen, wo ich aufgehört habe. Wir sind bei dem Schreiben von Herrn Rau vom Finanzamt Frankfurt. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, konnten Sie sich gut erinnern, dass Sie gedacht haben: Was fällt dem sozusagen ein, direkt vom Finanzministerium eines Landes sich an das Finanzministerium zu wenden! - Also die berühmte Frage der Hackordnung. Ich möchte trotzdem nachfragen, ob Sie nicht nur über die Hackordnung da nachgedacht haben, sondern sich auch über den Inhalt Gedanken gemacht haben, weil der Herr Rau war ja in der letzten Sitzung bei uns und hat uns eigentlich erzählt, dass es ihm ein ganz wichtiges Anliegen war, dass man diese Geschäfte - auch über diese zivilrechtliche Definition - - dass man versucht, dagegen anzugehen. Und wenn ich die Situation habe, dass es so ein undurchsichtiger Sachverhalt letztlich ist, wo es auch am Sachverstand wohl fehlt, den man von außen bringen muss: Wieso denkt man nicht einen Augenblick darüber nach, dass die eigenen Leute doch irgendwie was beitragen könnten, auch wenn sie jetzt nicht unbedingt halt immer die Hackordnung einhalten?

Zeuge Michael Gierlich: Ihrer Beschreibung dessen, was ich eben gesagt hatte, der kann ich nicht so ganz zustimmen. Also, ich habe mich nicht beschwert, dass die Hackordnung nicht eingehalten wurde, sondern es ist eine naheliegende Frage im Ministerium, dass man um Aufklärung bittet, wenn ein Angehöriger einer anderen Finanzverwaltung sich an das BMF wendet. Denn ich hatte auch selber schmerzhaft Erfahrungen mit dem Thema „Zuständigkeit der Länder“. Da sind die unheimlich empfindlich. Und so direkt mit einem Angehörigen eines Landes zu verhandeln, ohne das Ministerium darüber zu informieren, da kann man sich sehr leicht die Finger verbrennen. Aber natürlich wurde sein Schreiben, sein Anliegen ernst genommen. Also, wir haben ja in alle Richtungen hin alles überlegt, um zu einer Lösung zu kommen. Und er wurde auch natürlich ernst genommen. Und er kam ja nachher auch zu diesen Sitzungen, die wir dann in der Bund-Länder-AG hatten. Natürlich wurde er ernst genommen. Aber man muss immer sehen: Wenn etwas entschieden wird, dann wird es entschieden von



4. Untersuchungsausschuss

den zuständigen Leuten, und die Meinungsbildung muss man immer trennen von der Abstimmung.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Herr Rau hat uns hier erzählt, dass er versucht hat, mehrmals mit Ihnen persönlich zu sprechen - sogar als er hier in Berlin auf irgendeiner Sitzung gewesen ist -, und dass er allerdings nur mit Herrn Ramackers hat sprechen können, und Herr Ramackers hat ihm zugesagt, dass er sich in dieser Problematik an Sie wendet. Wissen Sie noch, ob Herr Ramackers das auch getan hat?

Zeuge Michael Gierlich: Das weiß ich nicht mehr. Das weiß ich nicht mehr.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Das wissen Sie nicht mehr. Okay.

Zeuge Michael Gierlich: Ich glaube, das war ja eine Zeit, wo die Abgeltungsteuer erarbeitet wurde, meine ich. Ich weiß es aber nicht mehr.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Gut, dann komme ich zu einem anderen Thema, nämlich Treffen am 17. März 2009 im Haus des Bundesministeriums der Finanzen. Es gibt dazu eine E-Mail von Herrn Hensel vom 10.03.2009. Das ist MAT-AHE-2-1 aus dem Ordner 1 von 24, Seite 271.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Im März fand in Ihrem Hause eine Besprechung zum Thema „Leerverkäufe und Kapitalertragsteuererstattungen“ statt. Und in dieser Einladung von Herrn Hensel steht - ich zitiere das -:

Entsprechend der mit Ihnen z. T. vorab durchgeführten Erörterungen besteht die Gefahr, dass im Zusammenhang mit Leerverkäufen kurz vor dem Hauptversammlungstermin deutscher Kapitalgesellschaften - trotz Einführung des § 20 Abs. 1 Nr. 1 Satz 4 EStG durch das JStG 2007 - über entsprechende Gestaltungen mit ausländischen Banken Kapitalertrag-

steuererstattungen erfolgen, obwohl die entsprechenden Erträge nicht einbehalten wurden.

Können Sie uns diese vorab geführten Erörterungen zu diesem Problem noch einmal schildern? - Da steht ja in der E-Mail, dass da schon mal Erörterungen zu dem Thema durchgeführt worden sind. Und da würde ich gerne wissen, wie diese Erörterungen aussahen, ab welchem Zeitpunkt diese liefen und mit wem sie geführt worden sind.

Zeuge Michael Gierlich: Tut mir leid, das kann ich - - Das bekomme ich nicht auf die Reihe, welche Gespräche das waren. Das weiß ich nicht mehr.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Eine Person aus dem hessischen Finanzministerium hat unter der Einladung eine handschriftliche Notiz zur Haltung Ihres Hauses angefügt: „BMF: Druck machen u. mit Haftung drohen“. Was könnte damit gemeint sein?

Zeuge Michael Gierlich: Ich weiß nicht. Von wem ist denn das geschrieben worden: Rau, Hensel, BMF? Also wer ist der Verfasser von diesem Schreiben?

Richard Pitterle (DIE LINKE): Der Verfasser?

Zeuge Michael Gierlich: Ja, von diesen handschriftlichen -

Richard Pitterle (DIE LINKE): Das Schreiben kommt aus Hessen wohl.

Zeuge Michael Gierlich: - Ergänzungen.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Diese handschriftlichen Ergänzungen kommen von Teilnehmern des hessischen Landesfinanzministeriums.

Zeuge Michael Gierlich: Das ist von Herrn oder Frau Esselborn.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Esselborn - ja, das kann sein. Und wenn sie da berichtet: „Druck machen u. mit Haftung drohen“, als ihr Inhalts-



4. Untersuchungsausschuss

als ihre Mitschrift: Können Sie sich da erinnern, was da gewesen ist, was da gemeint war?

Zeuge Michael Gierlich: Da fragen Sie besser Herrn Hensel. Der wird ja in ein paar Wochen da sein. Soviel ich weiß, soviel ich mich erinnere, hat sich um dieses Thema zu dem Zeitpunkt vor allem Herr Hensel gekümmert. Ich meine, ich war befasst mit dem Einführungsschreiben Abgeltungsteuer. Ich glaube, das hat - - Besser, Sie fragen ihn. Er kann Ihnen das wahrscheinlich erklären. Ich weiß das nicht mehr.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Gut, dann möchte ich zu einem anderen Punkt kommen: Übersicht über wichtige Vorhaben, aus MAT-A-BMF-2-1, Ordner 1 von 106, Seiten 182 ff. Uns liegt aus den Unterlagen eine Zusammenstellung unter dem Titel „Übersicht über die wichtigsten aktuellen Arbeiten und Vorhaben der Steuerabteilung vom 18. November 2009“ vor. In der Übersicht gibt es ein Kapitel zur Unterabteilung IV C, Referat IV C 1, und darin heißt es:

Gesetzliche Regelung zu Eindämmung missbräuchlicher Gestaltung bei sog. Leerverkäufen. Diesbezügliche Gefahr hoher Steuerausfälle wegen doppelter Anrechnung von Kapitalertragsteuer in Auslandsfällen besteht zurzeit wegen eines BMF-Schreibens nicht. Angestrebt und mit ... Ländern vereinbart ist aber die Ausarbeitung einer gesetzlichen Regelung, die eine klare rechtliche Grundlage schafft.

Zitat Ende. - Aufgrund welcher empirischen Daten, Informationen und Annahmen kam Ihre Abteilung zu der Auffassung, dass keine Gefahr hoher Steuerausfälle bestünde?

Zeuge Michael Gierlich: Auch da fragen Sie besser in ein paar Wochen Herrn Hensel. Das war ja eine Auflistung nach unserer Vorlage an den Minister, dass da dringend was geschehen müsse. Es ist eine Auflistung von unserem Abteilungsleiter Dr. Peters. Aufgrund welcher Unterlagen diese Sätze da reinkamen, das weiß ich nicht mehr. Das weiß ich nicht. Es zielt wohl auf dieses

BMF-Schreiben oder dieses, wo wir versuchten - mit abschreckender Wirkung -, durch dieses BMF-Schreiben einen Erfolg zu erzielen. Es kann sein, dass wir damals noch davon ausgingen, dass das Wirkung hätte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ihre Zeit, Herr Pitterle, ist auch bezüglich der jetzigen Frage zum Ende gekommen. - Ich rufe jetzt auf oder erteile das Wort der CDU/CSU-Fraktion.

Christian Hirte (CDU/CSU): Nichts.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine. - Dann gehe ich mit der Worterteilung weiter an Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine kurze Frage, Herr Gierlich. Im Jahr 2007 gibt es mehrere Fälle von Medienberichterstattungen zur WestLB, wo es darum geht, dass dann die BaFin eine Sonderprüfung verordnet hat wegen Geschäften um den Dividendenstichtag herum, also genau die Thematik, um die es hier geht. Mich würde interessieren, da es da wirklich eine breite Berichterstattung gab und die BaFin da auch aktiv geworden ist, ob Sie, die ja genau an der Thematik von der steuerlichen Seite arbeiteten, in diesem Zusammenhang oder zu einem anderen Zeitpunkt sich mit der BaFin dazu ausgetauscht haben, ob es da irgendwie einen Know-how-Transfer, irgendetwas gab.

Zeuge Michael Gierlich: Wir haben ja bei allen Sachen, die auch Cum/Ex betrafen, immer die Abteilung VII beteiligt. Aber dass die Abteilung VII bei diesen Sachen Kontakt mit der BaFin hergestellt hätte, ist mir nicht erinnerlich.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, danke. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, dann danke ich und leite an Andreas Schwarz, SPD, über.

Andreas Schwarz (SPD): Keine Fragen.



4. Untersuchungsausschuss

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann an Herrn Pitterle, Linke.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ich habe keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, dann habe ich auch bis jetzt - bitte widersprechen Sie! - keine Anhaltspunkte dafür entnehmen können, dass Sie im nichtöffentlichen Teil noch Fragen an Herrn Gierlich zu richten haben.

Also, Herr Gierlich, wir kommen nunmehr zum Ende Ihrer Vernehmung, und ich darf Sie darauf hinweisen, dass nach Fertigstellung des Protokolls Ihnen dieses übersandt werden wird mit der Möglichkeit, inhaltliche Korrekturen da noch vorzunehmen.

Und ferner darf ich darauf hinweisen, dass Sie erst dann endgültig als Zeuge entlassen sind, wenn dieser Untersuchungsausschuss einen diesbezüglichen Beschluss gefasst hat. Dieses kann alsbald geschehen; das kann aber - das entspricht auch der Praxis vielfacher Untersuchungsausschüsse - auch erst zum Ende der Arbeit des Untersuchungsausschusses ergehen. Das kann also noch einige Zeit dauern, bis Sie einen solchen Beschluss erhalten.

Ansonsten: Sie haben das Protokoll. Sie können es dann korrigieren oder - besser gesagt - ergänzen. Und im Übrigen einen angenehmen Nachhauseweg!

Zeuge Michael Gierlich: Okay, vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich unterbreche nunmehr für eine Zeit von etwa zehn Minuten und setze dann fort mit der Zeugeneinvernahme des Herrn Christmann.

(Unterbrechung von 16.53
bis 17.10 Uhr)



4. Untersuchungsausschuss

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wir setzen die Zeugeneinvernahme fort.

**Vernehmung des Zeugen
Karl-Wilhelm Christmann**

Herr Christmann, ich begrüße Sie hier nun im Zeugenstand. Ich hatte Sie ja nun schon zu Beginn der Sitzung belehrt. Jetzt möchte ich nur noch gerne von Ihnen wissen Ihr Alter, Ihren Beruf, Ihren Wohnort und Ihren vollständigen Namen. Aber da gehe ich davon aus, dass Karl-Wilhelm Christmann korrekt ist. Also: Beruf, Wohnort und Alter.

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Alter ist 68 Jahre. Ich wohne in Köln, bin seit [REDACTED] pensioniert.

(Zuruf: Mikrofon!)

- Entschuldigung. - Ja, wohne in Köln, 68 Jahre und bin von der Ausbildung her Jurist. Ich war 85 eingetreten in das Finanzministerium. Dann von 91 bis 95 war ich Referent der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Fraktion. Anschließend war ich Kabinetttreferent bei Minister Waigel - zwei Jahre - und bin dann ins BMF zurückgekehrt und habe dann da diverse Unterabteilungen geleitet. Also, ein paar Mal hat sich das geändert.*

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und zuletzt waren Sie Präsident der Bundesfinanzakademie?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Ja, die letzten fünf Jahre war ich dann Präsident der Bundesfinanzakademie in Brühl.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wunderbar, sodass Sie dann fast schon im heimischen Bereich da nun tätig sein können. Wunderbar.

Herr Christmann, ich hatte gleich zu Beginn auch gesagt, dass jeder Zeuge die Gelegenheit hat, zum

* Berichtigung des Zeugen: Dann - von 91 bis 95 - war ich Referent der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Fraktion und bin dann ins BMF zurückgekehrt. Anschließend war ich Kabinetttreferent bei

Beweisthema en bloc vorzutragen, um das zu berichten, was ihm noch erinnerlich ist, oder auf Fragen direkt zu antworten. Wie möchten Sie es halten?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Also, ich möchte keine allgemeine Stellungnahme dazu geben, weil ich eh keine dezidierte Erinnerung mehr an die Sache habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, das ist ja verheißungsvoll.

(Heiterkeit)

Aber gleichwohl, Herr Christmann, versuchen wir vielleicht gemeinsam, nun diesen Weg ein Stündchen oder ein halbes Stündchen zu gehen.

Herr Christmann, dieser Untersuchungsausschuss beschäftigt sich ja nun - das entnehmen Sie ja auch dem Beweisthema und auch der Berichterstattung - mit dem Thema, das wir heute „Cum/Ex-Geschäft mit Leerverkauf“ bezeichnen. Dass dieses „Modell“ - in Gänsefüßchen - nun in früheren Jahren anders hieß, ist uns allen bekannt. Aber gleichwohl: Wann und in welchem Kontext haben Sie erstmals von diesem Geschäftsmodell „Cum/Ex mit Leerverkauf“ bei gleichzeitigem - ich sage das mal mit meinem Wort - Erschleichen einer mehrfachen Kapitalertragsteuerbescheinigung Kenntnis erhalten oder Kontakt bekommen?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Also, in der Zeit war das ja von 2004 bis November 2006 in der Unterabteilung IV C, die ich da geleitet habe. Aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass das jemals erörtert worden ist als großes Steuerhinterziehungsmodell oder so. Das kann ich - - Tut mir leid. Ich habe auch nie - - Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich da an Besprechungen oder Ähnlichem teilgenommen hätte, wo das

Minister Waigel - zwei Jahre - und habe dann da diverse Unterabteilungen geleitet. Also, ein paar Mal hat sich das geändert.



4. Untersuchungsausschuss

als Hinterziehungsmodell oder so diskutiert worden wäre.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nun, die Zeitspanne 2004 bis 2006 hat ja dazwischen das Jahr 2005, und in diesem Jahre 2005 gab es nun im Oktober eine Tagung der Einkommensteuer-Referatsleiter des Bundes und der Länder, um da nun verschiedene Probleme zu identifizieren. Und eines dieser Probleme war dann auch, Bezug nehmend auf ein Schreiben des Bankenverbandes vom Dezember 2002/Januar 2003, die Frage der mehrfachen Erstattung von Kapitalertragsteuer im Zusammenhang mit derartigen Konstruktionen „Cum/Ex plus Leerverkauf“. Sagt Ihnen das nichts?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Also, ich weiß nicht, ob ich an dieser Sitzung der Einkommensteuer-Referenten überhaupt teilgenommen habe. Also, tut mir leid, da kann ich mich nicht mehr dran erinnern.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nach meinem Dafürhalten - vielleicht; ich hoffe, ich irre mich nicht - war es aber auch so, dass Sie als zuständiger Unterabteilungsleiter dieses Schreiben an die Länder unterzeichnet haben. Ich bitte da insofern auch - - Irre ich mich? Dann ziehe ich diese Frage zurück. MAT-A-BMF-3, Ordner 8, Seiten 20 bis 31. Gibt es da etwas, oder ist dieser Vorhalt mit einer Unterzeichnung, mit der Unterschrift von Herrn Christmann nicht begründet? - Dann irrt meine Aktenlage, und ich würde die Frage zurückziehen.

Okay, dann zeigen Sie es trotzdem Herrn Christmann, dann kann er vielleicht die Genesis - - Weil da „Unterabteilungsleiter IV C - im Auftrag“ nun zumindest im Druck enthalten war.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - RR
Dr. Christian Hufen (BMF):
Das ist was anderes! - Der
Zeuge blättert in
Unterlagen)

Herr Staats, hatten Sie sich gemeldet?

RD Dr. Wendelin Staats (BMF): Ich wollte nur die Vermutung äußern, dass er eben das falsche Papier vorgelegt bekam.

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Also, ich sehe hier in dem Abdruck: zugleich für IV C. - Das wäre ich. Also gehe ich davon aus, dass ich das nicht unterschrieben habe, sondern dass Herr Gierlich das als Vertreter für mich unterschrieben hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ah ja, gut. Okay, dann ist -

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Ich kann mich da nicht mehr dran erinnern.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - dieser Vorhalt auch insofern aufgeklärt.

Können Sie sich denn noch an Ihre Teilnahme an der Einkommensteuer-Referatsleitersitzung im Oktober 2005 erinnern?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Nein, kann ich mich nicht dran erinnern.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

- Moment, es kommt noch etwas.

(Der Zeuge liest in den
Unterlagen)

Es ist auch so - wenn ich das hier colorandi causa mal erwähnen darf -: Die Schwerpunkte meiner Arbeit lagen damals in anderen Bereichen. Das war FISCUS und die Baustellen Erbschaftsteuer.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. Wenn das so ist. - Ich habe dann keine weiteren Fragen mehr und darf dann zu Herrn Pitterle von den Linken überleiten.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Christmann, können Sie sich daran erinnern, ob Sie in der Zeit hier, als Sie beim BMF beschäftigt waren, Nebentätigkeiten nachgegangen sind, die



4. Untersuchungsausschuss

im Zusammenhang mit diesen Geschäften um den Dividendenstichtag hätten stehen können?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Nein.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Nein. - Auch nicht Vorträge gehalten bei Verbänden, Lobby?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Zu dem Bereich kann ich mich wirklich nicht - - Das kann ich mir auch nicht vorstellen.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Das können Sie sich nicht vorstellen. - Mit wem haben Sie sich denn im Vorfeld dieser Vernehmung unterhalten?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Kurz hier vor der Sitzung bin ich noch ins BMF gefahren und habe mir da einige Akten angesehen, aber auch keine Erinnerung.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Und mit irgendwelchen Personen, die hier schon als Zeugen genommen worden sind, haben Sie hier nicht gesprochen?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Über diese Sache nein, nein.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Gut, dann habe ich keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann Herr Hirte. - Frau Sütterlin-Waack, Entschuldigung

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Herr Christmann, ich habe ganz paar Fragen, und vielleicht ist es auch nur eine, und der Rest erübrigt sich.

Ab dem 1. April 2004 war der Finanzrichter Herr Ramackers -

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): - abgeordnet ans BMF. Sie sagen: „Ja.“ Also daran erinnern Sie sich?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: An Herrn Ramackers erinnere ich mich schon allein deshalb sehr gut, weil wir zusammen mehrere Kurse - - Bei der Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen, als ich da angefangen habe, war Herr Ramackers also auch dabei; daher kannten wir uns schon vorher. Und dann kam er ins BMF, ja. An Herrn Ramackers kann ich mich gut erinnern, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wissen Sie noch, wie er da zu Ihnen kam ins BMF? Sie wussten ja offensichtlich, dass er Richter war vorher.

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Ja. Er war vorher beim Finanzgericht. Ich glaube, auch vorher war er noch im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen tätig, im Haushalt, glaube ich. Aber wie er jetzt genau dahin kam, weiß ich also auch nicht mehr. Er war einfach da.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Er war einfach auf einmal da. Gut. - Wissen Sie denn, auf wessen Initiative er gekommen ist, oder haben Sie im Nachhinein irgendwas erfahren?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Da kann ich mich nicht mehr daran erinnern, nein.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wissen Sie, in welchem Referat er - - Wenn Sie ihn da mal - - Sie sagen ja: Er war auf einmal da. - Dann haben Sie ihn ja vielleicht mal irgendwo getroffen; sonst wüssten Sie das ja nicht.

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Doch, das war - -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Haben Sie ihn denn da nicht mal gefragt: „Sag mal, was machst du hier?“ oder: „Was machen Sie hier, und wo sind Sie hier untergekommen?“? Gibt es da irgendeine Erinnerung?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Ja, doch, die gibt es natürlich. Er war bei - wenn ich mich richtig erinnere - Referat IV C 1, bei Herrn Gierlich.



4. Untersuchungsausschuss

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja. Und haben Sie da denn mal nachgefragt: „Wie kommen Sie hierher?“, „Was führt Sie zu uns?“? - So ungefähr.

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Das habe ich mit Sicherheit, aber da weiß ich nicht mehr, was wir da gemacht haben.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Herr Gierlich hat uns gesagt, dass er personell in den Jahren sehr knapp war, in denen die Abordnung stattgefunden hat. Gehört das zu den Aufgaben eines Unterabteilungsleiters, für ausreichend personelle Ausstattung zu sorgen in den Referaten?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Also, die Steuerabteilung, die Unterabteilungen waren in der Tat manchmal sehr, sehr unterbesetzt. Ich habe auch, glaube ich, einmal - einmal überhaupt in meinem ganzen dienstlichen Leben - eine Vorlage gemacht, wo ich gesagt habe: Also, wenn da nicht - das war aber, glaube ich, bei der IV B, im internationalen Bereich, später - in irgendeiner Form eine Entlastung kommt, dann muss ich die Verantwortung ablehnen.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Aber an so einen Vorfall können Sie sich bei IV C nicht erinnern?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Bei IV C ist - - In Erinnerung ist: Die Personalsituation war schon sehr knapp, aber nein, da war das, glaube ich, nicht. Nein, das war bei IV B, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Sie können sich auch nicht erinnern, dass Herr Gierlich bei Ihnen mal diesbezüglich vorgesprochen hat und gesagt hat: „Also, ich gehe hier gerade unter, und ich brauche unbedingt jemanden“, oder auch ganz konkret auf diese Abordnungssituation von Herrn Ramackers Sie angesprochen hat?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Hm, das will ich nicht ausschließen, aber jetzt ganz konkret zu sagen: „Dann und dann ist er zu mir gekommen und hat dann gefragt“ -, also, das weiß ich nicht mehr.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Nur der Vollständigkeit halber frage ich dann noch mal: Sind Ihnen irgendwie Besonderheiten im Zusammenhang mit der Abordnung/Tätigkeit - mit Schrägstrich - von Herrn Ramackers in Erinnerung?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Besonderheiten nicht, außer dass er ein subtiler Kenner des Investmentsteuerrechts war und da große Kenntnisse hatte. Aber ob das mit der Abordnung zusammenhängt, weiß ich nicht mehr.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Danke schön. - Ich habe noch eine Frage zu dem Schreiben, was Ihnen eben vorgelegt worden ist, wo der Hinweis zu finden ist „zugleich für IV C“, wo Sie sagten, das sind Sie sozusagen. Das hat Herr Gierlich ja mit seinem Kürzel unterzeichnet. Ist es dann üblich, wenn Sie das im Nachhinein zur Kenntnis bekommen - - Oder: Bekommen Sie es zur Kenntnis, und wenn ja, machen Sie sich mit dem Inhalt dieser Schreiben dann vertraut? Oder wie muss man sich das vorstellen, wenn jemand anders für Sie das mit abzeichnet in Ihrer Abwesenheit?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Also, in der Regel ist es dann schon so bei einer Einladung, dass man dann vor dem eigentlichen Bund-Länder-Treffen die Punkte noch mal durchgeht, also bespricht: Was steht da an? - Aber das ist auch nicht in jedem Fall sichergestellt, weil da natürlich auch Überschneidungen mit anderen Terminen sein können und der Unterabteilungsleiter auch nicht immer an diesen Besprechungen im Bund-Länder-Kreis, hier bei den Einkommensteuer-Referenten, teilnimmt.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Haben Sie denn Erinnerung an dieses Thema, dass das irgendwie ein besonders wichtiges Thema in dieser Zeit war?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Also, mir ist nicht in Erinnerung, dass dieses Thema, was jetzt hier Beweis ist, Cum/Ex, -

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja.



4. Untersuchungsausschuss

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: - ein brennendes Thema gewesen wäre, also ein Thema, was - - Wie soll ich das jetzt vergleichen? Also, keinesfalls in dem Sinne, wie es heute an Bedeutung hat. Daran kann ich mich nicht erinnern, dass das jeder so - - Im Vergleich also zu den Problemen bei FISCUS war das nachrangig.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Also, es sind deutlich andere Themen in Ihrer Erinnerung in Ihrer Berufstätigkeit als Unterabteilungsleiter, die da - -

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Ja. Das war keinesfalls das Hauptthema.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Fragen mehr seitens der CDU/CSU?

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann leite ich über zu Bündnis 90/Die Grünen - verbunden damit, dass ich Frau Paus nachträglich herzlich zum Geburtstag gratuliere - alles Gute für Sie, Frau Paus, und herzlichen Glückwunsch! -

(Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke!)

und jetzt natürlich vor die Frage gestellt bin: Wer wird das Wort ergreifen?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mache ich gerne. - Ich habe eine Frage zur Bundesfinanzakademie, und zwar: Da sind Sie ja immer wieder im Austausch mit steuerberatenden Leuten und Leuten aus der Finanzverwaltung. Gibt es einen Mechanismus, mit dem Wissen aus diesen Veranstaltungen das Finanzministerium erreicht, also sozusagen einen Know-how-Transfer?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Also, es ist ja so, dass der ganz große Teil der Arbeit der Bundesfinanzakademie in der Ausbildung und Schulung des höheren Dienstes der Beamten der

Landesfinanzverwaltung besteht. Da werden jetzt weniger so aktuelle Steuerprobleme erörtert, sondern eben so das tägliche Brot des Sachgebietsleiters, was der in dem Finanzamt braucht.

Es gibt natürlich auch den Bereich, wo Fortbildungsveranstaltungen stattfinden. Wir haben da also eine gehabt, wie gesagt, schon zur Erbschaftsteuer. Da hatten wir Symposien - da kommen dann auch Referenten oder Referatsleiter aus dem BMF, aber auch aus Wirtschaft und Beratung zusammen -, aber einen Automatismus, glaube ich, nicht. Natürlich nimmt der Referent, wenn er bei uns - - aus dem Bundesfinanzministerium nimmt er natürlich seine Erkenntnisse mit; aber dass wir jetzt also da sozusagen die Ergebnisse - - oder dass das BMF von uns die Ergebnisse anfordert, das gibt es in der Form nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Ich habe keine weitere Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann zur SPD. Herr Schwarz.

Andreas Schwarz (SPD): Recht herzlichen Dank. - Eine Frage: Waren Sie nach dem Jahressteuergesetz 2007 noch mal in irgendeiner Form mit Cum/Ex-Geschäften befasst? Und falls ja, in welchem Zusammenhang?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Nein, ist mir nicht erinnerlich. Es kann natürlich sein, dass in Kursen - - Also, im Bundesfinanzministerium als Ministerium nicht mehr. Es kann natürlich sein, dass in der Bundesfinanzakademie das eine oder andere Seminar darüber gelaufen ist oder am Rande dieses Seminars über diese Thematik gesprochen worden ist, aber das wüsste ich jetzt nicht. Aber ich selber bin da nicht mehr mit befasst.

Andreas Schwarz (SPD): Okay.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Auch keine weiteren Fragen. - Wie sieht es aus bei den Linken? - Keine Fragen. Ich schaue mal in die Runde. - Dann unterstelle ich, dass niemand mehr Fragen hat. Wunderbar.



4. Untersuchungsausschuss

Wunderbar, Herr Christmann, damit kommen wir schon bereits - wie ich auch unterstelle, dass es keine Fragen für den nichtöffentlichen Teil gibt - zum Ende Ihrer Zeugeneinvernahme. Das heißt also, Sie bekommen demnächst ein schriftliches Protokoll bezüglich Ihrer Aussage. Sie haben dann die Möglichkeit, dieses Protokoll kritisch durchzusehen und Korrekturen, gegebenenfalls Ergänzungen vorzunehmen und dann an uns natürlich wieder zurückzuschicken.

Ihre endgültige Entlassung als Zeuge in diesem Ausschuss bedarf noch eines Beschlusses dieses Ausschusses, der entweder zeitnah erfolgen kann oder aber eben en bloc zusammen mit den anderen Zeugeneinvernahmen zum Ende der Arbeit dieses Ausschusses erfolgen wird.

Ihre Anwesenheit ist einstweilen nicht mehr erforderlich. Ich darf Ihnen auf diesem Wege einen angenehmen Nachhauseweg wünschen.

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bitte sehr. - Ich unterbreche nunmehr die Sitzung für weitere zehn Minuten, um dann mit der Zeugeneinvernahme von Herrn Scheurle fortzufahren.

(Unterbrechung von 17.30
bis 17.41 Uhr)



4. Untersuchungsausschuss

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach Ablauf der zehn Minuten möchte ich wieder in die Sitzung eintreten und sie fortsetzen.

**Vernehmung des Zeugen
Florian Scheurle**

Ich begrüße gleichzeitig Herrn Scheurle zur heutigen Sitzung und stelle auch seine ordnungsgemäße Ladung fest. Die für Sie, Herr Scheurle, erforderliche Aussagegenehmigung liegt vor. Das Beweisthema ist Ihnen mit dem Untersuchungsauftrag und dem jeweiligen Beweisbeschluss zugegangen. Auf eine Vorlesung kann daher verzichtet werden.

Ich habe Sie - da ich Sie ja noch nicht belehren konnte - darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonaufnahme Ihrer Zeugenaussage vornehmen wird. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des endgültigen Protokolls gelöscht, und das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann die Möglichkeit, falls gewünscht, noch binnen zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Florian Scheurle: Nein, ich habe keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist gut. - Dann darf ich Sie noch weiter entsprechend den Vorschriften der Strafprozessordnung belehren, die hier im Untersuchungsverfahren sinnvolle Anwendung finden und in den Vorschriften des sogenannten PUAG, des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse, niedergelegt sind:

Sie, Herr Scheurle, sind als Zeuge geladen. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht

hinzuweisen sowie darauf, dass nach § 153 des Strafgesetzbuches eine uneidliche Falschaussage mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden kann.

Sofern eine der zu stellenden Fragen Sie oder einen Ihrer Angehörigen in Gefahr bringen würde, eine Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren über sich ergehen lassen zu müssen, dürfen Sie Ihre Aussage verweigern. Gesetzlich geordnete Verfahren sind Verfahren wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder eines Disziplinarverfahrens.

Sofern weitere Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Privat-, Dienstgeheimnissen oder Geschäftsgeheimnissen der Geheimhaltung bedürftig sind und nur in einer nach der Geheimhaltungsordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sind, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit wir dann eine entsprechende Einstufung vornehmen können, um Ihre Einvernahme in einem besonderen anderen Raum - das wird heute der Raum des Verteidigungsausschusses sein - fortzusetzen.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Florian Scheurle: Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann ist das auch erledigt.

Noch ganz kurz der geplante Ablauf: Zu Beginn der Zeugeneinvernahme haben Sie die Möglichkeit, zum Beweisthema en bloc vorzutragen, und ich würde dann einige Nachfragen stellen. Sie können aber auch sagen, dass Sie sofort auf meine Fragen antworten möchten - - um sodann, wenn meine Fragen erschöpft sind, überzuleiten an die Fragen der Obleute, die dann entsprechend dem Stärkeverhältnis der einzelnen Fraktionen Sie befragen werden.

Und im Übrigen der wichtigste Hinweis: Schalten Sie bitte das Mikrofon ein, wenn Sie nun Ihre Antwort geben.



4. Untersuchungsausschuss

Und jetzt dann die abschließende Frage: Von welcher der beiden Varianten möchten Sie Gebrauch machen, gleich auf Fragen zu antworten oder eben ein Eingangsstatement abzugeben?

Zeuge Florian Scheurle: Nein, ich möchte gleich auf Fragen antworten, mich aber vorab bedanken, dass Sie auf meine beruflichen Verpflichtungen Rücksicht genommen haben und mich erst für 14 Uhr geladen haben. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, ich danke Ihnen - „für diesen Dank“, hätte ich beinahe gesagt.

(Heiterkeit)

Nein, sehr höflich. So viel Zeit muss sein.

Und nun, Herr Scheurle, noch die weiteren Fragen: Wir hätten gern noch Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort erfahren - nicht die Anschrift, nur den Wohnort.

Zeuge Florian Scheurle: 56 Jahre, Volljurist und Beamter, und mein Wohnort ist Berlin.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Wie Sie ja dem Beweisthema entnommen haben, beschäftigt sich dieser Ausschuss mit sogenannten Cum/Ex-Geschäften mit Leerverkäufen und ähnlichen Fallgestaltungen. Das führt mich dann auch zu der Eingangsfrage: Wann haben Sie in Ihrer beruflichen Tätigkeit - zu der Sie vielleicht auch noch den einen oder anderen Satz bezüglich Ihrer einzelnen Stationen im BMF verlieren möchten - zum ersten Mal mit Cum/Ex-Geschäften mit Leerverkaufscharakter Kontakt gehabt? Vielleicht zuerst Ihre Stationen im BMF und dann der zweite Teil der Frage.

Zeuge Florian Scheurle: Ja. - Also, ich bin 1992 als Referent ins BMF gekommen, war dies auch noch - - Ich glaube, der Untersuchungszeitraum beginnt 1998; da war ich das auch noch, in Bonn, im Referat IV B 4, war dort zuständig unter anderem für die unbeschränkte und die beschränkte Steuerpflicht, für die Besteuerung von Kapitaleinkünften - allerdings ohne Dividenden, weil

das im Körperschaftsteuerreferat lief -, für die Kapitalertragsteuer - dito in diesem Fall -, dann für die Gemeinnützigkeit. Das Spendenrecht lief bei uns im Referat und die Land- und Forstwirtschaft.

2000 bin ich dann nach Berlin gewechselt und habe dort die Leitung des Referats IV A 3 übernommen. Das ist das Gesetzgebungsreferat der Steuerabteilung. Sie wissen, dass sehr viele Steuergesetze erlassen werden, und da ist es sinnvoll, ein eigenes Steuerreferat, ein Gesetzgebungsreferat in der Steuerabteilung zu haben. Dieses Referat habe ich bis März 2005 geleitet und bin dann ab März 2005 Steuerabteilungsleiter geworden, habe also die Leitung der Steuerabteilung übernommen, dies bis November, Anfang November 2009, bin dann freigestellt worden und zum 1. April 2010 Präsident des BADV - dahinter verbirgt sich der Titel: Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen - und Präsident des Bundesausgleichsamtes geworden, und dies bin ich immer noch.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Und dann der zweite Teil: Cum/Ex. Zum ersten Mal Kontakt?

Zeuge Florian Scheurle: Das kann ich Ihnen aus der Erinnerung her einfach nicht mehr sagen. Ich vermute mal, dass es im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens war zum Jahressteuergesetz 2007; denn die Steuergesetze liefen damals über meinen Tisch natürlich als Steuerabteilungsleiter. Und wie einige der Beteiligten hier noch wissen, habe ich ja im Rahmen des Finanzausschusses auch die Steuergesetze dann in einem ersten Durchgang vorgestellt. Aber sicher weiß ich das nicht mehr, wann ich erstmals von Cum/Ex-Geschäften gehört habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - So schief lag die zeitliche Einschätzung auch nach unseren zeitlichen Erkenntnissen nicht. Wir haben hier im Ausschuss von verschiedenen Zeugen bzw. auch der Aktenlage entnommen, dass ungeachtet der Frage, seit wann diese Leerverkaufsproblematik, unter welchem Namen auch immer, bekannt war - zum Teil geht das bis in die 70er-Jahre offenbar zurück -, es im Dezember



4. Untersuchungsausschuss

2002, im Januar 2003 ein Schreiben des Bundesverbandes der Banken, des BdB, gegeben hat, welches an das BMF adressiert worden ist. Und dieses Schreiben ist - ich lasse mal jetzt einfach die Zeiträume ein wenig hintanstehen - dann intensiv in einer Tagung der Einkommensteuer-Referenten des Bundes und der Länder im Oktober 2005 diskutiert worden und hat da, und zwar in Vorbereitung des, wie Sie richtigerweise eben mutmaßten, Jahressteuergesetzes 2007, einen Diskussionspunkt gebildet. Haben Sie daran noch eine Erinnerung?

Zeuge Florian Scheurle: Nein, daran habe ich keine Erinnerung. Ich vermute aber, dass ich, da ich zu dem Zeitpunkt bereits Steuerabteilungsleiter war, nicht an dieser Sitzung der Einkommensteuer-Referenten teilgenommen habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, okay. - Und im Jahressteuergesetz 2007 ist dann diese Regelung, die auch im Jahre 2005 auf der Referatsleitersebene diskutiert worden war, ja aufgenommen worden, und zwar eine Regelung, die nun dem Vorschlag des BdB, des Bundesverbandes der Banken, aus dem Jahre 2002/2003 entsprach und die nun allerdings bei Einschaltung von Auslandsbanken oder bei Geschäften über das Ausland keine Wirkung entfaltete. Sagt Ihnen dieser Vorhalt, sagt Ihnen diese Aussage etwas?

Zeuge Florian Scheurle: Sie sagt mir etwas, weil ich mich natürlich im Vorfeld meiner Ladung hier mit dem Thema - soweit es ging - befasst habe; aber eine aktive Erinnerung an eine Befassung im Vorfeld dieses Gesetzgebungsverfahrens habe ich schlichtweg nicht mehr. Ich gehe aber davon aus, dass die Zusammenstellung der Regelungen für dieses Jahressteuergesetz sicherlich thematisiert worden ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Jetzt verlasse ich mal das Jahressteuergesetz und gehe noch etwas weiter, also 2008/2009, und zwar insbesondere 2009. Danach liegt uns eine Mail von Dr. Möhlenbrock vor vom März 2009, in der also davon die Rede ist, dass also da nun durch Hinweise an das BMF die Vermutung besteht, dass also dieses „Cum/Ex mit Leerverkauf“ nicht nur ein, ich sage jetzt mal, „fail“, also ein Versehen,

ist, sondern dass dieses „Cum/Ex mit Leerverkauf“ einen regelrechten Boom erlebt hat bzw. also zum Geschäftsmodell avanciert ist.

Sagt Ihnen das noch was, dass also ein Dritter, ein sogenannter Whistleblower, da nun etwas anbieten wollte an Informationen, bzw. ist Ihnen bekannt, dass also, von Hessen aus kommend, sich dort auf Fortbildungsveranstaltungen Menschen damit gebrüstet haben, das Jahressteuergesetz liefe ja nun in die Leere, weil bei Einschaltung von Auslandsbanken alles perdu sei?

Zeuge Florian Scheurle: Nein, also daran habe ich jetzt keine aktive Erinnerung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das heißt also, auch gezielte Fragen oder Fragen einer gezielten Umgehung des Jahressteuergesetzes 2007 haben Sie dann im Anschluss an das Jahressteuergesetz nicht ereilt?

Zeuge Florian Scheurle: Das kann ich nicht ausschließen, aber ich kann mich einfach nicht an solche Anfragen erinnern. Im Zweifel werden die vermutlich an das Fachreferat gegangen sein. Ob die dann an mich herangetreten sind und mich informiert haben, weiß ich einfach nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich darf Ihnen dann noch einmal - das wäre hier MAT-A-BMF-8-1-2, Ordner 62, Seite 41 - vorhalten,

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen
Unterlagen)

vielleicht eine Mail von Ihnen an Herrn Hensel und Dr. Misera, in der also Sie selber die Fragen stellen:

- wer hat die Gestaltung „erfunden“ ...
- über welche konkreten Institute wird das Modell betrieben ...



4. Untersuchungsausschuss

Und dann noch verschiedene Fragen anschließend nach Fahndung, Beihilfe zur Steuerhinterziehung etc.

Zeuge Florian Scheurle: Ja, daran kann ich mich nicht erinnern. Wenn ich das richtig sehe, hat - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie können sich also auch nicht erinnern, dass irgend- - Die Mail, die Sie hatten, war ja sehr konkret:

- wer hat die Gestaltung „erfunden“ ...
- über welche konkreten Institute wird das Modell vertrieben ...
- wie wird es beworben?
- ...
- Ist das ein Fall der Beihilfe zur Steuerhinterziehung?
- Müssen wir die Fahndung einschalten?
- Gibt der Fall Anlaß, eine anonyme BMF-IT-Anlaufstelle einzurichten ...

Das sind ja sehr qualifizierte Fragestellungen, die ja schon doch eine Reaktion erfordern seitens der angeschriebenen Personen - um das zu verfestigen dann auch im Gedächtnis.

Zeuge Florian Scheurle: Ja, das wird eine Mail von mir gewesen sein, aber ich kann mich einfach nicht an die erinnern, was vermutlich auch damit zusammenhängt, dass in dieser ganzen Zeit natürlich unheimlich viele Dinge gelaufen sind, viel Gesetzgebung. Ich war sehr viel international unterwegs in dieser Zeit, auch in Sachen Steuerhinterziehungsbekämpfung, Schließen von Besteuerungslücken. Ich war in Gremien der OECD, EU und vieles andere mehr. Wir hatten viele internationale Konferenzen und Treffen, um dieses Thema voranzubringen. Da bitte ich einfach um Verständnis, dass ich mich jetzt - über sieben Jahre später - nicht mehr an diese Mail erinnern kann.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Dann habe ich bereits keine Fragen mehr, Herr Scheurle, und darf überleiten an den Kollegen Troost von der Linken.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich meine, vor den Voraussetzungen bin ich natürlich unsicher, ob ich überhaupt bei Ihnen dann irgendwie landen kann. - Also, nach unseren Unterlagen fand am 27. September 2006 ein Gespräch zwischen Minister Steinbrück und diversen Steuerberatern statt. Und an diesem Gespräch haben laut Unterlagen Sie auch teilgenommen oder waren Sie zumindest mit geladen. Da ging es auch im Vorfeld des Gesprächs um ein Gutachten, schriftliche Ausarbeitung von einem Wirtschaftsprüfer, Eugen Bogenschütz. - Das sagt Ihnen nichts?

Zeuge Florian Scheurle: Also, es tut mir sehr leid. Ich kann mich beim besten Willen nicht daran erinnern. Natürlich habe ich an Gesprächen des Ministers mit Menschen teilgenommen, wenn es um Steuerfragen ging - nicht ausschließlich; da sind dann vielleicht andere dazugegangen oder haben daran teilgenommen -, und möglicherweise eben auch mit Steuerberatern. Aber ich kann mich einfach nicht an dieses konkrete Gespräch erinnern. Es tut mir sehr leid.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und Sie können sich aber auch nicht erinnern - lassen wir mal den Herrn Bogenschütz weg -, dass es Äußerungen gegeben hat in diesem Gespräch, die gesagt haben, dass der damalige Entwurf zum Jahressteuergesetz 2007 in dieser Frage Cum/Ex und Cum/Cum missglückt ist als Gesetzentwurf, und dass er eben da schon gesehen hat, dass sozusagen die Doppelabrechnungen in diesem Gesetz sozusagen nicht beseitigt werden?

Zeuge Florian Scheurle: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern. Ich habe im Vorfeld der Ladung hier mal versucht, die Materialien im Internet mal nachzuschauen, und habe da aber auch keine Hinweise in den Stellungnahmen auf diese Regelung gefunden, und mir ist auch nicht in Erinnerung, dass von der Seite der Länder, die am Gesetzgebungsverfahren ja beteiligt sind - stets in den Steuergesetzen -, etwas gekommen sei. Und



4. Untersuchungsausschuss

von den Steuerberatern? Da ist mir überhaupt nichts in Erinnerung, gar nichts.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber das heißt, Sie können sich auch nicht erinnern, dass im Ministerium selbst diese Problematik diskutiert worden ist, dass es da auch gegenteilige Meinungen gibt und dass man also möglicherweise an diesem Punkt noch mal nachbessern müsste beim Jahressteuergesetz?

Zeuge Florian Scheurle: Nein, es tut mir leid. Es ist einfach zu lange her, und ich kann mich einfach nicht erinnern. Tut mir leid.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Alles klar. - Dann habe ich erst mal auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann darf ich überleiten zur CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe auch nur einige wenige Fragen. Ich fange einfach mal so an: Sagt Ihnen der Name Arnold Ramackers was?

Zeuge Florian Scheurle: Ja, der sagt mir was. Der war - -

(Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, eine Erinnerung!)

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Das ist gut. Dann kann ich ja weiterfragen, weil wenn Sie sofort gesagt hätten: „Das sagt mir nichts“, dann hätte ich mir auch die weiteren Fragen sparen können. Wissen Sie, dass Herr Ramackers bei Ihnen im BMF gearbeitet hat? Kennen Sie ihn aus dem Zusammenhang?

Zeuge Florian Scheurle: Ja, ich kenne ihn aus dem Zusammenhang. Er hat im Bereich der Kapitaleinkünfte, in diesem Referat gearbeitet. Er war, glaube ich, schon im BMF, als ich Steuerabteilungsleiter wurde. Und nach meiner Erinnerung war er vor allen Dingen bei REITs eingesetzt, und wir waren sehr dankbar, dass wir mit Herrn Ramackers einen freigestellten Finanzrichter aus

Düsseldorf sozusagen als Verstärkung in der Steuerabteilung hatten.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Sie sagten ja eben selbst, er war schon da, als Sie in die Position kamen. Haben Sie vielleicht trotzdem Kenntnisse, wie oder warum - vor allen Dingen warum - Herr Ramackers ans BMF abgeordnet worden ist?

Zeuge Florian Scheurle: Nach meiner Erinnerung war das sein eigener Wunsch, um mal in einem anderen Bereich zu arbeiten. So habe ich es jedenfalls in Erinnerung.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wissen Sie, was er vorher gemacht hat? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Florian Scheurle: Ich weiß nur, dass er Finanzrichter in Düsseldorf war.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay, ja. - Ich frage jetzt einfach mal: Alle, die wir fragen: „Kennen Sie Herrn Ramackers?“, die sagen sofort Ja. Können Sie das vielleicht mal erklären, wie das kommt? Sie werden sich ja nicht an alle Mitarbeiter in Ihrem Hause erinnern. Hatte er irgendwas Besonderes an sich? Oder was waren die Besonderheiten, weshalb Sie sich sofort erinnern?

Zeuge Florian Scheurle: Also, erstens glaube ich schon, mich an fast alle meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erinnern zu können, weil ich sozusagen in der Steuerabteilung aufgewachsen bin. Denn 1992 habe ich da angefangen, und ich bin sozusagen dann in die Rolle des alten Elefanten oder älteren Elefanten hineingewachsen. - Ich glaube, das muss ich dann nachher, wenn das Protokoll kommt, irgendwie redigieren.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wir widersprechen pflichtgemäß.

Zeuge Florian Scheurle: Und Herr Ramackers, mit dem hatten wir natürlich auch zu tun, wie gesagt, weil er im Bereich der REITs, einem neuen Finanzprodukt, was in Deutschland eingeführt werden sollte, uns geholfen hat - das, was



4. Untersuchungsausschuss

rechtlich sehr komplex wohl einzuordnen war -, eben entsprechende rechtliche Regelungen zu entwickeln. Und Herr Ramackers an sich selber ist auch eine Type, die, sagen wir mal, nicht ganz unscheinbar ist.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wir hatten ihn hier schon im Ausschuss, ja. - Wissen Sie, in welchem Referat Herr Ramackers gearbeitet hat oder mit wem er zusammengearbeitet hat? Kennen Sie da die näheren Einzelheiten?

Zeuge Florian Scheurle: Also, nach meiner Erinnerung hat er mit Herrn Gierlich zusammengearbeitet, und das war dann nachher, glaube ich, das Referat IV C 1. Ich weiß nicht, ob er schon da war, als das Referat noch IV B 8 hieß oder so, irgendwas in dieser Kante. Das weiß ich nicht mehr. Aber IV C 1 jedenfalls auf alle Fälle, ja.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wissen Sie, weshalb Herr Gierlich eine Abordnung wünschte von Herrn Ramackers? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Florian Scheurle: Ich weiß nicht, ob die Abordnung von Herrn Gierlich initiiert wurde oder ob sich Herr Ramackers vielleicht selber angeboten hat. Das weiß ich nicht mehr. Aber gute Leute mit komplexen Steuerfachkenntnissen gibt es einfach nicht genügend, und ich gehe davon aus, dass Herr Gierlich einfach froh war, so jemanden in seinem Referat zu haben.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wissen Sie was von Personalknappheit, mangelnden Referenten in dem Referat in der Zeit? Ist Ihnen das was erinnerlich?

Zeuge Florian Scheurle: Als Steuerabteilungsleiter sind Sie auch für das Personal in der Steuerabteilung verantwortlich.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Deshalb frage ich.

Zeuge Florian Scheurle: Sie machen die Regelbeurteilung und sehen zu, dass Sie die Organisation auch entsprechend weiterentwickeln. Das war auch eine meiner zahlreichen Aufgaben. Und

selbstverständlich habe ich auch ständig um das erforderliche Personal kämpfen müssen; denn - ich glaube, das ist kein Geheimnis - die Finanzverwaltung ist sehr knapp aufgestellt. Das gilt auch für die Steuerabteilung des BMF, jedenfalls damals. Die Decke ist immer irgendwie zu kurz. Und ich erinnere mich an zwei, drei Momente, wo ich dachte: So, jetzt hast du alles super organisiert, und alle Stellen sind besetzt, und zwei, drei Tage später kam dann die Meldung: Jemand fällt aus wegen Schwangerschaft, ein anderer hat sich irgendwo anders hinbeworben oder ist aus anderen Gründen ausgefallen. - Also, das Thema Personalbedarf war ein laufendes Thema für mich.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Also entnehme ich Ihren Worten, dass das auch Ihr Verantwortungsbereich war und dass Sie sich darum zu kümmern hatten und dann eben auch wahrscheinlich froh waren, dass da ein kompetenter Mann - so, wie Sie es ausführten - in dem Referat mitarbeitete.

Zeuge Florian Scheurle: Das galt für uns alle in der Steuerabteilung.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja, ja, klar. - Ist Ihnen irgendwas in Erinnerung, dass es Besonderheiten bei der Abordnung des Herrn Ramackers gab in Ihr Haus?

Zeuge Florian Scheurle: Nein.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Er hat uns gesagt - Herr Ramackers hat uns das gesagt, und wir haben das eben auch mit Herrn Gierlich noch ziemlich ausführlich erörtert -, dass er nach seiner Abordnung, die im Jahre 2008 endete - von 2004 bis 2008 war er in Ihrem Hause, abgeordnet immer für ein halbes Jahr und dann jeweils verlängert -, für ein Jahr ohne Bezüge beurlaubt war und anschließend pensioniert wurde.

Und da hat er dann auch noch gesagt, dass er in der Zeit, in der er beurlaubt war - - Danach ist er dann noch mal in Ihr Haus gekommen. Also, er war vier Jahre bei Ihnen, von 2004 bis 2008 - dann ein Jahr beurlaubt -, und dann noch mal drei Monate im Jahr 2010, von September bis



4. Untersuchungsausschuss

Dezember 2010. Das ist ein bisschen unübersichtlich, aber vielleicht so weit klar. Also, er hat gesagt, dass er in der Zeit zwischen 2008 und 2009, in der Zeit, in der er beurlaubt war, nicht im, aber weiterhin für das BMF gearbeitet hat. Er führte auch aus, dass er hauptsächlich für Herrn Gierlich - das hatten Sie eben auch schon gesagt - gearbeitet habe und mit Ihnen in Kontakt stand. Ist das richtig? Können Sie sich daran erinnern, dass er auch in einer Zeit, wo er nicht bei Ihnen abgeordnet war, mit Ihnen persönlich in Kontakt stand?

Zeuge Florian Scheurle: Das ist mir nicht in Erinnerung. Ich kann es aber nicht ausschließen, dass er sich mal gemeldet hat und vorbeikam, aber nicht so, dass es irgendwie ein Beschäftigungsverhältnis war oder dass wir ihn irgendwie eingesetzt hätten für irgendwelche Aufgaben.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Und in dieser Zeit - noch mal -, in dieser Beurlaubungszeit - das hat er uns selber gesagt -, habe er vom Bankenverband Geld erhalten, und zwar in Höhe der letzten aktiven Bezüge, ungefähr. Aber gleichzeitig hat er auch in der Zeit Arbeitsaufträge von Herrn Gierlich erhalten. Können Sie sich so was erklären?

Zeuge Florian Scheurle: Nein.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Haben Sie da eine Erinnerung dran, was da los war?

Zeuge Florian Scheurle: Nein. Erstens habe ich daran keine Erinnerung und habe auch keine - - Also, ich gehe davon aus, dass ich davon auch keine Kenntnis hatte; nicht nur keine Erinnerung, sondern auch keine Kenntnis. Und das hätte auch dem, worauf ich eigentlich auch stolz war, widersprochen, nämlich dass wir unser Wissen selber sozusagen aus dem eigenen Bereich rekrutieren und uns nicht von anderen irgendwie bezahlen lassen oder die Texte schreiben lassen. Also, dass er in dieser Zeit Geld vom Bankenverband bekommen hätte und für uns gearbeitet hätte, möchte ich ausschließen.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Wie kommen Sie jetzt gerade darauf, dass Sie sagen: „und Texte geschrieben hat“?

Zeuge Florian Scheurle: Das hat sich nicht auf Herrn Ramackers bezogen, sondern das bezog sich auf allgemeine - - Es war eine allgemeine Ausführung. Denn es gab immer wieder die Diskussion, dass - und zwar zur damaligen Zeit, erinnere ich mich - in anderen Ministerien Wirtschaftsprüfungsgesellschaften für die Ministerien tätig waren. Und das war bei uns in der Steuerabteilung nicht der Fall.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Da können Sie sich an keinen Vorfall erinnern, dass solche Vorwürfe mal laut wurden irgendwann bei Ihnen?

Zeuge Florian Scheurle: Nein.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Können Sie sich an ein Schreiben des Bankenverbandes erinnern? - Jetzt muss ich mal eben überlegen. Da waren Sie noch nicht da zu dem Zeitpunkt Zweitausend- - Wann haben Sie angefangen? Was sagten Sie? 2005 sind Sie - -

Zeuge Florian Scheurle: März 2005 bin ich Abteilungsleiter geworden.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Dann erübrigt sich die Frage. - Im Moment keine weiteren Fragen, danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Und ich darf dann überleiten zu Herrn Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Scheurle, wir kennen uns ja aus der einen oder anderen steuerlichen Runde von damals. Wenn ich die Akten so lese, dann muss man sagen: In Ihrer Verantwortung ist ein heftiger Milliarden Schaden für den Steuerzahler entstanden. Und Sie sind der Abteilungsleiter, der die Steuerpolitik gemacht hat, und das Jahressteuergesetz 2007 ist die Grundlage für die Milliarden Geschäfte. Wir haben in den Unterlagen Hinweise darauf, dass dann Anfang 2009, als



4. Untersuchungsausschuss

Sie noch Abteilungsleiter waren, man gemerkt hat, was da schiefgegangen ist - mit Schätzungen von jährlichen Steuerausfällen bis zu 12 Milliarden Euro.

Erinnern Sie sich an einen anderen Sachverhalt während Ihrer Zeit als Abteilungsleiter, wo in dieser Größenordnung ein Fehler festgestellt worden ist?

Zeuge Florian Scheurle: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist also schon eine relativ einzigartige Sache, in dieser Größenordnung festzustellen, dass eine falsche Gesetzgebung zu Schäden für den Steuerzahler geführt hat.

Zeuge Florian Scheurle: Mir ist nicht bekannt, dass festgestellt worden wäre, dass in dieser Zeit durch Fehler in der Gesetzgebung Steuerausfälle in dieser Höhe entstanden wären.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Ihrer Abteilung sind aber Hinweise gekommen, die in diese Größenordnung gehen, und zwar nicht nur ein Hinweis. Und wir haben dann in den Unterlagen ja auch die Protokolle aus dem Mai 2009, die uns zeigen, dass man durchaus festgestellt hat, dass das Jahressteuergesetz genau die Lücke über die Auslandsbanken ermöglicht hat.

Deswegen frage ich Sie: Wie haben Sie denn darauf reagiert, dass da Fehler festgestellt worden sind? Haben Sie sich den Prozess mal angeschaut? Wie konnte es eigentlich dazu kommen? Haben Sie entsprechende Änderungen - - dann gesagt: „Für die Zukunft müssen wir was anderes besser machen“, oder ist, obwohl da von größeren Schäden die Rede war, eigentlich alles weitgelaufen unter Ihrer Leitung wie vorher?

Zeuge Florian Scheurle: Daran kann ich mich nicht konkret erinnern. Ich gehe aber davon aus, dass, wenn eine entsprechende Besteuerungslücke festgestellt worden ist, dann der Fachbereich, das Referat sich dahintergeklemmt hat und geschaut hat, dass sie zusammen mit den Ländern diese Lücke schließen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Akten entnehme ich keine Aktivität des Abteilungsleiters, die zeigt, dass man aus den Fehlern gelernt hätte und gesagt hätte: Damals haben wir auf die und die Leute gehört; das dürfen wir so nicht machen. Damals haben wir bestimmte Hinweise nicht wahrgenommen; in Zukunft müssen solche Hinweise beachtet werden. - Das entnehme ich den Akten nicht. Wenn Sie mir sagen, es gab aber doch solche Aktivitäten von Ihnen, dann nehme ich das gern zur Kenntnis.

Zeuge Florian Scheurle: Ich kann mich an diese Zeit im Einzelnen auch nicht mehr erinnern. Aber ich gehe davon aus, dass dann die entsprechenden Fachleute im Referat reagiert haben - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage nicht nach den Fachleuten, ich frage nach Ihrer Tätigkeit als Abteilungsleiter, der verantwortlich ist für die Prozesse der Steuergesetzgebung. Das war Ihre Aufgabe. Oder sehe ich das falsch?

Zeuge Florian Scheurle: Es war eine Fülle von Aufgaben, die ich als Steuerabteilungsleiter zu verantworten hatte. Und eine davon war sicherlich die Steuergesetzgebung. In anderen Bereichen ging es auch darum, eben Besteuerungslücken auf internationaler Ebene zu schließen und hier die zahlreichen Staaten sozusagen zusammenzubringen, um die OECD-Richtlinie durchzusetzen, die Zinsrichtlinie auf EU-Ebene weiterzutreiben, und das waren auch unter anderem Aufgaben von mir, denen ich mich in dieser Phase sehr intensiv gewidmet hatte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Offenbar scheint es Sie nicht sehr irritiert zu haben, dass es da Steuerausfälle in Milliardenhöhe gab. - Ich möchte auf ein anderes Thema kommen: Cum/Cum-Geschäfte, weitere Frage der Steuergesetzgebung. Wir stellen fest, dass es auch in der Zeit, als Sie Steuerabteilungsleiter waren, immer wieder Veröffentlichungen zu dem Thema gab, auch in den Akten Hinweise sich finden, dass man diese Art von Steuerarbitrage durchaus erkannt hat. Ich kann aber nicht erkennen, dass in dieser Zeit etwas dagegen unternommen worden wäre - aus den Akten. Können Sie mir sagen,



4. Untersuchungsausschuss

dass doch etwas unternommen worden ist? Haben Sie sich mit dem Thema beschäftigt - etwas, was ich vielleicht in den Akten nicht wahrnehmen konnte?

Zeuge Florian Scheurle: Nein, ich habe an diese Veröffentlichungen keine Erinnerung und gehe davon aus, dass, wenn es solche gegeben hat und sich daraus konkrete Befürchtungen oder Gefahren herauskristallisiert haben, sich dann der Fachbereich entsprechend dahintergeklemt hat.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Akten ist es nicht zu entnehmen, also müssen wir davon ausgehen, dass es eben nicht so war. - Im Moment keine weitere Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich und leite über zu Andreas Schwarz, SPD.

Andreas Schwarz (SPD): Recht herzlichen Dank. - Ich hätte eine Frage, und zwar: Im Sommer 2009 haben Sie sich mit einem Vertreter der Schweizer Steuerverwaltung, einem Herrn Tanner, zum Thema Dividendenstripping getroffen. Was war der Hintergrund dieses Meinungsaustausches, und was waren die Ergebnisse des Gesprächs?

Zeuge Florian Scheurle: Ich kann mich an Herrn Tanner erinnern; aber ich kann mich nicht an ein Treffen mit Herrn Tanner zum Thema Dividendenstripping erinnern.

Andreas Schwarz (SPD): Dann müssen wir das Material vorlegen: MAT-A-BMF-3, Ordner 4, Seiten 140 bis 151, hier Seite 140/141.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen
Unterlagen)

Zeuge Florian Scheurle: Ja. Da habe ich überhaupt keine Erinnerung dran, an diese Mail. Wie ich sehe, hat Herr Bering, der mein Vorzimmer anscheinend zu der damaligen Zeit geleitet hat,

die Anfrage weitergeleitet an das zuständige Referat mit der Bitte um Kontaktaufnahme mit den Schweizer Kollegen. Er schreibt:

Eine Teilnahme seitens AL IV an dem Gespräch am 14. Juli wird nicht erfolgen.

Nein, Herr Maas war das dann damals, genau. Ich kann mich nicht erinnern.

Andreas Schwarz (SPD): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich und darf wieder rücküberleiten an Herrn Pitterle von den Linken.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ich habe keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die CDU/CSU hat auch keine Fragen. - Dann bin ich bei Bündnis 90/Die Grünen, Herr Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hatten vorher diskutiert, ob es eigentlich irgendwelche Regeln in Ihrer Abteilung gab, welche Informationen mit Banken, Bankenverbänden oder interessierten Staatsbürgern ausgetauscht werden dürfen und welche vertraulich zu behandeln sind. Können Sie berichten, wie in Ihrer Zeit als Abteilungsleiter solche Regeln ausgestaltet waren? Oder haben Sie sich darum nicht gekümmert?

Zeuge Florian Scheurle: Also, es gab keine - jedenfalls mir bekannt: keine - speziellen Regelungen zu diesem Thema. Da muss man sich schlicht und einfach auf die Kolleginnen und Kollegen verlassen, dass sie Interna eben nicht preisgeben. Aber der Austausch mit Bankenverbänden gehört natürlich zum alltäglichen Geschäft eines Steuerbeamten im Bundesfinanzministerium.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nur noch mal feststellen: Wir hatten hier Menschen, die schon irgendwie einige Jahre pensioniert sind; die haben sich an vieles wesentlich besser erinnert. Sie sind noch aktiver Leiter einer Bundesbehörde. Das Bild, was Sie



4. Untersuchungsausschuss

hier abgeliefert haben, fand ich jetzt schon erstaunlich.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist aber Ihre Wertung, Herr Schick. Das ist kein Teil der Zeugenaussage.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist meine Bewertung, -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und es gibt dem Zeugen die Chance, vielleicht das Bild zu korrigieren, das wir von dem Leiter einer oberen Bundesbehörde hier haben.

Zeuge Florian Scheurle: Darf ich dazu was sagen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, wenn Sie möchten.

Zeuge Florian Scheurle: Ich weiß ja nicht, wer sich besser erinnert hat. Vielleicht ist auch mein Gedächtnis schlechter als das der Herrschaften, der Herren und Damen. Aber ich war in dieser Zeit Steuerabteilungsleiter mit vielfältigsten Aufgaben, mit zahlreichen Verpflichtungen, mit zahlreichen Herausforderungen. Ich bitte da einfach um Verständnis, dass ich mich angesichts der Intensität und der Komplexität meiner Aufgaben seinerzeit nicht an jede Begegnung oder jedes Gespräch erinnern kann. Das mag vielleicht bei anderen Menschen etwas anders sein, die vielleicht einen etwas - wie soll ich sagen? - schmaleren Korridor zu bearbeiten hatten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, danke schön. - Dann sehe ich jetzt keine weiteren Fragen mehr.

Dann kommen wir bereits zum Ende Ihrer Zeugeneinvernahme, Herr Scheurle. Das heißt also, ich sehe auch nicht, dass noch für den nichtöffentlichen Teil Fragen an Sie zu richten sind. Das heißt, Ihre Einvernahme ist beendet. Sie werden also jetzt innerhalb von vierzehn Tagen das Protokoll über Ihre Zeugenaussage bekommen mit

der Möglichkeit - ich avisierte es schon -, Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Ihre endgültige Entlassung als Zeuge kann allerdings erst dann erfolgen, wenn der Untersuchungsausschuss einen bestimmten Beschluss gefasst hat. Das kann auf verschiedenen Wegen geschehen, entweder nach Ablauf einer Mindestfrist von zwei Wochen oder aber eben nach Ablauf des Untersuchungsauftrages, sprich: wenn dann also die übrigen, neben Ihnen ja eingeholten Zeugenaussagen zu befunden sind, alle zu befunden sind und dann endgültig über die Entlassung als Zeuge zu bescheiden ist.

Ansonsten alles Gute und einen angenehmen Nachhauseweg!

Zeuge Florian Scheurle: Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bitte sehr.

Jetzt, denke ich, unterbreche ich wieder, bis 18.30 Uhr, um sodann mit der Zeugenaussage von Frau Burkert fortzufahren.

(Unterbrechung von 18.19
bis 18.31 Uhr)



4. Untersuchungsausschuss

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Meine Damen und Herren, ich setze die soeben unterbrochene Sitzung fort und fahre fort mit der Zeugenvernehmung von Frau Ruth Burkert im Beistand von Herrn Thorsten Lange.

**Vernehmung der Zeugin
Ruth Burkert**

Ich habe Sie, Frau Burkert, bereits belehrt und auch die an den Rechtsbeistand zu erteilenden Hinweise erteilt. Von daher kann ich nahtlos anknüpfen.

Frau Burkert, Sie haben die Möglichkeit, entweder - ich habe das auch bereits gesagt - zum Beweisthema en bloc Ihre Stellungnahme abzugeben, dann eben ergänzt durch Nachfragen von mir und meinen Kollegen, oder aber direkt auf Fragen zu antworten.

Zuvor möchte ich allerdings wissen a) Ihren Beruf, Ihr Alter und Ihren Wohnort. Keine Anschrift, sondern nur den Wohnort bitte.

Zeugin Ruth Burkert: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, gerne. - Mein Beruf ist Juristin. Ich bin Leitende Regierungsdirektorin. Mein Alter ist 51 Jahre, und ich wohne in Alfter bei Bonn.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wunderbar. - Würden Sie bitte ein wenig das Mikrofon zu sich heranziehen?

Zeugin Ruth Burkert: Geht das? Besser?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es ist besser, ja. - Welche Variante möchten Sie wählen, möchten Sie erst etwas zum Beweisthema en bloc sagen oder gleich auf Fragen antworten?

Zeugin Ruth Burkert: Ich würde ganz gern, wenn Sie erlauben, ein Eingangsstatement geben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, gerne.

Zeugin Ruth Burkert: Danke schön. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz die Aufgabe darstellen, die ich in der BaFin wahrnehme.

Ich bin seit 1994 in der Bankenaufsicht, dem damaligen BAKred, heute BaFin, tätig und dort seit 2001 Referatsleiterin. Von Oktober 2006 bis Juli 2012 war ich als Referatsleiterin für die operative Aufsicht über öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, nämlich einige Landesbanken, zuständig, und seit Juli 2012 bin ich für die Aufsicht über eine große deutsche Bank zuständig. Mir obliegt auch die ständige Vertretung der Abteilungsleiterin BA 2 der BaFin.

Für uns Großbankenaufseher in der BaFin begann, wie Sie alle wissen, am 4. November 2014 eine völlig neue Phase. An diesem Tag hat die Europäische Zentralbank die Aufsicht über die sogenannten Significant Institutions, das heißt die größten Kreditinstitute in der Euro-Zone, übernommen. Seither arbeiten wir in mittlerweile 19 sogenannten gemeinsamen Aufsichtsteams, den Joint Supervisory Teams, in der Aufsicht über die größten deutschen Institute unter der Leitung der EZB mit. Meine Rolle ist seither die der Subkoordinatorin für das Joint Supervisory Team der Bank, die ich beaufsichtige.

Ich darf insofern schon jetzt um Ihr Verständnis bitten, dass ich zum Zeitraum nach dem 4. November 2014 demzufolge nur sehr eingeschränkt Aussagen machen kann; denn die Arbeit der EZB ist nach hiesiger Einschätzung, nämlich der Einschätzung meines Hauses, nicht Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich stehe gern für Ihre Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr, Frau Burkert. - Jetzt noch einmal ganz kurz: Sie haben ja schon einen Teil der Aufsichtsfragen Ihres Aufgabenbereichs umrissen. Wie ist eigentlich die Aufgabenteilung zwischen Ihnen, der BaFin also, und der Deutschen Bundesbank? Gibt es da Schnittstellen, und wenn ja, wo liegen die?

Zeugin Ruth Burkert: Da muss ich wieder unterscheiden zwischen der Zeit bis zum 4. November 2014, also der Übernahme der Aufsicht durch die Europäische Zentralbank, und danach.



4. Untersuchungsausschuss

Davor war es so, dass die Deutsche Bundesbank die sogenannte laufende Überwachung übernommen hat. Das heißt, die Deutsche Bundesbank hat das Meldewesen der Banken ausgewertet, die Prüfungsberichte, die die Jahresabschlussprüfer abgeliefert haben. Wir haben auf der Basis der Auswertung der Bundesbank uns Gedanken über die Maßnahmen gemacht, die wir zu treffen haben. Das heißt, wir waren die Entscheider. Die Deutsche Bundesbank hat die Zahlen und Unterlagen ausgewertet. So würde ich es beschreiben.

Und die Zeit nach dem 4. November 2014 ist dadurch gekennzeichnet, dass auch die Deutsche Bundesbank Teil des sogenannten Joint Supervisory Teams, des Aufsichtsteams, ist und jeweils einen Subkoordinator auch stellt. Die Leitung des EZB-Teams obliegt der Europäischen Zentralbank, dem Koordinator.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und wenn Sie nun - mit „Sie“ sage ich mal jetzt global BaFin/Bundesbank - Hinweise externer Prüfberichte beispielsweise bekommen, wonach das eine oder andere Institut in Gänze oder teilweise sehr riskante Strategien fährt, die auch möglicherweise aus Ihrer Sicht ein zusätzliches Risiko generieren können: Wie gehen Sie da um? Wie stimmen Sie sich da ab? Das würde mich noch mal interessieren.

Zeugin Ruth Burkert: Sie meinen, in Bezug auf die Zeit vor der Übernahme?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja.

Zeugin Ruth Burkert: Entschuldigung, dass ich nachfrage. Ich wollte es nur - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, nein. Ganz genau. Ich verstehe, dass Sie die Zäsur machen. Aber die Frage war insofern nicht präzise genug: bis 2014.

Zeugin Ruth Burkert: Genau. - Also, wenn eine Bank eine, wie Sie sagen, riskante Strategie fährt, dann wird das ganz bestimmt auch im Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer zum Ausdruck gekommen sein. Wenn nicht, haben wir das über

eigene Recherchen oder eigene Einwertungen gemeinsam mit der Bundesbank erarbeitet, und dann hätten wir das - würden wir das; „hätten wir das“, muss ich richtig sagen - gegenüber der Bank adressiert, in welcher Form auch immer, über Gespräche, über Schreiben, was auch immer.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt haben Sie ja schon auch Ihre langjährige Zugehörigkeit zur BaFin oder BAKred da nun auch in Ihrem beruflichen Werdegang dokumentiert. Und wir beschäftigen uns ja nur mit Cum/Ex mit Leerverkäufen. Wann haben Sie denn in Ihrer beruflichen Tätigkeit als Bankenaufseherin, gar möglicherweise auch im Rahmen Ihrer Aufsicht über das eine oder andere Institut, zum ersten Mal Kontakt zu dem „Geschäftsmodell“ - ich sage das in Gänsefüßchen - „Cum/Ex mit Leerverkäufen“ erhalten bzw. erkannt, erkennen müssen: „Das geht hier also nicht um Einzelfälle, sondern um eine systematische Verschleierung bestimmter Tatbestände“?

Zeugin Ruth Burkert: Eine systematische Verschleierung bestimmter Tatbestände.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Oder das kollusive Zusammenwirken von Marktteilnehmern zum Erhalt einer mehrfachen Kapitalertragsteuerbescheinigung bei nur einmaliger Abführung; so könnte ich es auch formulieren.

Zeugin Ruth Burkert: Also, wir haben in einer Referatsleiterrunde im September, meine ich, 2012 - daran erinnere ich mich, weil das kurz nach meinem Wechsel war - von einem Referatsleiterkollegen berichtet bekommen, dass bei der von ihm beaufsichtigten Bank eine interne Untersuchung läuft, die dem Verdacht nachgeht, ob es nicht derartige Geschäfte in diesem Institut gegeben hat.

Und im Rahmen dieser Diskussion in der Referatsleiterrunde hat der Kollege das so geschildert, dass ich zu dem Schluss komme: Das ist das, was man jetzt heute als Cum/Ex wohl bezeichnen muss. Ich finde die Begriffsvielfalt in diesem Bereich ziemlich verwirrend - fand ich jedenfalls



4. Untersuchungsausschuss

damals -, aber ich würde aus heutiger Sicht sagen: Damals, zu diesem Zeitpunkt im September 2012, habe ich diesen Tatbestand das erste Mal bewusst vor Augen geführt bekommen. Das waren damals interne Untersuchungen, die kein Ergebnis noch hatten. Das war nur ein Verdacht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und was haben Sie dann mit diesem Verdacht gemacht?

Zeugin Ruth Burkert: Nach der Diskussion in der Referatsleiterrunde haben wir darüber diskutiert, welche Schlussfolgerungen wir für die anderen Banken daraus ziehen. Die interne Untersuchung bei der von mir nicht namentlich erwähnten Bank war ja daraufhin zurückzuführen, dass dort interne Informationen nach oben eskaliert wurden, dass es solche Geschäfte gegeben haben soll. Und die Bank selbst sah darin ein Reputationsrisiko und wollte das proaktiv für sich aufklären.

Und für uns war es naheliegend, dass, wenn auch andere Banken solche Geschäfte in der Vergangenheit betrieben haben sollten, es wohl auch für diese Institute ein Reputationsproblem sein könnte. Deswegen haben wir vereinbart, dass die zuständigen Referatsleiter informell an ihre jeweiligen Institute herantreten und nachfragen: Gibt es bei euch auch entsprechende interne Untersuchungen? Ist das für euch ein Thema? Seht ihr da Handlungsbedarf für interne Untersuchungen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und eine Querverbindung im Sinne eines Informationsaustausches mit Bundesbank, BMF oder Landesfinanzbehörden - hat es das auch gegeben oder weniger, oder ist Ihnen das nicht bekannt?

Zeugin Ruth Burkert: Zum Bundesfinanzministerium hat es insoweit Austausch gegeben, als nach meiner Kenntnis dieser Sachverhalt der internen Ermittlungen bei dem Institut im Rahmen einer üblichen Berichterstattung - mag auch eine Ad-hoc-Berichterstattung gewesen sein; ich weiß es nicht mehr - an das Bundesfinanzministerium berichtet wurde. Das war die reguläre Berichterstattung über, ja, Sachverhalte, von denen wir glauben, dass das Finanzministerium das wissen sollte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Zeugin Ruth Burkert: Für diese eine Bank bin ich mir relativ sicher, dass dieser Bericht rausgegangen ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Dann habe ich mir den ungefähren Überblick, den ich mir erhofft habe, verschafft und darf gleich an den Kollegen Pitterle von den Linken weiterleiten.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Frau Burkert, ich habe einen Vorhalt zu einem *Focus*-Artikel. Der ist aus dem Ordner MAT-A-BaFin-2-1, Ordner 1 von 100, Seite 43. - Wenn das rausgesucht ist, dann kann ich meine Frage stellen; Sie können dann entsprechend reingucken.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Sie waren im Jahr 2013 bereits für die Commerzbank zuständig. Dennoch möchte ich Sie etwas zu einem Artikel vom 14. Juni 2013 aus dem *Focus* fragen. Der Titel ist: „Berlin ignorierte jahrelang Steuertricks der Banken“. Ein Satz des Artikels lautet:

Neben der WestLB sollen die HSH Nordbank und BayernLB an dem Steuerschlupfloch verdient haben.

Innerhalb der BaFin wurde besagter Artikel weitergereicht, wie sich aus dem Mailwechsel, der Ihnen jetzt vorliegt, ergibt. Für diese Banken waren Sie früher zuständig.

Wurden Sie - das ist jetzt die Frage - im Juni 2013 von Ihren Vorgesetzten zu solchen Presseberichten zur HSH Nordbank und zur WestLB befragt?

Zeugin Ruth Burkert: Nein, wurde ich nicht. Ich war damals ja nicht mehr zuständig.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Haben Sie sich Ihrerseits mit Erkenntnissen zu diesen Vorgängen an Ihre Vorgesetzten gewandt?



4. Untersuchungsausschuss

Zeugin Ruth Burkert: Nein.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Auch nicht. - Aber den Artikel haben Sie ja zur Kenntnis genommen, und da kamen Sie nicht irgendwie auf den Gedanken, da müsste man irgendwas nachhaken oder so?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin Ruth Burkert: Ich würde gerne auf diese Frage antworten. Ich fürchte nur, da es um konkrete Institute und Informationen dazu geht, kann ich das nur in nichtöffentlicher Sitzung tun.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Dann müssen wir das verschieben, ja.

Zeugin Ruth Burkert: Ja, gerne.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Dann der zweite Komplex. Ich hatte Herrn Röseler am 7. Juli gefragt, wann man bei der BaFin das erste Mal von den Cum/Ex-Geschäften erfahren hat. Er sagte, der Fall HSH sei einer der ersten gewesen. Man habe 2011 davon erfahren. Können Sie uns den Fall aus Ihrer Sicht noch einmal schildern?

Zeugin Ruth Burkert: Auch was die HSH angeht, würde ich Ihnen gerne antworten, aber das kann ich nicht in öffentlicher Sitzung tun.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Gut, dann muss ich diese Fragen verschieben.

Herr Röseler hat bei seiner Vernehmung am 7. Juli von der Abfrage der BaFin bei den Kreditinstituten bezüglich der Cum/Ex-Geschäfte berichtet. Im Vorfeld dieser Abfrage habe man innerhalb der BaFin selbst nachgeforscht, von wie vielen Banken man wisse, dass sie Cum/Ex-Geschäfte betrieben haben. Diese Aussage deute ich so, dass bei der BaFin Datenbestände zu Cum/Ex-Geschäften vorhanden waren und sind. Ist das richtig?

Zeugin Ruth Burkert: Es kommt darauf an, was Sie unter „Datensätze“ verstehen. Wenn Sie da-

runter Informationen über mögliche Cum/Ex-Geschäfte verstehen, dann würde ich sagen: Ja, die gab es. Darüber kann ich Ihnen gern in der nicht-öffentlichen Sitzung berichten.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Können Sie in der öffentlichen Sitzung sagen, zu wie vielen Banken die BaFin Datenbestände hat, so zahlenmäßig?

Zeugin Ruth Burkert: Nicht seriös. Ich bin nicht für alle diese Institute zuständig gewesen bzw. zuständig.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Aus welchen Gründen hatte die BaFin Datenbestände zu einzelnen Banken und nicht zu allen von ihr beaufsichtigten Banken?

Zeugin Ruth Burkert: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das betrifft mehrere Banken, zu denen ich in aller Regel nichts sagen kann.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Herr Röseler sagte weiterhin, dass man nach der ersten internen Abfrage noch einmal an die Fachaufseher herantreten sei und denen gesagt habe: Forscht ihr noch mal nach. - Wie erklärt sich denn, dass innerhalb der BaFin zweimal nachgeforscht werden muss, ob Informationen zu Cum/Ex-Geschäften von einzelnen Banken vorliegen oder nicht?

Zeugin Ruth Burkert: Ich hatte ja eingangs am Beispiel der internen Untersuchungen einer Bank gesagt, wann diese begonnen haben. Und diese internen Entwicklungen, Untersuchungen entwickeln sich ja weiter. Da gibt es Verdachtsmomente, die sich bestätigen, oder Verdachtsmomente, die sich eben nicht bestätigen. Insofern macht es durchaus Sinn, mehrfach nachzufragen: Wie ist denn der aktuelle Sachstand?

Richard Pitterle (DIE LINKE): Zum Ablauf der Abfrage bei den Kreditinstituten sagte uns Herr Röseler, dass zunächst versucht worden sei, die Banken informell zu befragen. Dies sei daran gescheitert, dass das Personal in den Aufsichtsreferaten der BaFin eine Hilfestellung gebraucht habe, da es sich mit der Materie nicht auskenne. Trifft diese Aussage zu aus Ihrer Sicht?



4. Untersuchungsausschuss

Zeugin Ruth Burkert: Ja, diese Aussage trifft zu. Die traf auch auf mich zu; denn ich hatte immer den Eindruck: Die Begrifflichkeit ist nicht ganz eindeutig: Was ist Cum/Ex genau? Ist es das, was man als Dividendenstripping bezeichnet? Wo ist die Abgrenzung?

Insofern kann ich nur bestätigen: Ich als Fachaufseherin hatte dasselbe Problem. Ich brauchte, um informell an mein Institut heranzutreten, eine klare Frage, die eindeutig war und nicht irgendwie mehrdeutig sein sollte. Und das kann man nur, wenn man die Fachbegriffe wirklich genau trifft. Das war bei uns nicht der Fall.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Wie sind Sie dann intern diesen Problemen begegnet, also dass es da diese Hilfestellung gebraucht hat? Gab es da irgendwelche Schulungen oder irgendwelche Unterweisung?

Zeugin Ruth Burkert: Nein. Diesen Fragebogen haben Kollegen von uns, die sich in das Thema eingearbeitet haben, nach Konsultationen verschiedener Leute im Hause erarbeitet, und wir sind auf der Basis - - oder dieser Fragebogen wurde dann rausgeschickt. Schulungen gab es dazu nicht.

Es gab allerdings im Januar, glaube ich, dieses Jahres einen Besuch vom Finanzamt Frankfurt und auch von Staatsanwälten der Staatsanwaltschaft Frankfurt, die uns ihre Erkenntnisse, wie diese Cum/Ex-Geschäfte genau aus ihrer Sicht abgelaufen sind, in einer mehrstündigen Veranstaltung vorgetragen haben. Das gab es. Das war aber - ich weiß nicht - vor der Abfrage oder nach der Abfrage. Das weiß ich leider nicht mehr.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Kam es für die BaFin im Zuge der Abfrage zu Erkenntnissen über mangelnde Zuverlässigkeit von Geschäftsleitern? Da erwarte ich nicht, dass Sie jetzt Namen nennen, sondern es geht grundsätzlich um die Anzahl. Und wie hat die BaFin dann auf solche Erkenntnisse reagiert?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie müssen wissen oder sich mit Herrn Lange beraten, ob Sie diese Frage in öffentlicher Sitzung beantworten können.

Zeugin Ruth Burkert: Ich denke, das kann ich nicht tun.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Also, mir ging es nicht um die Namen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die Fragezeit ist abgelaufen - das sowieso.

(Heiterkeit)

Die nächste Runde bringt es dann eben. - CDU/CSU ist jetzt dran.

Christian Hirte (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Burkert, ich würde gern noch mal ganz grundsätzlich anfangen, dass wir so ein Verständnis über Ihre Tätigkeit bekommen. Sie haben ja geschildert, was die BaFin grundsätzlich macht, wie sie sich abstimmt, auch mit der Bundesbank, mit der EZB und Ähnlichem. Mich würde noch mal interessieren: Was machen Sie persönlich ganz genau? Was machen Sie selbst? Was lassen Sie von Ihren Mitarbeitern machen? Wie kann ich mir Ihre Tätigkeit konkret vorstellen?

Zeugin Ruth Burkert: Ich leitete bis zur Übernahme der EZB ein Team von damals zwölf Mitarbeitern - Sachbearbeiter und Referenten, teils Juristen, schwerpunktmäßig aber Wirtschaftler -, und diese Kollegen haben gemeinsam mit den Kollegen der Bundesbank die Unterlagen, die wir bekommen haben, diskutiert, ausgewertet und die Schlussfolgerung daraus gezogen. Das heißt, jeder meiner Kollegen war für ein bestimmtes Risiko, eine bestimmte Risikoart zuständig - sei es Solvenz, sei es Liquidität, sei es das, was man neudeutsch als Governance bezeichnet, also persönliche Zuverlässigkeit, fachliche Eignung der Geschäftsleiter, und vor allen Dingen eben auch der Themenbereich der MaRisk, Mindestanforderungen für das Risikomanagement, mit sehr vielen prozessualen Vorgaben an die Banken.



4. Untersuchungsausschuss

Und ich selber bin die Leiterin dieses Referats gewesen und habe die Arbeitsaufträge verteilt und die Arbeitsergebnisse kontrolliert und abgesegnet bzw. dann die entsprechenden Maßnahmen, wenn es Schreiben waren, entweder selber unterschrieben oder gegebenenfalls von der Abteilungsleitung oder von Herrn Röseler unterschreiben lassen.

Christian Hirte (CDU/CSU): Das heißt, Sie haben teamartig Institute, wo jeder nach seinem Fachbereich halt bestimmte Themen abgeprüft hat, untersucht?

Zeugin Ruth Burkert: Genau, so ist es.

Christian Hirte (CDU/CSU): Okay. - Herr Kruschel, der schon bei uns war, hatte ausgesagt, die Aufgabe der BaFin sei es, eine Solvenzaufsicht auszuüben, nicht aber zu prüfen, ob bei Einzelgeschäften Fehler vorliegen; das sei Aufgabe anderer Institute, gerade aber nicht der BaFin. Wurde das bei Ihnen auch so gehandhabt? Sehen Sie das auch so?

Zeugin Ruth Burkert: Ja, da hat Herr Kruschel schon sehr treffend unsere Aufgaben beschrieben. Wir sind Solvenzaufseher, Solvenz-/Liquiditätsaufseher. Und ich denke, was Herr Kruschel sagen wollte, war, dass wir nicht jedes einzelne Geschäft gesehen haben. Das können wir auch gar nicht sehen, bei einer großen Bank sowieso nicht. Stellen Sie sich mal vor: der Handelsbereich einer großen Bank. Das sind so viele Geschäfte, die dort täglich über den Ticker laufen; das ist schon allein volumenmäßig überhaupt nicht möglich. Also, diese Handelsgeschäfte laufen bei uns nicht über den Ticker. Das geht gar nicht, und das ist auch gar nicht der Ansatz des KWG. Der Ansatz des KWG ist eben eine Überwachung nach Risikoarten.

Christian Hirte (CDU/CSU): Welche anderen Institutionen sehen Sie denn in der Pflicht, um mögliche Verstöße zu kontrollieren und wahrzunehmen?

Zeugin Ruth Burkert: Wenn wir hier beim Untersuchungsthema sind, ganz klar: Steuerrechtliche Vergehen müssen die Finanzämter aufklären, im

Falle von Straftaten, Steuerstraftaten die Staatsanwaltschaften. Das ist ein wichtiges Beispiel.

Oder sehen Sie zum Beispiel irgendwelche Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz - das beaufsichtigt auch nicht die BaFin - oder Arbeitsschutz, was immer Sie möchten. Die BaFin hat einen sehr klar abgegrenzten Aufgabenbereich, und die BaFin beaufsichtigt nicht etwa jeden denkbaren Bereich, einen Handlungsbereich einer Bank. Das ist einfach von der Gesetzgebung so nicht vorgesehen.

Kartellrecht zum Beispiel ist auch nichts, was wir zu prüfen haben, sondern dafür ist das Bundeskartellamt selbstverständlich zuständig. Da haben wir auch schon einige Fälle gesehen, die dort verhandelt wurden.

Christian Hirte (CDU/CSU): Auf der Homepage Ihres Instituts findet man Ausführungen, wonach die Hauptziele der Bankenaufsicht darin bestünden, Missständen im Kreditwesen entgegenzuwirken, Sicherheit der den Instituten anvertrauten Vermögenswerte nicht zu gefährden, ordnungsgemäße Durchführung von Bankgeschäften, also zu gucken und entgegenzuwirken - - dass ordnungsgemäße Durchführungen von Bankgeschäften nicht beeinträchtigt werden, und zu schauen, ob erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft nach sich gezogen werden können.

Ist es so, dass die Hauptaufgabe gar nicht nur die Insolvenzvermeidung im Einzelfall ist, sondern die Hauptaufgabe eher quasi die Gewährleistung eines effizienten und stabilen Banksystems insgesamt ist?

Zeugin Ruth Burkert: Genau. Insolvenzvermeidung ist nicht immer das Ziel. Manchmal kann es nicht anders sein als eine Insolvenz. Das kann man nicht immer verhindern. Aber Aufgabe der BaFin ist es, diese Insolvenz natürlich, wenn es irgendwie geht, zu vermeiden.

Auf der anderen Seite: Wenn es nicht zu vermeiden ist - und das kann man nicht immer vermeiden; sehen Sie zum Beispiel den Fall Lehman, der uns in die Finanzkrise geführt hat -, dann muss die BaFin darauf achten, dass die Insolvenz



4. Untersuchungsausschuss

eines Marktteilnehmers nicht zu Verwerfungen am Gesamtmarkt führt.

Christian Hirte (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie ja schon für die Überprüfung, Untersuchung problematischer Fälle zum Beispiel auf die Finanzämter verwiesen. Nehmen Sie denn eigene steuerliche Bewertungen vor, wenn Sie die Banken beaufsichtigen, oder greifen Sie dann nur zurück auf das, was zum Beispiel Betriebsprüfer ermitteln?

Zeugin Ruth Burkert: Die Bewertung steuerlicher Fragen ist schlechterdings nicht in unserem Aufgabenbereich - wir haben auch nicht das Know-how dafür; wie können wir das auch haben? das wäre reiner Zufall -, sondern wir würden das natürlich alleine in der Beurteilung der entsprechenden zuständigen Steuerbehörden sehen. Wenn dort Erkenntnisse zutage gefördert werden, die ein strafbares Verhalten beispielsweise eines Vorstands mit sich brächten, dann würden wir das natürlich sehr gern wissen wollen. Das müssen wir auch wissen; denn das hätte gegebenenfalls Konsequenzen für die Einschätzung der persönlichen Zuverlässigkeit oder vielleicht auch fachlichen Eignung eines Vorstands, und da sind wir sehr daran interessiert. Aber diese Erkenntnisse über mögliche Verstöße oder Unregelmäßigkeiten, die müssen uns von den zuständigen Behörden angetragen werden; da müssen wir informiert werden.

Christian Hirte (CDU/CSU): Das heißt, Sie sind auf die Informationen der Steuerbehörden angewiesen?

Zeugin Ruth Burkert: Ja, sicher.

Christian Hirte (CDU/CSU): Können Sie vielleicht kurz darstellen, wie konkret Sie mit diesen zum Beispiel zusammenarbeiten, um Straftaten, aber auch steuerjuristisch problematische Gestaltungen - Stichpunkt „Cum/Ex“ - abzustimmen?

Zeugin Ruth Burkert: Also, da muss ich auch wieder unterscheiden zwischen einer Zeit davor und danach. Hier ist das entscheidende Datum der November 2015, wo eine ganz zentrale Vorschrift des Kreditwesengesetzes, nämlich der § 9,

geändert wurde. Vor diesem Zeitpunkt gab es keinen Informationsaustausch zwischen der BaFin und Steuerbehörden, durfte es nicht geben. Die BaFin war gesetzlich privilegiert. Das hat der Gesetzgeber damals in den 60er-Jahren so entschieden. Wir mussten keine Amtshilfe gegenüber den Finanzämtern leisten, und wir waren auch nicht anzeigepflichtig, was steuerrechtliche Sachverhalte angeht. Und dann hat der Gesetzgeber im November 2015 diesen Paragraphen geändert und diese Privilegierung abgeschafft. Und seither gibt es und kann es erst diesen Informationsaustausch geben. Und wie ich Ihnen - -

Christian Hirte (CDU/CSU): Aber andersrum durfte der ja immer stattfinden.

Zeugin Ruth Burkert: Bitte?

Christian Hirte (CDU/CSU): Andersrum durfte und sollte der ja immer stattfinden.

Zeugin Ruth Burkert: Andersrum durfte und sollte der immer stattfinden, natürlich, aber nicht von uns in Richtung Finanzbehörden.

Und was ich eingangs gesagt habe: Dieser Besuch von Steuerstaatsanwälten aus Frankfurt und Mitarbeitern des Finanzamtes Frankfurt im Januar war dann jetzt für mich wahrnehmbar der erste Schritt in Richtung verbesserter Zusammenarbeit.

Wobei ich an dieser Stelle jetzt sagen muss: Ich arbeite ja, wie ich Ihnen gesagt habe, in einem sogenannten gemeinsamen Aufsichtsteam mit der EZB, und für die gemeinsamen Aufsichtsteams, für die Mitarbeiter der BaFin in den gemeinsamen Aufsichtsteams, gilt diese Neufassung des § 9 Absatz 5 nicht. Also, die EZB-Sphäre ist ausgenommen, aber alle anderen BaFin-Mitarbeiter sind eben in diesem neuen Paragraphen verpflichtet, irgendwelche Sachverhalte, die ihnen steuerrechtlich auffallen, an die Finanzbehörden weiterzugeben. Das ist die Neuerung.

Christian Hirte (CDU/CSU): Meine Frage zielt eigentlich eher in die andere Richtung: Wie schnell bekommen Sie denn als Bankenaufsicht Hinweise von den Steuerbehörden, dass es problematische Sachverhalte gibt, die möglicherweise



4. Untersuchungsausschuss

auch zu einem erheblichen Thema für Sie als Bankenaufsicht werden können?

Zeugin Ruth Burkert: Also, ich muss jetzt sehr scharf nachdenken. Ich habe jetzt für meine Institute noch nie irgendeinen Hinweis bekommen. Ich weiß, dass in meiner Abteilung mal so ein Hinweis einging - eine andere Bank betreffend -, aber ich selber habe solche Hinweise noch nie bekommen, und sehr oft ist das bestimmt nicht passiert.

Christian Hirte (CDU/CSU): Jetzt muss ich mal fragen - da stehe ich nicht tief genug im Saft -: Gab es in den letzten Jahren weitere aus Steuerproblematiken resultierende massive Probleme in Bilanzen von Banken, die für Sie als Aufsicht relevant gewesen wären?

Zeugin Ruth Burkert: Ich kann mich nicht daran --

(Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich Deutsche Bank!)

Darf ich noch mal die Frage hören?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Beantworten Sie bitte die Frage des Herrn Hirte.

Christian Hirte (CDU/CSU): Die Frage war: Gab es in den letzten Jahren weitere Themen für Sie als Bankenaufsicht, die aus steuerrechtlichen Problemen heraus relevant wurden, also zum Beispiel weil das Finanzamt im Streit mit der Bank plötzlich zu einer völligen Neubewertung auch von Rückstellungsfragen und Ähnlichem kam und das ein Thema auch für die Bankenaufsicht, für die Solvenz wurde?

Zeugin Ruth Burkert: Also, bei meinen Banken war das nicht der Fall. Es tut mir leid.

Christian Hirte (CDU/CSU): Und in Ihrem Haus?

Zeugin Ruth Burkert: Bitte?

Christian Hirte (CDU/CSU): Und in Ihrem Haus? Das haben Sie nicht im Blick?

Zeugin Ruth Burkert: Nein.

Christian Hirte (CDU/CSU): Gibt es --

Zeugin Ruth Burkert: Darf ich noch mal die Frage hören? Ich glaube, ich weiß jetzt, worauf Sie hinauswollen.

Christian Hirte (CDU/CSU): Ja, wir haben ja die Situation --

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und wenn Sie bei der Beantwortung - bedenken Sie das auch, und besprechen Sie sich gegebenenfalls mit Ihrem Rechtsbeistand - Angst haben, -

Christian Hirte (CDU/CSU): Nein, ich frage es ganz abstrakt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - zu konkret werden zu müssen -- Sie wissen, wir müssen sowieso noch in die nichtöffentliche Sitzung rein.

Zeugin Ruth Burkert: Ich glaube, das wäre mein Vorschlag. Ich würde ganz gern -

Christian Hirte (CDU/CSU): Also, ich frage es auch noch mal.

Zeugin Ruth Burkert: - Sie bitten, dass Sie diese Frage noch mal in der nichtöffentlichen Sitzung stellen.

Christian Hirte (CDU/CSU): Ich frage es aber noch mal ganz abstrakt; dann können wir im Zweifel nachher noch konkret nachfassen.

Zeugin Ruth Burkert: Genau.

Christian Hirte (CDU/CSU): Vielleicht gibt es auch noch andere, die es interessiert. Wir hatten ja bei Cum/Ex die Situation, dass aus einem, nennen wir es mal, steuerlichen Fehlverhalten erhebliche Probleme innerhalb von Bilanzen von Banken eingetreten sind, die dazu führten, dass es ein Thema für Sie als Bankenaufsicht wurde.



4. Untersuchungsausschuss

Zeugin Ruth Burkert: Ja, richtig. Ja, ich glaube, ich weiß jetzt, worauf Sie hinauswollen.

Christian Hirte (CDU/CSU): Gab es Fälle in der Vergangenheit, wo aus steuerlichen Streitsituationen - Auseinandersetzungen mit dem Finanzamt, unterschiedliche Bewertung - nachträgliche Korrekturen vorgenommen werden mussten an Bilanzen oder Risiken, wo Sie sagen: „Da sind doch steuerlich Themen aufgelaufen, die bankenaufsichtlich relevant wurden“?

Zeugin Ruth Burkert: Ja, ich glaube, ich verstehe jetzt Ihre Frage besser. Entschuldigen Sie bitte.

Also, ich glaube, ich kann das in öffentlicher Sitzung sagen. Maple war so ein Fall. So habe ich ihn jedenfalls verstanden. War nicht in meiner Abteilung damals, als es passiert ist, aber ich denke - -

Christian Hirte (CDU/CSU): Aber Maple war ja Cum/Ex. Also, meine Frage war ja - -

Zeugin Ruth Burkert: Außerhalb, okay.

Christian Hirte (CDU/CSU): Außerhalb Cum/Ex. Also, dass es andere Banken gab, die mit Cum/Ex bei Ihnen aufgelaufen sind, das ist mir schon klar.

Zeugin Ruth Burkert: Ich glaube, Sie sollten die Frage noch mal in der nichtöffentlichen Sitzung stellen.

Christian Hirte (CDU/CSU): Okay, gut. - Gibt es eigentlich ein elektronisch gestütztes Risikomanagement, wo irgendwie Daten im Haus erfasst werden?

Zeugin Ruth Burkert: Es gibt ein bankaufsichtliches Informationssystem namens BAKIS bei uns, an das auch die Bundesbank angeschlossen ist. Da sind die wichtigsten Jahresabschlussdaten, Kennzahlen drin. Das gibt es, ja.

Christian Hirte (CDU/CSU): Gibt es die Möglichkeit, aus diesen elektronischen Daten Auffälligkeiten bei Banken zu extrahieren, was man zum

Anlass nehmen könnte, um noch mal genauer zu gucken?

Zeugin Ruth Burkert: Das kann man bestimmt machen. Sie meinen, zum Beispiel irgendwelche Ertragssprünge im Handelsgeschäft? Ja, das kann man. Das kann man.

Christian Hirte (CDU/CSU): Wird das auch gemacht?

Zeugin Ruth Burkert: Das wird auch gemacht, ja.

Christian Hirte (CDU/CSU): Gibt es weitere Indizien oder Risikomarker außer zum Beispiel solchen Sprüngen im Handelsgeschäft, was infrage käme, sich anzuschauen?

Zeugin Ruth Burkert: Ja, zum Beispiel erhöhte Rückstellungen für Kreditrisiken. Das ist zum Beispiel Kernthema aller Bankaufseher. Wenn man eine Bank hat mit sehr viel Kreditgeschäft und die Rückstellungen steigen plötzlich, dann fragt man sich: Warum sind die Risiken jetzt plötzlich so groß? Was ist der Treiber? - Das ist ein Beispiel.

Christian Hirte (CDU/CSU): Wenn man sich das fragt, dann führt das auch dazu, dass Sie konkret nachhaken bei der Bank?

Zeugin Ruth Burkert: Natürlich.

Christian Hirte (CDU/CSU): Also, Sie gucken dann in die Risiken auch rein und versuchen, zu eruieren?

Zeugin Ruth Burkert: Ja.

Christian Hirte (CDU/CSU): Aha, okay. Wer übernimmt denn BaFin-intern die Federführung, wenn Fallgestaltungen für mehrere Zuständigkeitsbereiche von Interesse sind, also zum Beispiel im Bereich Banken und Investment?

Zeugin Ruth Burkert: Für Banken *und* Investment?

Christian Hirte (CDU/CSU): Das sind ja zwei unterschiedliche Abteilungen bei Ihnen.



4. Untersuchungsausschuss

Zeugin Ruth Burkert: Ja, richtig. Bankenzuständigkeit ist die Abteilung BA, und Investmentfonds - wenn Sie von Investmentfonds reden -, dann ist es die Abteilung WA. Da ist das gemeinsame Gremium das Direktorium der BaFin.

Christian Hirte (CDU/CSU): Ah, okay.

Zeugin Ruth Burkert: Aber selbstverständlich wird erwartet, dass man bereichsübergreifend zusammenarbeitet - wenn das Ihre Frage ist. Aber wenn es um gemeinsame Themen geht, wo man auch eine gemeinsame Positionierung braucht, dann wird das über das Direktorium gemacht, ja.

Christian Hirte (CDU/CSU): Im Jahr 2006 ist ja das Jahressteuergesetz 2007 beraten worden, mit dem Thema Cum/Ex auch. Vielleicht haben Sie es schon mal beantwortet und mir ist es durch die Lappen gegangen: Waren Sie selbst irgendwie in einer Art und Weise darin eingebunden?

Zeugin Ruth Burkert: In dieses Jahressteuergesetz?

Christian Hirte (CDU/CSU): Ja, dass irgendwie thematisch das bei Ihnen aufgelaufen ist?

Zeugin Ruth Burkert: Nein, nein.

Christian Hirte (CDU/CSU): Und beim Thema OGAW IV? War das irgendwie ein Thema in Ihrem Haus, auch konkret für Sie?

Zeugin Ruth Burkert: Nein.

Christian Hirte (CDU/CSU): Auch nicht.

Zeugin Ruth Burkert: Für uns oder für mich als Bankaufseherin sind die CRD IV, CRR die maßgeblichen EU-rechtlichen Richtlinien. OGAW - nein.

Christian Hirte (CDU/CSU): Das andere wäre dann für den nichtöffentlichen Teil. - Vielen Dank.

Zeugin Ruth Burkert: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich und leite über zu Herrn Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich würde gerne auf die Sonderprüfung bei der WestLB im Jahr 2007 eingehen. Das ist presseöffentlich, dass es die gab. Und mich interessiert als Erstes, wie es zu der kam, also wo sozusagen der erste Hinweis herkam, dass es da ein Dividendenstripping-Thema bei der WestLB gab. Ist das etwas, was über eine Aufsichtstätigkeit oder über Journalisten oder über das BMF oder von einem Whistleblower kam?

Zeugin Ruth Burkert: Diese Frage würde ich Ihnen sehr gerne in nichtöffentlicher Sitzung beantworten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum können Sie die nicht öffentlich beantworten? Das ist kein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis.

Zeugin Ruth Burkert: Das würde ich doch so sehen. Wo die ersten Informationen herkommen, warum wir wann was gemacht haben und wie es geendet hat, das würde ich lieber gerne in nichtöffentlicher Sitzung sehr intensiv erläutern.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei diesen Dividendenstripping-Fällen - - Ich habe das jetzt bei uns sozusagen in den Cum/Ex-Ordnern gefunden. Ist es da richtig - nach Ihrem jetzigen Verständnis, wie wir Cum/Ex verstehen -, oder ist es falsch zugeordnet, weil es eigentlich Cum/Cum betrifft?

Zeugin Ruth Burkert: Auch das ist eine Frage, die ich Ihnen sehr gerne beantworte, aber, ich glaube, da müssen wir in die nichtöffentliche Sitzung gehen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - An dieser Umfrage - - Nein, ich gehe zeitlich chronologisch, Entschuldigung.

2012 hatten Sie berichtet: Referatsleiterrunde, wo man sich da gesagt hat: Man muss jetzt mal an



4. Untersuchungsausschuss

die Banken herantreten. Damals ist aber noch keine formale Abfrage gemacht worden, sondern nur informell.

Zeugin Ruth Burkert: Das ist richtig. Der Grund, warum keine formale Abfrage erfolgte, war, dass diese interne Untersuchung bei der betreffenden Bank auch in der Bank höchster Geheimhaltung unterlag. Bestimmte Kreise sollten von dieser Untersuchung nichts mitbekommen, und das konnten wir nur dadurch sicherstellen, dass wir nicht irgendwie offiziell an andere Banken herantreten sind, sondern unsere Frage an andere Banken „Macht ihr da was?“ neutral verpackt haben. Das war der Hintergrund.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeugin Ruth Burkert: Die Community redet untereinander, und wir wollten nicht in irgendeiner Weise in diese internen Untersuchungen der betreffenden Bank eingreifen, sie irgendwie offenbaren zu einem ungeeigneten Zeitpunkt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben diese informellen Anfragen - wenn Sie das vergleichen mit dem, was Sie heute wissen - eigentlich zu einem sinnvollen Ergebnis geführt?

Zeugin Ruth Burkert: Das würde ich sagen, ja. Das würde ich sagen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie würden sagen: „2012 hatte die BaFin ein realistisches Bild über Größenordnungen und welche Banken betroffen waren bei Cum/Ex“?

Zeugin Ruth Burkert: Das würde ich nicht sagen. 2012 haben wir die betreffenden Banken sensibilisiert, dass es offensichtlich Banken gibt, die für sich da ein Reputationsthema sehen, und diese Botschaft ist platziert worden. Wir haben da einen Punkt gemacht bei den Banken, und die Banken haben unterschiedlich geantwortet. Und die folgenden Entwicklungen konnten wir da noch nicht antizipieren. Ich würde nicht sagen, dass

wir im September 2012 ein vollständiges Bild hatten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, eigentlich haben Sie mehr die Banken informiert, als dass Sie Informationen zu dem Zeitpunkt schon von den Banken erhalten haben?

Zeugin Ruth Burkert: Also, wir haben - diesen Punkt möchte ich machen - bei den Banken sensibilisiert: -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das meinte ich mit „informiert“. Ja, d'accord.

Zeugin Ruth Burkert: - Überlegt euch das. Habt ihr da ein Thema?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Bei dieser Abfrage, die dann Anfang 2016 erfolgt ist: Waren Sie an der Formulierung derselben irgendwie beteiligt?

Zeugin Ruth Burkert: Die Abfrage?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Ruth Burkert: Nein, war ich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Im Moment keine weitere Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich und darf zu Andreas Schwarz, SPD, überleiten.

Andreas Schwarz (SPD): Recht herzlichen Dank. - Ich habe eine Frage zur Maple Bank, die ja gezeigt hat, dass steuerliche Risiken sicherlich auch bankaufsichtsrechtlich relevant werden können. War Ihnen bekannt, dass vor allen Dingen auch die steuerlichen Berater das Geschäftsmodell der Cum/Ex-Geschäfte institutsübergreifend mit Gutachten forcierten?

Zeugin Ruth Burkert: Nein.



4. Untersuchungsausschuss

Andreas Schwarz (SPD): Wenn Sie es wüssten - heute weiß man es ja -, hätte das Konsequenzen in der Zusammenarbeit mit diesen Beratungsinstituten?

Zeugin Ruth Burkert: Ich würde sagen: Solange ich als Aufsicht nicht sicher sein kann, dass dieses Verhalten, diese steuerlichen Gestaltungsthemata rechtswidrig sind - und das ist ja bis heute, wenn ich es richtig sehe, auch noch nicht final geklärt - -

Andreas Schwarz (SPD): Cum/Ex ist rechtswidrig, eindeutig.

Zeugin Ruth Burkert: Gibt es dazu schon ein höchstricht- -

Andreas Schwarz (SPD): Da gibt es sogar schon Urteile.

Zeugin Ruth Burkert: Ich kenne es nicht; es tut mir leid. Das mag an mir liegen, aber ich kenne es nicht. - Handlungsmaßstab einer Bankenaufsicht kann das sein, was klar rechtswidrig oder rechtmäßig ist.

Andreas Schwarz (SPD): Aber dazu müssten Sie es ja verstehen, und scheinbar versteht Ihr Haus die Geschäfte nicht, weil die Expertise fehlt. Das ist jetzt kein Vorwurf an Sie. Aber wie wollen Sie eine Bank auf Solvenz und Liquidität prüfen, wenn Sie das Geschäft der Bank und die Geschäfte dieser Bank gar nicht verstehen?

Zeugin Ruth Burkert: Da unterstellen Sie, dass eine Bank nur diese Geschäfte tätigt. Eine Bank, eine Universalbank - und davon haben wir fast nur in Deutschland - betreibt viele Geschäfte. Und ein Bereich, ein Handelsbereich einer Großbank macht - - nicht zu verstehen unter steuerlichem Gesichtspunkt, heißt nicht, führt nicht dazu, dass ich diese Bank nicht wirksam überwachen kann. Das würde ich ganz klar in Abrede stellen. Und ich lasse mich gerne - -

Andreas Schwarz (SPD): Also bei Maple hat es dann scheinbar nicht funktioniert, weil die sind ja aufgrund Cum/Ex -

Zeugin Ruth Burkert: Richtig.

Andreas Schwarz (SPD): - in die Insolvenz gegangen. Und Ihre Aufgabe ist ja, im Prinzip genau das zu verhindern, dass eine Bank in Schieflage kommt. Aber da Sie das Modell nicht verstehen, passieren die Unglücke. Scheinbar hat man jetzt das, was in Amerika passiert ist mit der Deutschen Bank, auch nicht verstanden oder versteht es nicht ganz, die Strafzahlungen. Aber das prüfen ja nicht Sie; das ist schon klar.

Zeugin Ruth Burkert: Ich glaube, das betrifft nicht mein Aufgabengebiet, und ich glaube, eine Aussage, die ich hierzu treffe, kann nicht korrekt sein.

Andreas Schwarz (SPD): Gut. - Jetzt kommen wir noch mal zu den Beratern zurück. Sie sagen: Es gab jetzt erstmals Gespräche mit Finanzverwaltungen, wo dann Fachleute kommen -

Zeugin Ruth Burkert: Genau.

Andreas Schwarz (SPD): - und uns erklären, wie die Geschäfte laufen - - oder können. - Wäre es nicht sinnvoller, dass Sie zuallererst mal mit den Beratern reden, die die Geschäfte entwickeln, und da auch mal einen regen Austausch suchen, was die da so am Markt vorhaben und was da alles so an Planung ist? Die werden ja auch von Ihnen mit Aufträgen, mit Gutachten teilweise ausgestattet. Die können Ihnen ja mal sagen, was da am Markt läuft, oder wäre diese Idee fatal?

Zeugin Ruth Burkert: Das wäre ein übergeordneter Ansatz, den Herr Röseler sicherlich sich vornehmen kann. Die Frage ist: Sind die Berater dazu bereit, und sind es dieselben Leute, die wir mandatieren? Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben ja Beratungsteile und Wirtschaftsprüfungsteile. Es wäre sicherlich sinnvoll und hilfreich, aber das geht über meine Kompetenzen, das hier zu kommentieren.

Andreas Schwarz (SPD): Gut, aber die breite Öffentlichkeit wird - und die sind jetzt auch die Geschädigten in dem Verfahren - es jetzt nicht ganz so differenzieren, dass man sagt: Da gibt es an



4. Untersuchungsausschuss

und für sich nur vier große Kanzleien. Die beraten Staaten: Ihr müsst schauen, dass ihr Steuersubstrat erhaltet. - Die beraten Banken, wie man Geld verdient - scheinbar auch so, dass man hier teilweise kriminelle Praktiken an den Tag legt. Dieselben Institute schreiben Gutachten dazu, versuchen, dann auch Rechtsmeinungen zu ändern. Und dieselben Institute attestieren diesen Banken auch die Bilanzen, die Sie prüfen. - Sehen Sie da nicht einen Interessenkonflikt dieser Institute?

Zeugin Ruth Burkert: Ich verstehe Ihren Punkt. Wir haben nur in Deutschland die Situation - nicht nur in Deutschland übrigens; das ist weltweit ein Problem -, dass es nur noch sehr wenige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gibt generell und wir demzufolge kaum die Möglichkeit haben, hier, wenn Sie so wollen, wirklich einen völlig unabhängigen Wirtschaftsprüfer zu mandattieren, der in keinem anderen Bereich irgendwelche Beratungsleistungen anbietet. Das ist schon ein Problem.

Aber wenn Sie gerade Kanzleien ansprechen: Das ist nicht die Klientel, die wir mandattieren. Wir mandattieren, wenn wir zum Beispiel Sonderprüfungen beauftragen - da werden wir im nichtöffentlichen Teil ja noch drauf zu sprechen kommen -, eben nicht Großkanzleien, sondern Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Das ist ein Unterschied.

Und zum Thema Wirtschaftsprüfungsgesellschaften kann ich nur noch mal sagen: Da haben wir ganz sicher eine eingeschränkte Auswahl, wenn Sie so wollen, weil es eben nur noch ein paar wenige Große gibt.

Andreas Schwarz (SPD): Aber macht es dann Sinn, wenn man das weiß und wenn man auch die Verwobenheit im System kennt, mit denen überhaupt dann noch zu reden? Weil was sollen die Ihnen sagen? Die haben ja vorher den, den Sie prüfen, schon beraten. Was erwarten Sie, was die Ihnen dann mitteilen? Und wenn es dann nur noch ein paar am Markt gibt, dann werden sich die paar auch nicht gegenseitig wehtun.

Zeugin Ruth Burkert: Ich verstehe Ihren Punkt völlig. Die Frage ist: Was ist die Alternative? Die Alternative kann sein - das, was wir in einigen Bereichen in der BaFin ja jetzt auch ansetzen -, dass man eigene Prüfungskompetenzen aufbaut. Das ist bestimmt ein ganz wichtiger Punkt.

Und was Sie auch an dieser Stelle berücksichtigen müssen, ist, dass wir unsere Sonderprüfungen ja nicht ganz wesentlich über Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchführen lassen. Eine Forensikprüfung muss ich durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchführen lassen, aber Prozessprüfungen, MaRisk-Prüfungen hat für uns sehr weitgehend die Deutsche Bundesbank gemacht. Und über diese Prüfungsarbeit der Deutschen Bundesbank haben wir sehr wohl in den originär bankaufsichtlichen Bereichen eine unabhängige Prüfermeinung gehabt.

Ich gebe Ihnen recht, was den Jahresabschlussprüfer anbelangt. Da haben wir nur noch sehr wenige, die zur Verfügung stehen. Aber über Sonderprüfungen an die Deutsche Bundesbank oder vielleicht auch mal an eine kleinere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, was wir in einigen Bereichen ja auch tun, hat man in dem möglichen Umfang, den wir zur Verfügung stehen haben, eben doch noch eine gewisse Korrektur.

Andreas Schwarz (SPD): Gut. - Dann eine andere Frage, und zwar: Der Markt ändert sich ja. Für die Banken ist ja auch manches nicht einfach in der Welt.

(Zuruf)

- Ja, ich entwickle auch mal Verständnis; so ist es nicht. - Aber die Steuergestaltung scheint ja bei den Geschäftsmodellen immer mehr an Rolle zu gewinnen. Das heißt, der Weg, den Sie da gerade gehen wollen, dass man auch mehr Kompetenz in Steuerfragen sich aneignet, der ist absolut notwendig. Oder schätzen Sie das anders ein in Ihrem Haus?

Zeugin Ruth Burkert: Also, da kann ich nur noch mal darauf zurückkommen, was ich eingangs sagte: Die BaFin ist auch weiterhin nicht für steuerrechtliche Fragen kompetent. Insofern weiß ich



4. Untersuchungsausschuss

nicht, was der Aufbau steuerrechtlicher Expertise in diesem Zusammenhang bringen soll.

Ich glaube eher, dass der verbesserte Austausch zwischen der BaFin und den Steuerbehörden etwas bringen kann. Ist meine persönliche Meinung, die ich ausdrücklich als persönliche Meinung hier deklariere. Aber eigene Steuerkompetenz kann ja den Umstand, dass wir für Steuerrecht gar nicht zuständig sind, nicht heilen.

Andreas Schwarz (SPD): Richtig. Aber Sie sind eine Behörde, die dem BMF angegliedert ist, und im BMF sitzt ja Expertise.

(Richard Pitterle (DIE LINKE): Na ja!)

Und wir haben gehört, dass also bis zu diesem Aufploppen Cum/Ex und dieses Untersuchungsausschusses, ich sage mal, der Kommunikationsaustausch zwischen BaFin und BMF noch viel Luft nach oben gehabt hätte und dass man jetzt daran arbeitet. Das wäre zum Beispiel ein Ansatz, dass man mal da Expertise holt.

Und wir haben in der letzten Runde gehört, Betriebsprüfer hätten auch Interesse; die können Ihnen auch einiges erzählen. Haben sie jetzt schon angefangen. Das müsste man auch intensivieren. Schätzen Sie es genauso ein? Die sind ja draußen; die könnten Ihnen ja wesentlich mehr erzählen, was da abgeht.

Zeugin Ruth Burkert: Auch da kann ich sagen: Ich bin ja in meiner Funktion als frühere Referatsleiterin, die allein zuständig war für die Banken, hier geladen. In meiner jetzigen Kompetenz als Mitarbeiterin eines gemeinsamen Aufsichtsteams in der EZB übersteigt das einfach meine Kompetenzen, wenn ich hier jetzt einen Kommentar abgebe. Das müssen Sie verstehen. Ich glaube, das wären Fragen gewesen - das haben Sie wahrscheinlich auch getan -, die Sie Herrn Röseler hätten stellen sollen.

Andreas Schwarz (SPD): Sie geben gerade das Stichwort. Da wollte ich jetzt mal gerade zitieren - sehen Sie, ohne Absprache ein schönes

Drehbuch hier -, und zwar: Gegenüber dem Ausschuss betonte Herr Röseler aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen, dass die Informationen, über die die BaFin verfügt, von anderen Behörden nicht zwingend benötigt, sondern deren Erkenntnisse lediglich bestätigt würden; daher seien sie niemals Anlass für neue Prüfungen oder Ermittlungen gewesen. Gilt dies Ihrer Einschätzung nach nur für die früheren Cum/Ex-Geschäfte, die derzeit aufgeklärt werden, oder auch für die künftige Behördenzusammenarbeit?

Zeugin Ruth Burkert: Ich kenne dieses Zitat von Herrn Röseler nicht. Können Sie mir das noch mal - -

Andreas Schwarz (SPD): Das hat er hier im Ausschuss - -

Zeugin Ruth Burkert: Können Sie mir das bitte vorlesen noch mal?

Andreas Schwarz (SPD): Ja, können wir.

Zeugin Ruth Burkert: Ich weiß nicht, in welchem Kontext er das gesagt hat.

Andreas Schwarz (SPD): Das ist grau hinterlegt, die Textpassage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Enthält der Textteil auch die an Herrn Röseler gestellte Frage?

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Ruth Burkert: Ja, ich lese jetzt. Okay. - Es geht darum:

Wenn wir von den zuständigen Behörden Hinweise bekamen, dass Personen ... steuerrechtliche Vorschriften verletzt haben, dann ist das natürlich auch ein Thema von „fit and proper“ ...

Jawohl.

Das ist auch ein Thema für uns.



4. Untersuchungsausschuss

Genau.

Es ist auch nicht so, dass wir der Flaschenhals waren,

- richtig -

dass wir umgekehrt Informationen gehabt hätten, die die Staatsanwaltschaften oder Steuerbehörden ... dringend gebraucht hätten. Wir waren vielmehr darauf angewiesen, dass die uns Informationen geben.

Ja.

Andreas Schwarz (SPD): Ja.

Zeugin Ruth Burkert: Ja, das ist korrekt so.

Selten haben wir nur Informationen in unseren Akten, die die Behörden erst auf eine neue Spur bringen können.

Das kann sich nur auf die Zeit vor November 2015 bezogen haben, -

Andreas Schwarz (SPD): Ja, richtig.

Zeugin Ruth Burkert: - weil jetzt der Informationsaustausch ja möglich ist.

Andreas Schwarz (SPD): Gut. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Dann danke ich und darf zum Kollegen Pitterle überleiten, Die Linke.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ja, ich habe nur noch wenige Fragen in der öffentlichen Sitzung. - Ich möchte Ihnen vorhalten das Protokoll der Abteilungsleiterrunde. Das ist MAT-A-BaFin-4, erster Ordner von zwei - - nein, 4-1, Ordner 2 von 3, Seite 150. Es gab eine Abteilungsleiterrunde am 15.12.2015. Dort heißt es:

Der bevorstehende UA CumEx wurde hinsichtlich verschiedener

Aspekte diskutiert (Mehr Guidance für Kontakt mit Banken; keine Einzelgeschäftsaufsicht durch BaFin; Umfrage ohne EZB möglich oder nicht?; CumEx vs. CumCum).

Könnten Sie uns diese Diskussion, die da am 15.12.2015 lief, erläutern?

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Ruth Burkert: So, ich darf noch mal gerade diese Passage - -

(Die Zeugin liest in den Unterlagen)

Ich gebe zu, dass meine Erinnerung an diese Abteilungsleiterrunde nicht mehr sehr gut ist. Ich weiß aber noch, dass wir den Klammerzusatz „Mehr Guidance für Kontakt mit Banken“ - - Das betraf das Thema, was ich Ihnen eingangs schon erläutert habe. Angesichts der Begriffsvielfalt in diesem steuerrechtlichen Thema wollten wir Referatsleiter gerne genau wissen: Welche Begriffe sind jetzt die richtigen?

Der Umstand, dass hier noch die Umfrage genannt wird - - Da muss wohl die Umfrage, die danach rausgegangen ist, gemeint sein. Da wurde die Frage diskutiert: Können wir eigentlich zu Zeiten des Single Supervisory Mechanism, also der Zuständigkeit der EZB, noch quasi ohne die EZB alle Banken anschreiben, oder können wir das nicht? Das ist eine rechtliche Frage in der Abgrenzung zur Europäischen Zentralbank. - Das waren die Fragen.

Und Cum/Ex versus Cum/Cum, da war die Frage: Ist eigentlich Cum/Cum von diesem Untersuchungsausschuss mit umfasst oder nicht? - Wir glaubten, nicht. Zumindest war es das, was wir damals gedacht haben.

Also, das sind die Gedanken, die ich jetzt heute in der Retrospektive zu diesem Thema noch habe. Aber detailliertere Erinnerungen habe ich an diese Abteilungsleiterrunde nicht.



4. Untersuchungsausschuss

Richard Pitterle (DIE LINKE): Und warum war das wichtig, ob Cum/Cum mit umfasst ist oder nicht?

Zeugin Ruth Burkert: Das ist einfach eine Frage: Welche Geschäfte sind überhaupt Thema im Untersuchungsausschuss? Ich finde schon, dass man klar abgrenzen muss: „Welche Geschäfte schaut man sich an?“, genauso wie wir in unserer Anfrage an die Institute klar abgrenzen mussten: Welche Geschäfte frage ich denn jetzt? - Denn sonst kommt ein Ergebnis heraus, das ich überhaupt nicht vergleichen und auch nicht einwerten kann.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Und wurden in dieser Runde oder in einer anderen Runde rechtliche Einschätzungen zu diesen Geschäften vortragen? Und hat man sich auf eine rechtliche Sprachregelung zu diesen Geschäften geeinigt?

Zeugin Ruth Burkert: Auf eine rechtliche Sprachregelung? Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich kann mich nur an diese unterschiedlichen Begrifflichkeiten „Cum/Ex“ versus „Cum/Cum“ erinnern. Und da war klar: Der Untersuchungsausschuss bezieht sich auf Cum/Ex. Und so war der Fragekatalog nach meiner Erinnerung auch abgefasst.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Jetzt will ich Ihnen noch vorhalten das Anschreiben an die Commerzbank. Das ist MAT-A-BaFin-4-1, Ordner 2 von 3.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist das offen, Herr Pitterle?

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ja, ich denke schon, dass es offen ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, gut, wissen Sie es? Nicht nur denken.

(Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist hier ganz offen! - Heiterkeit)

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ich denke, dass ich da durchaus unterscheiden kann, ob etwas offen ist oder ob etwas eher der Geheimhaltung bedarf.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Da geht es darum: Es wurde am 18. Februar von der Deutschen Bundesbank im Auftrag Ihrer damaligen Arbeitgeberin, der BaFin, das Auskunftersuchen bzw. der Fragebogen der BaFin an die Commerzbank geschickt. Im Anschreiben heißt es zu den Cum/Ex-Geschäften, dass es sich hier um eine rechtlich umstrittene Praxis gehandelt habe. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion vom 27.05.2013 schreibt die Bundesregierung, dass diese Praxis illegal ist und nicht unumstritten gewesen sei - - nicht umstritten gewesen sei. Und insofern die Frage: Vertraten die BaFin und die Bundesbank Anfang 2016 eine andere Rechtsauffassung als die Bundesregierung?

Zeugin Ruth Burkert: Da ich an der Erarbeitung des Fragebogens, der ja an alle Institute ging, nicht beteiligt war, kann ich Ihnen dazu keine Auskunft geben. Meine interne Einwertung war, dass es eine rechtlich umstrittene Praxis ist. Insofern würde mir jetzt dieser Satz, den Sie zitieren, nicht aufstoßen. Die Auffassung der Bundesregierung - -

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ich meine, es fällt ja auf. Sie haben sich ja damit beschäftigt, dass auch dieser Cum/Ex-Untersuchungsausschuss eingerichtet wird. Und ich glaube, dass die Kleine Anfrage bzw. dann Beantwortung ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht hat, dass für die Bundesregierung es keine umstrittenen Geschäfte gewesen sind, sondern dass es illegale Geschäfte gewesen sind. Das wurde ja in dieser Antwort der Bundesregierung sehr stark herausgearbeitet, und da fragt man sich natürlich schon: Wieso ist für die Bundesregierung etwas nicht umstritten, was für die BaFin plötzlich umstritten ist?

Zeugin Ruth Burkert: Dazu kann ich sagen: Ich war an der Erarbeitung dieses Fragenkatalogs



4. Untersuchungsausschuss

nicht beteiligt, sondern das haben Kollegen gemacht, die sich in das Thema eingearbeitet haben. Das kann ich dann leider nicht weiter kommentieren.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Aber dieses Anschreiben zu diesem Fragebogen, das ich hier zitiert habe, ist von Ihnen unterschrieben.

(Die Zeugin blättert in den Unterlagen)

Zeugin Ruth Burkert: Darf ich das mal - - Also, das ist - - Das, was ich vorliegen habe, ist nicht von mir unterschrieben. Das trägt die Unterschriften Motzkus, Rosenberger.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Dann bin ich falsch informiert. - Aber auch in diesem Fragebogen - Sie haben es ja diskutiert; auch wenn Sie sagen, Sie haben ihn nicht erstellt - ist als Eingangsfrage Folgendes formuliert:

Hat Ihr Institut (direkt oder über Makler) in den Jahren zwischen 2000 und 2012 grenzüberschreitende und bis 2007 auch rein nationale Aktieneigengeschäfte ... in zeitlicher Nähe zu den jeweiligen Dividendenstichtagen getätigt, bei denen Sie aus heutiger Sicht von einer mehrfachen Erstattung/Anrechnung der Kapitalertragsteuer ausgehen müssen?

Können Sie uns da erläutern, was die Worte „aus heutiger Sicht“ in diesem Fragebogen bedeuten sollen?

Zeugin Ruth Burkert: Ich kann hier nur noch mal erwähnen, dass ich an der Erarbeitung des Fragebogens nicht beteiligt war. Insofern kann ich da nur spekulieren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die Zeit ist abgelaufen. - Dann darf ich überleiten zur CDU/CSU.

Christian Hirte (CDU/CSU): Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Fragen. - Dann darf ich überleiten zu Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur noch zwei, drei kurze Fragen. Das eine ist: Nach dieser 2007-Dividendenstriping-Sonderprüfung - als ein Teil der Sonderprüfung bei der WestLB -, gab es da eine Beschäftigung mit der Frage, ob das auch bei anderen Banken vorkommt, und in irgendeiner Form eine Abfrage oder informelle Anfragen an die anderen Banken, ob da solche Geschäfte auch bei ihnen seien, oder gar weitere Prüfungen?

Zeugin Ruth Burkert: Ich hatte ja erwähnt, dass ich im September 2012 in dieser Referatsleiterrunde gesessen habe und in der - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich meine jetzt den Zeitraum 2007/2008 oder so, also in der Folge dieser WestLB-Geschichte. 2012 hatten Sie gesprochen, das ist klar, -

Zeugin Ruth Burkert: Genau.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das habe ich mit aufgenommen. Ich meinte jetzt: Wenn bei einer Bank irgendein Mist läuft, könnte man ja auf die Idee kommen: bei anderen vielleicht auch. - Und ich möchte wissen, ob in diesem Fall 2007 so etwas passiert ist.

Zeugin Ruth Burkert: Ich kann mich nicht daran erinnern, -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeugin Ruth Burkert: - nicht in meinem Verantwortungsbereich, nicht dass ich mich erinnern könnte. Es ist lange her. Ich bitte um Verständnis, aber - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord. - Und dann - es ist schon mal so grob angeklungen vorher - würde mich interessieren, ob im Zusammenhang mit dieser Sonderprüfung WestLB man versucht hat, weil es ja immer



4. Untersuchungsausschuss

mehrere Beteiligte sind und weil man da an Daten kommen muss, über Clearstream an Informationen zu kommen.

Zeugin Ruth Burkert: Da habe ich keine Erinnerung dran. Ich denke, wir werden in der nichtöffentlichen Sitzung diesen Komplex noch mal vertiefter erläutern, und dann kann ich Ihnen vielleicht mehr - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und 2012? Gab es da den Versuch, über Clearstream an Daten zu kommen?

Zeugin Ruth Burkert: Nicht von mir, nicht von mir.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und nicht nach Ihrer Kenntnis präsent?

Zeugin Ruth Burkert: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und: Diese Cum/Ex-Geschäfte beinhalten häufig ja auch die Gründungen von Fonds. Ist 2012 der Versuch gemacht worden, über die Abteilung Wertpapier bei der BaFin ein ergänzendes Bild zu haben, oder hat man sich nur an die Banken gewandt nach dieser Referatsleiterrunde 2012?

Zeugin Ruth Burkert: Da kann ich mich nicht dran erinnern; weiß ich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeugin Ruth Burkert: In meinem Bereich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Keine weiteren Fragen in öffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann darf ich - - Bei der CDU/CSU bleibt es dabei? - Okay. Dann Herr Pitterle, Die Linke? - Keine Fragen. - Die SPD habe ich ganz übersprungen. Ich entschuldige mich. - Auch keine Fragen, alles klar.

Dann blicke ich mal in die Runde und stelle fest: Im öffentlichen Teil der heutigen Zeugeneinvernahme von Frau Burkert gibt es keine Fragen mehr.

Meine Damen und Herren, der bisherige Verlauf der Zeugenvernehmung von Frau Burkert hat gezeigt, dass es erforderlich ist, sie in einer als Geheim eingestuften Sitzung noch weiter zu befragen. Die Entscheidung über die Einstufung obliegt gemäß § 15 PUAG in Verbindung mit der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages dem Ausschuss. Die Beratung hierüber kann wiederum nur in nichtöffentlicher Sitzung und in Abwesenheit der Zeugen erfolgen, es sei denn, alle Fraktionen stimmen zu und kein Beratungsbedarf im eigentlichen Sinne wird gesehen. Ich bitte daher um kurze Mitteilung, ob der Beschluss, die Vernehmung in als Geheim eingestufte Form im Saal 2.700 des Verteidigungsausschusses fortzusetzen, in diesem Sinne ohne eine Sitzungsunterbrechung gefasst werden soll.

(Zurufe: Ja!)

- Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Der Öffentlichkeit und den anwesenden Pressevertretern teile ich mit, dass der Ausschuss nunmehr nichtöffentlich tagen und voraussichtlich nicht in diesen Anhörungssaal zurückkehren wird. Ich bitte Sie deshalb, die Tribüne zu verlassen. Ich danke für Ihr Interesse und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Nach der sogleich folgenden temporären Verschiebung oder Unterbrechung darf ich alle Kolleginnen und Kollegen, die für diesen Ausschuss benannt sind und über eine Geheimermächtigung verfügen, bitten, sich in den Sitzungssaal 2.700 zu begeben.

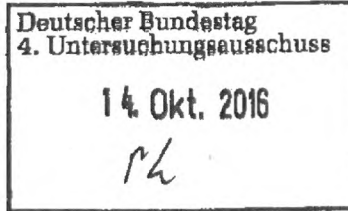
Ich unterbreche nunmehr die Sitzung für 20 Minuten. Wir werden also um Punkt 20 Uhr im Sitzungssaal des Verteidigungsausschusses unsere Befragung fortsetzen.



4. Untersuchungsausschuss

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 19.39 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

Karl W. Christmann



11.10.2016

Betr. Vorläufiges Protokoll meiner Aussage vor dem 4. Untersuchungsausschuß am 22.9.2016

Sehr geehrter Herr Dr. Pasch,

ich bitte, anliegende Korrekturen in das o.a. Protokoll aufzunehmen.

Begründung:

Die ursprüngliche Fassung ist mißverständlich, da natürlich auch meine Tätigkeit als Leiter des Kabinetttreferats bei BM Dr. Waigel eine Tätigkeit im BMF ist.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Christmann".

Christmann



4. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wir setzen die Zeugeneinvernahme fort.

**Vernehmung des Zeugen
Karl-Wilhelm Christmann**

Herr Christmann, ich begrüße Sie hier nun im Zeugenstand. Ich hatte Sie ja nun schon zu Beginn der Sitzung belehrt. Jetzt möchte ich nur noch gerne von Ihnen wissen Ihr Alter, Ihren Beruf, Ihren Wohnort und Ihren vollständigen Namen. Aber da gehe ich davon aus, dass Karl-Wilhelm Christmann korrekt ist. Also: Beruf, Wohnort und Alter.

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Alter ist 68 Jahre. Ich wohne in Köln, bin seit [REDACTED] pensioniert.

(Zuruf: Mikrofon!)

- Entschuldigung. - Ja, wohne in Köln, 68 Jahre und bin von der Ausbildung her Jurist. Ich war 85 eingetreten in das Finanzministerium. Dann - von 91 bis 95 war ich Referent der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Fraktion. Anschließend war ich Kabinettsreferent bei Minister Waigel - zwei Jahre - und bin dann ins BMF zurückgekehrt und habe dann da diverse Unterabteilungen geleitet. Also, ein paar Mal hat sich das geändert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und zuletzt waren Sie Präsident der Bundesfinanzakademie?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Ja, die letzten fünf Jahre war ich dann Präsident der Bundesfinanzakademie in Brühl.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wunderbar, sodass Sie dann fast schon im heimischen Bereich da nun tätig sein können. Wunderbar.

Herr Christmann, ich hatte gleich zu Beginn auch gesagt, dass jeder Zeuge die Gelegenheit hat, zum Beweisthema en bloc vorzutragen, um das zu berichten, was ihm noch erinnerlich ist, oder auf Fragen direkt zu antworten. Wie möchten Sie es halten?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Also, ich möchte keine allgemeine Stellungnahme dazu geben, weil ich eh keine dezidierte Erinnerung mehr an die Sache habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, das ist ja verheißungsvoll.

(Heiterkeit)

Aber gleichwohl, Herr Christmann, versuchen wir vielleicht gemeinsam, nun diesen Weg ein Stündchen oder ein halbes Stündchen zu gehen.

Herr Christmann, dieser Untersuchungsausschuss beschäftigt sich ja nun - das entnehmen Sie ja auch dem Beweisthema und auch der Berichterstattung - mit dem Thema, das wir heute „Cum/Ex-Geschäft mit Leerverkauf“ bezeichnen. Dass dieses „Modell“ - in Gänsefüßchen - nun in früheren Jahren anders hieß, ist uns allen bekannt. Aber gleichwohl: Wann und in welchem Kontext haben Sie erstmals von diesem Geschäftsmodell „Cum/Ex mit Leerverkauf“ bei gleichzeitigem - ich sage das mal mit meinem Wort - Erschleichen einer mehrfachen Kapitalertragsteuerbescheinigung Kenntnis erhalten oder Kontakt bekommen?

Zeuge Karl-Wilhelm Christmann: Also, in der Zeit war das ja von 2004 bis November 2006 in der Unterabteilung IV C, die ich da geleitet habe. Aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass das jemals erörtert worden ist als großes Steuerhinterziehungsmodell oder so. Das kann ich - - Tut mir leid. Ich habe auch nie - - Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich da an Besprechungen oder Ähnlichem teilgenommen hätte, wo das als Hinterziehungsmodell oder so diskutiert worden wäre.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nun, die Zeitspanne 2004 bis 2006 hat ja dazwischen das Jahr 2005, und in diesem Jahre 2005 gab es nun im Oktober eine Tagung der Einkommensteuer-Referatsleiter des Bundes und der Länder, um da nun verschiedene Probleme zu identifizieren. Und eines dieser Probleme war dann auch, Bezugnehmend auf ein Schreiben des Bankenverbandes vom Dezember 2002/Januar 2003, die Frage

